

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1,10 Mark pro Monat...
Wöchentlich 23 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Interlons-Gebühr
Betragt für die sechszeilige Anzeigengruppe...
Kleinanzeigen, das erste Wort 10 Pf...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gegen Staatsstreichdrohung und Verfassungsbruch!

Arbeiter Berlins! Der freche Ausspruch Oldenburgs hat die unauslöschliche Feindschaft der in Preußen und Deutschland herrschenden Junkerfippe gegen das gleiche Wahlrecht enthüllt...

Protestveranstaltungen!

Verfassungsbruch und Parteipolitik.

Der Entrüstungssturm, den am Sonnabend Herr v. Oldenburg-Januschau als Sprecher der Junkerfraktion im Reichstag entfesselte, findet in der ganzen deutschen Presse einen nachhaltigen Widerhall...

Und daß in diesem Ausspruch nicht nur eine Verhöhnung und Beschimpfung des Reichstages, sondern zugleich eine Beleidigung des Kaisers liegt, indem ihm kurzweg unterstellt wird, er sei fähig, ohne weiteres einen Verfassungsbruch zu begehen...

Die konservative Fraktion hat damit in der Aufregung des Augenblicks sich zu dem Oldenburgschen Ausspruch bekannt, und sie in ihrer Gefantheit bleibt für die Ausführungen ihres Fraktionsredners verantwortlich...

Liefert es das Verhalten des sogenannten Verlegenheitspräsidenten des Reichstages, des freikonservativen Prinzen Hohenlohe. Ruhig hört er der Aufforderung des konservativen Fraktionsredners zum Verfassungsbruch zu...

Freilich hinterher, nachdem sie in Ruhe die möglichen Folgen des Zwischenfalls im Reichstag erwogen, haben auch die Konservativen erkannt, daß es für sie besser sei, eine andere Taktik zu befolgen...

Da man die Art des Redners genau kennt, sah man seine Parabel anfangs so auf, wie sie gemeint war und wie er sie später selber ausgelegt hat, nämlich als die äußerste Konsequenz der Tatsache, daß in Deutschland der Hohn- und Eid der Person des Landesherrn geschworen wird...

Die künstliche Aufbausung der Sache in der dem folgenden Geschäftsordnungsdebatte findet in der Presse ihre Fortsetzung. Ob es dem rosaroten Bloß gelingen wird, mit der heuchlerischen Ausnutzung einer in der Form etwas mihglückten Wendung Geschäfte zu machen...

Dieselbe Art der Behandlung beliebte schon am Sonntagmorgen die 'Deutsche Tageszeitung'. In einem 'Unnötige Aufregung' überschriebenen Artikel meinte sie: 'Die Sozialdemokraten suchten die gestrigen Vorgänge noch besonders auszunutzen, um den ihnen verhassten Erbprinzen zu Hohenlohe zu steinigen...'

Auch die freikonservativen Blätter und ein Teil der nationalliberalen suchen die Keuchung des Herrn v. Oldenburg als ein 'Vomot' oder bloßen 'Witz' erscheinen zu lassen. Aber diese lediglich aus Gefälligkeit gegen die Agrarkonservativen diktierten Abschwächungsversuche werden von anderen nationalliberalen Blättern selbst widerlegt...

Wenn der Vorfall in sehr unangenehmer Weise sich ausgewachsen hat, so trifft neben seinem Urheber in erster Linie die Schuld den Vizepräsidenten, Erbprinzen zu Hohenlohe. Seine mehr als schwächliche Interpretation kann nichts an der Tatsache ändern, daß es unter seinem Präsidium einem Mitgliede des Hauses gestattet war, von dem Reichstage in einer über alle Maßen wegwerfenden Weise zu sprechen...

Eigenartig ist die Stellungnahme der Zentrums- und Sozialdemokratie. Einige liberale Blätter, darunter die 'Germania', beschränken sich auf die Betonung ihrer Verfassungstreue; andere äußern sich zwar scharf gegen die Ausführungen des Abgeordneten v. Oldenburg-Januschau...

Ein Protest der Sozialdemokratie und des Freistums gegen den Ordnungsruß für Ledebour will offenbar eine Präsidentenkrise konstruieren. Das geht zu weit. Niemand, selbst nicht die Konservativen, billigen die Keuchung des Abg. v. Oldenburg...

Der Präsident mußte die Keuchung rügen und hat sie auch später in bedingter Form zurückgewiesen. In dem Lärm und dem Durcheinander der Zwischenrufe, die auf ihn einströmten, scheint er nicht scharf genug die Keuchung v. Oldenburgs erfaßt zu haben...

Energisch gegen die Staatsstreichdrohung des Herrn v. Oldenburg und das Verhalten des Erbprinzen von Hohenlohe sprechen sich außer unseren Parteorganen allein die linksliberalen Blätter aus.

Wüßten die bürgerlichen Parteien die Rechte des Reichstages und der hinter diesem stehenden Wählerchaft zu wahren, sie würden mit den agrarkonservativen Staatsstreichlern und dem Vizepräsidenten, der seine Unfähigkeit so deutlich erwiesen hat, Fraktur reden und den erteilten Ordnungsruß aufheben...

Nummer 4!

Mit der Wahl des Genossen Leber im Wahlkreis Eisenach-Deimbach hat die Sozialdemokratie seit dem Sommer 1900, seit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform das vierte Reichstagsmandat neu gewonnen. Auf Reustadt-Bandan, Koburg und Halle ist nun der 2. weimarer Wahlkreis gefolgt...

Den Gegnern ist dieser glorievolle Sieg im ersten Wahlgang durchaus unerhofft gekommen. Allgemein hatten sie darauf gerechnet, daß der Nationalliberal in die Stichwahl gelangen werde. Der Antisemitismus, das mußten sie, hatte ausgepielt; der vereinigte Liberalismus — der Freistim ging mit den Nationalliberalen — mußte daher nach ihrer Rechnung den Wahlkreis...

Die Zerstückelung des Antisemitismus überrascht nicht — sie wäre auch ohne die Triolenafrage des verflochtenen Schack ver-

ständig. Eine Partei von der geistigen Verfassung, wie die der Schach-Genossen kann niemals von festem Bestand sein. Ihre grenzenlos verlogene demagogische Agitation kann eine Zeitlang rüchtländige Massen gefangen nehmen, sie wird es nie zu einer festgeschlossenen Anhänger-Schar bringen. Die Zahl derer, die nicht alle werden, ist schließlich doch auf ein gewisses Maß beschränkt. Die frechen Verhöhnungen der Wahrheit, mit der die Antisemiten ihre geistigen Wahnwörter bestreiten, die direkten Umkehrungen des wirklichen Tatbestandes, wie sie die antisemitischen Klopffechter sich vor den Bauern der Rhön geleistet haben, das alles ist so toll und kraß, daß selbst Deuten, die sich um Politik nicht viel bekümmern, darob die Augen übergehen müssen. Als Bestandteil des schwarzen Schnapsblocks, als Mitschuldige am frechen Plünderzug auf die Taschen des Volkes sind die Antisemiten als Volksfeinde gezeichnet und nur Großgrundbesitzer oder Arme im Geiste können in ihnen noch ihre berufenen Vertreter erblicken.

Die Liberalen aber haben auch in Eisenach-Dormbach wieder dieselbe Luntung von der Wählerkraft erhalten, wie schon bei allen Wahlen des letzten Halbjahres. Sie haben den Kredit verloren wegen ihres Versuchs, an der Plünderung der Massen teilzunehmen, sie werden mit Konservativen und Antisemiten in einen Topf geworfen, weil sie bereit waren, 400 Millionen Konsumsteuern zu bewilligen.

Das können die liberalen Blätter noch immer nicht verstehen und deshalb ihr ungläubiges Staunen, als sie die Meldung vom Sieg des Sozialdemokraten im ersten Wahlgange erhielten. Sie haben sie so lange wie möglich als unverbürgt, als unvollständig hingestellt, versucht — schließlich mußten sie doch einsehen, daß der „Vorwärts“, der schon in der Sonntagnummer den Sieg im ersten Wahlgange mit voller Bestimmtheit melden konnte, recht gehabt hat.

Die Genossen von Eisenach-Dormbach haben wieder gearbeitet; unter den widrigsten Verhältnissen haben sie den Kampf mit Eifer und Zähigkeit geführt. Ein voller, schöner Sieg, die freudige Anerkennung der Genossen im Reich lohnt ihre Mühe.

1907 jubelten die Gegner: in Thüringen und Provinz Sachsen hatten sie der Sozialdemokratie fast alle Mandate abgejagt. Jetzt ist ein in Sachsen wieder erobert und zwei thüringische sind neu gewonnen!

Generalabrechnung aber wird 1911 gehalten!

Von den Äußerungen der bürgerlichen Presse sind besonders bemerkenswert die des Berliner Zentrumsblatts, der „Germania“. Ihre Notiz verrät nichts von der aggressiven Stimmung, die neuerlich die Parlamentarier einiger Zentrumsvertreter erfüllte. Sie mahnt vielmehr zum Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien und nur so nebenbei verweist sie den Liberalen einen kleinen Seitenhieb.

Die Liberalen haben in Eisenach-Dormbach ja wiederum erfahren müssen, daß sie mit ihrer Finanzreform gegen die Reichstagsmehrheit der Sozialdemokraten das Wasser nicht abgeben können, sondern damit nur, wenn auch ungewollt, im Dienste der Sozialdemokratie arbeiten.

Im übrigen bietet die Musterung der bürgerlichen Blätter das selbe Bild wie bei allen Wahlen der letzten Zeit. Die liberalen Organe schieben die Schuld an dem Wachstum der Sozialdemokratie der Steuerpolitik des Schnapsblocks zu und die Blätter des Schnapsblocks redanzieren sich, indem sie die „Steuerhebe“ der Liberalen anklagen, an der „unerfreulichen Erscheinung“ schuld zu sein. Und recht — haben alle beide.

Eine telegraphische Privatmeldung vom 31. Januar, die uns aus Eisenach zugeht, meldet folgendes Ergebnis:

Jeder 10 270, Appelius 5778, Hädrich 4328 Stimmen; Jeder mit 170 Stimmen Mehrheit gewählt.

Wolffs Bureau gibt eine Depesche vom 31. Januar, worin gesagt wird, daß Jeder mit 103 Stimmen gewählt hat.

Das amtliche Resultat wird Dienstag festgesetzt. Der Zuwachs der Sozialdemokratie gegen 1907 betrug nach der Privatdepesche 2401 Stimmen.

Der Schnapsblock als Anti-Wahlrechtsblock.

Welch infamer Heuchelei und welch perfider Verräterakt die bürgerlichen Parteien einander für fähig halten, beweist so recht dräuisch ein gegen das Zentrum gerichteter Artikel des Freiherrn v. Zedlitz im „Tag“. Dieser freikonservative Freiherr ist bekanntlich alles eher als ein Freund einer irgend in Betracht kommenden Wahlreform. Als einzige Konzession kommt für ihn höchstens die geheime Abstimmung in Frage. Umso blamabler ist deshalb für das Zentrum der Verdacht des freikonservativen Führers, es werde nicht einmal in Sachen des geheimen Wahlrechts feststehen, vielmehr den konservativen Verbündeten zuliebe jede Reform zu Falle bringen helfen, die den extremsten Reaktionsären nicht genehm sei.

Herr v. Zedlitz schreibt:

Von dem aktuellsten Interesse ist aber die Frage, welche Wirkung von der jetzigen politischen Lage auf die Wahlreform zu gewärtigen ist.

Ich bin nachgerade zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine der konservativen unannehmbaren Forderungen unseres Wahlrechts zustande kommen zu lassen. Da die Konservativen die geheime Stimmabgabe für unannehmbar erachten, heißt das mit anderen Worten: das Zentrum wird dafür sorgen, daß die Wahlreform unter Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe oder gar nicht zustande kommt.

Zu diesem Ziele führen verschiedene Wege. Man kann die Frage gleich in der Kommission verumpfen lassen. Etwas Ähnliches scheint tatsächlich erwogen zu werden. Man spricht davon, daß noch weitere tatsächliche Unterlagen als die bekannte Wahlstatistik zu fordern seien, und meint, daß, weil die Erfüllung dieser Forderung längere Zeit erfordert, die Session alsbald geschlossen werden würde.

Weiter kann dafür gesorgt werden, daß der Antrag auf Uebergang zur geheimen Wahl von vornherein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrheit für die geheime Wahl genügt hierzu die Abkommandierung weniger Stimmen. Man kann ferner zwar die geheime Wahl in die Vorlage einfließen lassen, dann aber deren Ablehnung im ganzen herbeiführen. Das läßt sich un schwer ermöglichen, indem sich ein ausreichend starker Teil des Zentrums als unentwegte Parteigänger des Reichstagswahlrechts aufspielt und die Parole „Alles oder nichts“ ausgibt. Endlich kann man in der Ueberzeugung, daß das Zentrum für die geheime Wahl nicht zu haben ist, diesem deren Verechtigung überlassen, die Entscheidung bis zur Rückkehr der geänderten Vorlage an das Abgeordnetenhaus verschieben und sich dann entweder dem Herrenhause fügen oder durch Verhinderung übereinstimmender Beschlüsse beider Häuser die Verabschiedung der Wahlreform unmöglich machen. Welcher Weg gewählt werden wird, ist mit Sicherheit nicht vorherzusehen. Dabei sprechen tatsächliche Rücksichten das entscheidende Wort. Ganz sich aber erhebt es, daß einer dieser

Wege, bloßläßt mit der einen oder anderen Variante, beschritten werden wird. Die konservativ-liberale Entente cordiale bedeutet mitnichten weniger als die Verechtigung jeder Chance für den Uebergang zur geheimen Wahl bei dem jetzt von der Regierung in Angriff genommenen Reformpläne. Dem wird zwar zunächst eifrig widerprochen werden, aber der Ausgang wird mit Sicherheit geben.

Der freikonservative Führer steht ja dem Zentrum so nahe, daß ihm eine intime Kenntnis des Charakters dieser Partei schon zugemutet werden kann. Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß das Zentrum den Konservativen auch in Sachen der öffentlichen Abstimmung ebenso zu willen sein möchte, wie in der Frage der Wahlreifeinteilung. Nur dürften dem Zentrum solche agrarischen Liebesdienste diesmal denn doch nicht so leicht fallen. Jeder Wahlrechtsverrat des Zentrums würde sich bei der Aufmerksamkeit, mit der das Volk alle Aktionen der Parteien verfolgt wird, schwer rächen!

Und zwar würde das Zentrum es ebenso schwer zu büßen haben, wenn es unter der Maske eines schlecht gemintem Patriotismus veräußert, jedes Jugeständnis, also auch das geheime Wahlrecht, zu sichern, wie es unerbittlich zur Rechenschaft gezogen werden würde, wenn es etwa dem Vorden des Herrn v. Zedlitz folgen und sich mit der Gewährung des geheimen Wahlrechts abspeisen lassen wollte!

Die Unverschämtheit der Kolonialkapitalisten und die Dezimierung der Negler.

Aus dem Reichstage, 31. Januar. Auf der Tagesordnung des Reichstages stand zunächst die dritte Lesung des Nachtragsetats für die Kolonien wegen Regelung der Diamantenproduktion und des Baues der drei neuen Kolonialbahnen. Die kurze Debatte aus diesem Anlaß drehte sich ausschließlich um einen Versuch der Kolonialgesellschaft für Südwesafrika, durch ein Auslegungsmandat, das sie in der „Aölnischen Zeitung“ hatte publizieren lassen, für sich günstigere Bedingungen beim Abschluß eines Vertrages über die Diamantenproduktion vom Reich zu erpressen. Allseitig wurde über dieses Mandat scharf abgeurteilt. Als auch der Genosse Ledebour namens der Sozialdemokratie erklärt hatte, daß wir alle Maßnahmen zur Abweisung der Annahme der Kolonialgesellschaft unterstützen würden, meinte der Zentrumsabgeordnete Erzberger, das ließe sich am besten erreichen, wenn die Sozialdemokratie gleich für den Nachtragsetat stimmen würde. Ledebour lehnte diese fremdbliche Aufforderung dankend ab mit dem Hinweis auf unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Kolonialpolitik überhaupt. Würde unsere Partei auf Erzbergers Einladung eingehen, dann müßte sie obendrein auf eine Fülle falscher Auslegungen gerade seitens der Freunde des Herrn Erzberger draußen im Lande gefaßt sein. Der Nachtragsetat wurde dann schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bewilligt.

Das Haus ging dann zur zweiten Lesung des Hauptetats für die Kolonien über. In der Generaldebatte, die sich an den Titel Staatssekretär knüpfte, vertrat Genosse Roske den sozialdemokratischen Standpunkt. Auch er betonte scharf, daß die Sozialdemokratie jede Abwehr der Uebergriffe der Landgesellschaften nach Kräften unterstützen würde, um insbesondere der schändlichen Ausbeutung der Negler in den Plantagen entgegenzutreten. Von der angeblichen kulturellen Hebung der Negler sei wenig zu spüren. Aber massenhaft würden sie durch die Weihen ausgerottet, nicht nur in Südwesafrika, sondern auch in Ostafrika, wo bei den Aufständen Tausende durch Maschinengewehre niedergemäht wurden. Auch bei den Bahnbauten gingen in dem ungesunden Klima die Negler massenhaft zugrunde. Roske erörterte dann noch die Arbeitsordnungen, durch die den Farmern das Recht der Prügelstrafe zugesprochen wird, und wies auf die geringe Beständigkeit der weißen Bevölkerung hin, während eine starke Mischlingsrasse dort hervorwuchs. Daraus gehe hervor, wie haltlos die Hoffnungen der Kolonialenthusiasten auf Entwicklung eines Deutschlands über See sei.

Morgen geht die Debatte fort.

Freies Wahlrecht für die Reichslande!

Am 30. Januar hat Elßah-Lothringen Wahlrechtsverhandlungen gehabt. Ueber das ganze Land tagten große Massenversammlungen, die das gleiche Wahlrecht forderten, in den Hauptorten fanden Riesenzusammenkünfte unter freiem Himmel statt, denen sich gewaltige Straßenumzüge angeschlossen.

Polizeibehörden hat es dabei nicht gegeben. Die Elßah-Lothringischen Behörden sind so vernünftig gewesen, die Straßenumzüge zu genehmigen und sich nicht, wie die preussischen, hinter angeblichen Beschränkungen für die öffentliche Sicherheit zu verziehen. Weder haben sie die famose Vermutung ausgesprochen, daß die Demonstranten ihre Zusammenrottung zu ein bißchen Mord, Totschlag, Brandstiftung und Plünderung benützen würden, noch sind sie auf die Idee verfallen, daß die gutgemeinten Einwohner eine oppositionelle Kundgebung nicht vertragen könnten und ihren verletzten Gefühlen durch eine gefährliche Verpöbelung der Demonstranten Luft zu machen versuchen würden. Wie das angeblich die Gutgesinnten in Dresden bei gleicher Gelegenheit täten, wenn man den diversen Herren Amtsvorstehern und Landräten glauben will.

Wie immer, wenn die Polizei sich zurückhält, sind auch die Demonstrationen der Elßah-Lothringer würdig und ohne jede Störung verlaufen. Sie sind so eine eindrucksvolle Kritik, eine ungewöhnliche Verurteilung der sinnlosen, brutalen Polizeifäbellei, die ein paar Tage früher zu Trauschwitz unter friedlichen Demonstranten veranstaltet wurde.

Von allen bisherigen Wahlrechtsdemonstrationen in Deutschland unterscheiden sich die reichslandischen des letzten Sonntags durch einen bemerkenswerten Umstand. Es nahmen daran außer Proletariern auch bürgerliche teil! Die Demokraten und in Straßburg auch die Liberalen hatten sich entschlossen, in der Wahlrechtsbewegung Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu kämpfen!

Elßah-Lothringen liegt in Süddeutschland und hat das Großherzogtum Baden zum Nachbarn, wo in der Tat auch die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten Stichwahlenbündnisse schließen.

Ueber den Verlauf der Demonstrationen wird uns gemeldet: In Rülhausen zählte die Versammlung, die gegen 11 Uhr auf dem Frankplatz eröffnet wurde, rund 12000 Teilnehmer. Die Polizei hatte große Kräfte entsandt, ein Aufgebot von 100 Beamten war auf dem Wege. Der erste Redner war der Demokrat Abgeordneter Dieß, ihm folgte Genosse Reichstagsabgeordneter Gemmel. Die Rednertribüne war ein Wagen, an Stelle der Klingel trat ein Trompetensignal. Beide Redner, die an den nichtstehenden Säulen, womit die Thronrede die Verfassungsreform streift, scharfe

Kritik übten, erzielten stürmischen Beifall. Einstimmig wurde eine vom Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Resolution angenommen, in der gegen die Reichslandische des Elßah-Lothringens und das allgemeine gleiche Wahlrecht gefordert wird.

Dann formierten sich die Teilnehmer zum großen Demonstrationzug. Trompeter und Trommler eröffneten ihn; in dichten Scharen folgte die Arbeiter-Schaft. Zahlreiche Musikabteilungen gaben das Marschtempo, dagegen sah man in Zug keine einzige Fahne, dafür aber viele Schilder mit demonstrativen Aufschriften, wie: „Hoch das freie allgemeine Wahlrecht“, „Hoch die Internationale Sozialdemokratie“, „Autonomie von Elßah-Lothringen“, „Wir wollen ein freies Elßah-Lothringen!“, „Mehr Arbeiter-schaft“ usw. Versittene Gendarmen begleiteten den Zug auf seinem ganzen, ziemlich weiten Weg. Polizisten in Zivil und Uniform hatten darauf acht zu geben, daß keine verbotenen Lieder und Märsche gesungen und gespielt wurden. Da die Paraden nicht gespielt werden durften, so war die Musik auf das Spielen des „Sozialistenmarches“ beschränkt, dazwischen erklangen Hockete auf die Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht. Ein nach diesen Tausenden zählendes Publikum bildete dem Zuge, der etwa 10000 Teilnehmer gezählt haben mochte, zu beiden Seiten des Weges Spalier. Die zahlreichen Ordner, mit roten Armbändern gekennzeichnet, hielten auf strenge Ordnung und die Polizei hatte nicht die geringste Veranlassung zum Einschreiten. Nur am Schluß der Demonstration sollte es noch zu einem kleinen Zwischenfall kommen: ein berittener Gendarm, dem das Pferd scheu wurde, hatte ein Kind niedergedrückt. Sofort umringte ihn zahlreiches Publikum und nahm eine drohende Haltung ein, aber durch das Dazwischentreten eines Ordners wurde die Sache friedlich beigelegt. — Mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht trennten sich die Demonstranten.

In Straßburg hatten sich etwa 8000 Personen am alten Bahnhof versammelt, die von hier aus einen Umzug durch die Stadt unternahmen. Der größte Teil der Demonstranten bestand aus Sozialdemokraten, der Rest aus Demokraten und Liberalen.

In Reg. Colmar und vielen anderen Orten der Reichslande wurden ebenfalls große, stark besuchte Versammlungen und Umzüge abgehalten.

Die Wahlrechtsbewegung ist in den Reichslanden in lebhaftem Fluß gekommen. Immer lauter wird der Ruf nach dem freien Wahlrecht und der freien Verfassung für Elßah-Lothringen sich erheben!

Die englischen Wahlen.

London, 31. Januar. Heute wurde nur die Wiederwahl des Mitgliedes der Arbeiterpartei Hancock in Mid-Devonshire gemeldet. Die Konservativen haben bis jetzt 211, die Liberalen 212, die Arbeiterpartei 41 und die Nationalisten 50 Mandate. Es sind nun noch in dieser Woche weitere sechs Wahlen und am 8. und 9. Februar die Wahlen der Vertreter von Orkney und Shetland zu erledigen. Diese Mandate waren bisher im Besitz von 4 Konservativen und je einem Liberalen und Freie. An diesem Bestände werden die Wahlen wahrscheinlich nichts ändern.

Die Frage, die die politischen Kreise am meisten bewegt, geht dahin, ob Asquith dem Rate der Radikalen folgen wird, die sich über die Abschaffung des Vetorechts der Lords auf keinerlei Vergleich einlassen wollen und nötigenfalls die Ernennung von einigen hundert Peers verlangen, um den Maßnahmen gegen das Oberhaus zur Annahme zu verhelfen, oder ob der Premierminister den von den Gemäßigten vorgeschlagenen Weg wählen wird, der zu einer Reform des Oberhauses in dem Sinne führen soll, wie die Unionisten und die Mehrheit des Oberhauses sie selber billigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar 1910.

Abgeordnetenhaus.

Auch am Montag wurde wieder vor leeren Säulen verhandelt. Es scheint beinahe, als ob die Herren von der Rechten jetzt, wo alle Wünsche der Agrarier erfüllt sind, an dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung kaum Interesse mehr haben. Nicht nur die schlechte Besetzung des Hauses, sondern auch der Inhalt der Reden läßt darauf schließen.

Nur einmal schien es, als ob die Debatte sich etwas lebhafter gestalten würde. Der freisinnige Abg. Dr. Krüger übte Kritik an den zur Förderung der inneren Kolonisation ergriffenen Maßnahmen und protestierte gegen die Verquickung der inneren Kolonisation mit politischen Zwecken. Ganz gegen seine sonstige Gewohnheit verfechtete er dabei den Jhmern einige wohlgezielte Hiebe; er bezog die Jhmern als rückständig und begog sich zum Beweis dafür nicht nur auf die Geschichte, sondern vor allem auch auf die Reichstagsrede Oldenburgs vom letzten Sonnabend. Die Konservativen schiedten zur Rechtfertigung des Jannschauers zunächst den Abg. Graf v. v. Groeben vor, aber da dieser Abgeordnete sich bemühte, sachlich und verhältnismäßig erst zu reden, mußte nach ihm noch der berüchtigte Herr Reich, der Konkurrent Oldenburgs auf dem Gebiete unfreiwilligen Humors und clownhafter Zirkuspöbe, in die Bresche springen. Seinen Freunden hat Herr Reich dadurch freilich keinen Dienst erwiesen, in ihrem Interesse hätte er klüger getan, zu schweigen, denn durch seine „Verteidigung“ hat sich die Lage des Oldenburg nur noch verschlimmert. Von den Freisinnigen trat Abgeordneter Dr. Pachatz den Ausführungen des konservativen Redners entgegen. Für die Beurteilung der veränderten politischen Situation ist es nicht ohne Interesse, zu beobachten, wie jetzt nach der Sprengung des Wilow-Blocks die Freisinnigen von Zeit zu Zeit einmal auch gegen ihren früheren Bundesgenossen aufzutreten, derselbe Freisinn, der in der vorigen Session den Kampf grundsätzlich nur nach links führte. Wer weiß, wie es im nächsten Jahre sein wird? —

Die weitere Debatte drehte sich um die in den Etat erstmals eingeführte Summe von 60000 M. für Versuche zur Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Unsere Genossen hatten bereits bei der Generaldebatte zum Etat und auch bei der allgemeinen Besprechung des Landwirtschaftsetats gegen die Absicht, solche Summen zum Fenster hinauszuwerfen, energisch Protest eingelegt. Diejenige Protest schlossen sich nunmehr auch die Redner des Freisinn an, während die Rechte natürlich wenn irgend möglich die Summe noch erhöhen will. Ein wertvolles Jugeständnis entschloß dabei dem Zentrumsgarrierer Grafen Straßburg, der die Veranschlagung der Landwirtschaft mit auf die Ausgaben für sozialpolitische Zwecke zurückführte! Wir werden und dieses Jugeständnis merken, wenn das Zentrum sich wieder einmal als Arbeiterfreund aufzuspielen erdreistet. Der Titel selbst wurde schließlich bewilligt. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Das gefalzene Stenogramm und der ordnungswidrige Ordnungsruf.

Am Schluß der Montagssitzung im Reichstage kam es noch zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Abstimmung über den Widerspruch Ledebours gegen den Vizepräsidenten Prinz Hohenlohe erteilten Ordnungsruf morgen oder erst später vorgenommen werden sollte. Genosse Wibel begründete den Antrag auf Absehung damit, daß das vorgelegte amtliche Stenogramm völlig unklar lasse, wofür und gegen wen der Ordnungsruf erteilt sei, da im Stenogramm nur steht: „Ich rufe Sie zur Ordnung“. Obendrein sei in das ursprünglich fertig gestellte unkorrigierte Stenogramm ein Einschiebsel gemacht worden, nämlich zwei Hirschensprüche, aber ohne Angabe, von wem sie herrühren. Dadurch würde die Beschlüsse aber noch unklarer gemacht. In der Geschäftsordnung stehe ausdrücklich, daß der Ordnungsruf unter Namensnennung zu erteilen sei.

Diese Auffassung, daß überhaupt gar kein ordnungsgemäßer Ordnungsruf ergangen sei, wurde kräftig unterstützt von verschiedenen Freisinnigen. Dagegen gaben namens der Nationalliberalen Herr Wassermann und namens des Zentrums Herr Erzberger dem Sinne nach gleichartige Erklärungen ab, daß der Ordnungsruf der Form nach völlig korrekt sei, weil der Vizepräsident einige Zeit vorher den Abgeordneten Ledebour genannt und sich verbeugen habe, daß Ledebour ihm die Frage vorgelegt habe, was er (der Vizepräsident) gegenüber dem Verhalten des Herrn v. Oldenburg zu tun gedenke. Der Ordnungsruf gehöre trotz der darauf erfolgten Zwischenrufe zu den vorher unter Namensnennung gegen Ledebour gemachten Ausführungen.

Diesem fadenförmigen Auslegungsversuch sieht man es an sich schon an, daß er nur dem Wünsche entspringt, den Prinzipien trotz seiner Ungeheuerlichkeit zu decken. Aber zum Unglück für die Auslegungsinhaber wurde ihre Ausrede völlig zerlegt durch den ähnungslosen Erbsprinzen selbst.

Nach wiederholtem Drängen kam endlich der Prinz mit dem Eingeständnis heraus, er habe den Ordnungsruf in der Form: „Ich rufe Sie zur Ordnung“ zwar ohne Namensnennung, aber doch in der Absicht, den Abg. Ledebour damit zu treffen, erteilt, weil nach den vorher von ihm gesprochenen Worten: „Ich verbitte mir eine solche Kritik“ infolge fortgesetzter, von verschiedenen Personen, darunter auch dem Abg. Ledebour, gemachter Zurufe, die er selbst gar nicht verstanden habe, da ein dem Abg. Djaan am Sprechen hindernder Lärm entstanden sei.

Damit ist also erstens die Ausrede zerstört, daß der Ordnungsruf ein integrierender Bestandteil der gegen Ledebour vorher gerichteten Zurückweisung seiner Kritik gewesen sei. Zweitens ist damit erklärt: Es ist ein Ordnungsruf ergangen ohne Namensnennung, weil viele Leute laute Zurufe gemacht haben, ohne daß diese Zurufe verstanden wurden und doch soll der Ordnungsruf auf einen bestimmten Abgeordneten gerichtet gewesen sein.

Der so konstruierte und gerechtfertigte Ordnungsruf kann als Schulbeispiel dafür gelten, wie ein Ordnungsruf nicht erteilt werden kann und darf, denn es hatten ihm alle Mängel an, etwa wie dem mit allen Fehlern behafteten Pferde in anatomischen Lehrbüchern.

Würden die Parteien des Reichstags sich nach Gründen objektiver Gerechtigkeit bei der morgigen Abstimmung richten, so müßten sie einmütig sich für die Nichtigkeit dieses ordnungswidrigen Ordnungsrufes aussprechen. Wie es nach der heutigen Debatte den Anschein hat, wird aber die Mehrheit anders entscheiden, um den Erbsprinzen zu decken.

Will die Mehrheit sich so mit Hohenlohe und Oldenburg identifizieren, so wird sie die Folgen zu tragen haben.

Zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

In einer Zuschrift an den Handelsvertragsverein stellen eine Anzahl in Lissabon ansässiger deutscher Kaufleute fest, daß in Portugal keine Aussicht auf eine Revision des Vertrages vorhanden sei. Die portugiesische Regierung habe überdies offiziös verkant lassen, daß die Abschließung des Vertrages im Reichstag eine deutschfeindliche Stimmung auslösen und den Boykott deutscher Waren herbeiführen würde.

Das Inkrafttreten des amerikanischen Maximaltarifs.

Wie dem Handelsvertragsverein von der Volkspost der Vereinigten Staaten in Berlin mitgeteilt wird, soll der neue amerikanische Maximaltarif am 31. März automatisch gegenüber allen Ländern in Kraft treten, denen nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Präsidenten der Weitergenuss des amerikanischen Minimaltarifs gewährt worden ist. Demnach bedürfte es also keiner besonderen Kundgebung des Präsidenten gegenüber den Ländern, deren Einfuhr vom 31. März ab dem Maximaltarif unterworfen werden soll, wie das bisher vielfach angenommen wurde. Auf eine vorüberige Kaltschuldigung des Präsidenten haben vielmehr nur die Länder Anspruch, denen der Weitergenuss des amerikanischen Minimaltarifs über den 31. März hinaus ausdrücklich zugestanden ist, wenn sie sich nach der Auffassung des Präsidenten und der Tarifkommission in Zukunft einer ungebührlichen Diskriminierung der Vereinigten Staaten schuldig machen sollten. Diesen Ländern kann der Minimaltarif nach Section 2 des amerikanischen Tarifgesetzes erst nach einer Frist von 90 Tagen vom Tage der Kundmachung gerechnet entzogen werden.

Sachsen und die Schiffsabgaben.

Zur Frage der Schiffsabgaben schreibt das „Dresdener Journal“, daß die Vertretung des ablehnenden Standpunktes der Königlich sächsischen Regierung bei den bevorstehenden Beratungen in Berlin in Gemäßheit der von dem Staatsminister Grafen Bismarck am 13. Januar in der ersten Ständekammer im Anschluß an die bekannte Rede des Wirkl. Geh. Rats Dr. Bach gemachten Ausführungen erfolgt werden. Das amtliche Blatt bringt den Wortlaut der Erklärung des Ministers nochmals zum Abdruck und fährt dann fort:

Die Königlich sächsische Regierung ist hiernach entschlossen, gestützt auf das gute Recht, getragen von der Zustimmung des ganzen Landes und im Bewußtsein des Wertes der in Frage stehenden Interessen den ablehnenden Standpunkt gegenüber der geplanten Einführung von Schiffsabgaben in hinförmiger Weise, aber auch mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Die Königlich sächsische Regierung ist aber auch erfüllt von dem aufrichtigen und wohlwollenden Vertrauen, daß es dem Herrn Reichskanzler im Einvernehmen mit der Königlich preussischen und der Königlich bayerischen Regierung gelingen werde, zur Vermeidung weiterer Komplikationen einen gangbaren Ausweg aus den bestehenden ersten Schwierigkeiten vorzuschlagen.

Die Entscheidung über die Schiffsabgaben

soll im Bundesrat bereits am zweiten Februar fallen. Welche Wichtigkeit den Verhandlungen beigegeben wird, erhellt daraus, daß die leitenden Minister der Einzelstaaten in Berlin eingetroffen sind, um ihren Standpunkt persönlich zu begründen.

Wasserbauten in Bayern.

München, 30. Januar.

Es tut ordentlich weh, wenn nach wochenlanger Behandlung uninteressanten Strömungs ein Projekt zur Tagesordnung steht, das aufs Ganze geht, das nicht nur verständnisvollen Einblick in die Verhältnisse und Bedürfnisse der Gegenwart, sondern auch weise Vorzüge für die Zukunft verrät.

Das bayerische Staatsministerium des Innern hat eine Gesetzesvorlage gemacht, nach der rund 14 Millionen Mark für systematische Flusskorrekturen und Wildbachverbauungen aufgewendet werden sollen. Man hat bisher in Bayern schon viel Geld, 117 Millionen, für diese Zwecke verbraucht, aber nie planvolle und gründliche Arbeit geleistet. Viele Korrekturen sind nur aus leichtem Material hergestellt und darum der Gefahr der Zerstörung ausgesetzt; sie sollen jetzt durch Stein und Beton einen soliden Ausbau erfahren. Um der Volkvertretung einen Einblick in die Verhältnisse zu gewähren, wurde eine „Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der Wasserbauten in Bayern“ ausgearbeitet und vorgelegt; sie fand das Lob aller Parteien des Hauses.

Die jetzt geforderten 14 Millionen sind nur ein Teilbetrag. Die vollständige Ausführung des Projektes erfordert eine Summe von 75 Millionen Mark. Zugleich mit den Flusskorrekturen werden Arbeiten der Bodenmelioration ausgeführt werden. Auch stehen mit diesen Wasserbauten aufs engste in Verbindung die Anlagen zur Ausnützung der Wasserkraft. Man kann also dem Minister zustimmen, wenn er sagt, daß mit der Ausführung und Vollendung des ganzen Projektes Bayern eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet habe.

Alle Redner sprachen ihre Genehmigung über die Denkschrift und die Regierungsvorlage aus. Besonders ist es unser Parteigenosse Müller, der die in der Denkschrift entwickelten Grundzüge als richtig anerkennt. Er verweist darauf, daß die Sozialdemokraten im Landtage stets die bruchstückartige Korrekturen als unzuverlässig bezeichnet haben. Genosse Müller gibt auch der Erwartung Ausdruck, daß die Verhältnisse der bei den Arbeiten zu beschäftigenden Arbeiter muntergültig geregelt werden und daß der Volkvertretung von Zeit zu Zeit Mitteilung über den Stand der Arbeiten gemacht wird.

Der konservierte Bethmann.

Bei dem Diner — erzählt das „Berl. Tagebl.“ —, das der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am Sonnabendabend dem Präsidium des Abgeordnetenhauses gab, war der Erzherzog des Herrn v. Oldenburgs allgemeines Gespräch. Wie heute in den Reichstagscontours erzählt wurde, war der Reichskanzler über den Vorfall geradezu konsterniert und er machte vor den anwesenden Abgeordneten aus seinem Bedauern kein Hehl.

Herr Bethmann fühlt wahrscheinlich, daß es seine Pflicht wäre, die freche Verhöhnung der deutschen Verfassung, deren Organ die Reichstag, so der Reichskanzler und der Deutsche Kaiser ist, mit gebührender Schärfe zurückzuweisen. Andererseits hebt er davor zurück, es mit seinen Vorgesetzten, den preussischen Junkern, zu verderben. In diesem Zwiespalt der Natur bleibt ihm nur Konstellation und ihre Verlautbarung in einer Pressenotiz übrig.

Freisinnige Arbeitgeber.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte letzte Tage folgende Notiz: „Hof. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Edwin Soller in München, Vertreter des Wahlkreises Hof, hat für die Angestellten und Arbeiter seiner im Fichtelgebirge gelegenen Granitwerke eine jährliche Gewinndeteiligung eingeführt. Ein Teil der Zuwendungen kommt allen Arbeitern ohne Unterschied zu. Ein weiterer Teil wird den Arbeitern progressiv nach der Dauer ihrer Tätigkeit im Betriebe als eine kleine Altersversicherung gutgeschrieben und nach 25jähriger Tätigkeit, spätestens aber mit dem 60. Lebensjahre ausbezahlt. Diese letztere Zuwendung bleibt denjenigen Arbeitern vorbehalten, die der sozialdemokratischen Gewerkschaft nicht angehören.“

Der freisinnige Herr Soller, führt also eine sogenannte „Gewinndeteiligung“ ein, die aber beileibe nicht den fleißigen Arbeitern unterschiedslos ausbezahlt, sondern zum Teil „als eine kleine Altersversicherung gutgeschrieben“ wird und nach 25jähriger Tätigkeit immer noch als eine „kleine“ Summe angesehen werden muß. Die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftsmitglieder werden aber von dem „freisinnigen“ Helden extra bestraft, weil sie von einem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht haben, für welches ja bekanntlich der liebe Freisinn immer so „kräftig“ eintritt. Wären sie Mitglieder der gelben Streikbrecherorganisationen, würde dann Herr Dr. Soller mit sich reden lassen?

Wortwändig ist es, daß die gute Frankfurterin bis jetzt noch keine Silbe dazu geschrieben hat und die Notiz ohne jeden Zusatz aufnahm. Oder hält sie den Dr. Soller nicht mehr für echt freisinnig, seitdem er dem „Deutschen Deportationsverbande“ angehört, welcher sich zur Aufgabe gemacht hat, die entlassenen Strafgefangenen nach den Inseln der Südsee, insbesondere nach der Insel „Neu-Neu-Neu“ zu deportieren, damit sie dort eher zugrunde gehen?

Der Vertreter des Wahlkreises Hof ist also eine edle Freisinnsechse, mit der man Staat machen kann.

Landtagswahlwahl in Landau (Pfalz).

Bei der am Sonntag vollzogenen Landtagswahlwahl im Wahlkreis Landau (Pfalz) siegte der Kandidat der Liberalen mit 2000 Stimmen über die verblühten Schwabblodparteien, Zentrum und Bund der Landwirte, die 2075 Stimmen auf sich vereinigten. Einen erfreulichen Erfolg trug bei dieser Wahl die Sozialdemokratie davon. Ihre Stimmen stiegen von 826 bei der Wahl im Jahre 1907 auf 1001 Stimmen.

Ein Selbstmord in der Kaserne.

Ueber den am Freitag bei der Beratung des Etats der Heeresverwaltung von dem sozialdemokratischen Redner, Genossen Koske, erwähnten Selbstmord in der Kaserne des Infanterieregiments Nr. 53 in Köln bei Köln, der am Weichnachtsabend vor sich ging, erzählt jetzt die „Rheinische Zeitung“ näheres: „Der Unteroffizier Müller hatte sich einer kleinen Unvorsichtigkeit bei der Eintragung in den Nachtrapport schuldig gemacht. Dafür diktierte ihm der Bataillonskommandeur fünf Tage Mittelarrest, eine außerordentlich hohe Strafe zu. Zur Verbüßung sollte der Unteroffizier am Weichnachtsabend antreten. Vergewissert bemühte sich der Kompaniechef um seinen Günstling. Während sich die Kameraden um den Tannenbaum scharten, sollte Müller in den Arrest. Der durch die hohe Strafe erbitterte Mann geriet nach und nach in eine verzweifelte Stimmung. Er hat, vor seinem Straftritt nochmals auf seine Stube gehen zu dürfen. Dort schrieb er Abschiedsworte an seine Lieben, und als das „Stille Nacht, heilige Nacht“ in den oberen Korridoren erkante, kroch der Schütz durch die Kaserne, der Müller tödlich verletzte. Am 10. Uhr starb er an den Folgen der Verletzungen, die ihm die Pfaypatrone in der Lunge beigebracht hatte.“ Der Regimentskommandeur ließ sofort eine Untersuchung einleiten und die Sache soll noch das Kriegsgericht beschäftigen.

Angarn.

Vertagung des ungarischen Reichstages.

Aus Wien wird uns vom 28. Januar geschrieben: Vertagt ist der ungarische Reichstag bereits, und die Auflösung ist nur noch eine Frage der Zeit. Das Abgeordnetenhaus hat der Regierung Khuen-Deberdary gestern ein papriges Misstrauensvotum verlesen und Khuen hat es

mit der sofortigen Vertagung beantwortet; er hatte das Votum, das vom 20. Januar datiert ist, schon mit seiner Ernennung mitgebracht. Scheinbar ist es nur eine Vertagung, aber da sie bis 24. März dauern soll, so ist es klar, daß das Schicksal des Hauses bereits entschieden ist: es wird nicht mehr zusammentreten und im Juni sollen die Neuwahlen sein. Aber besteht die geringste Wahrscheinlichkeit, daß sich in den Wahlen solche Veränderungen vollziehen können, die die parlamentarische Krise ernstlich zu beeinflussen vermögen?

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering. Um in dem Schlamm des Privilegienwahlrechtes zu wirken, bedürfte es einer großen und zielbewußten Persönlichkeit und eines großzügigen, fortreichenden Programms. Aber der Herr Graf Khuen-Deberdary ist ein vulgärer Gewaltpolitiker, dessen staatsmännische Künste damit beschloffen sind, daß er keine Skrupel kennt. Er wird auch unzweifelhaft den Versuch machen, die Wähler mit den landesüblichen ungarischen Praktiken, Regierungsdruck und Bestechungen, der Unabhängigkeitsbewegung abzutreiben und für seine „neue“ Partei zu gewinnen, und in der Korruption der ungarischen Verhältnisse und angeichts des zur Verfälschung des zweckdienlichen Wahlsystems mag es auch glücken, seinen Altliberalen, die schon ganz begraben waren, eine gewisse Position zu verschaffen. Aber gegenüber festgewurzelten politischen Formationen ist mit bloß mechanischen Mitteln nichts auszurichten; dem Kern der oppositionellen Kraft werden Gewaltmittel nichts anzuhaben vermögen. Zumal der Graf Khuen eine so üble Vergangenheit hat und, da er auf die Bahn der Verfassungswidrigkeit gedrängt ist, auch bald eine üble Gegenwart haben wird, daß seiner Person und seiner Politik jede Anziehungskraft verjagt bleiben wird; als Exponent einer volkstümlichen Politik erscheint er zu unwahrscheinlich, um Glauben zu finden. Und was das „Programm“ der neuen Regierung anlangt, so steckt es tief im Nebel der Zweideutigkeit. Auf der einen Seite versichert Khuen, er sei ein Anhänger des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und werde die Wahlreform ohne Pluralität durchführen; auf der anderen scharwenzelt er um die Tisza und Andrássy herum, will seine Partei auf ihre Zustimmung und Unterstützung aufbauen, obwohl die zwei edlen Herren, die ungarischen Kráplinski und Waschlabski, die wütigsten Wahlreformfeinde sind, von Volksfeindschaft bis auf die Knochen durchtränkt, und überhaupt als Politiker nur mit den letzten der Dilembier zu vergleichen. Der Verdacht ist geradezu zwingend, daß es Khuen mit der Wahlreform nicht Ernst ist, die demokratische Parole nur ausgestellt wird zum Zwecke des Wählerfanges, die aber, wenn sie ihre Dienste getan, ohne Bedenken wieder fallen gelassen wird. Wenn es aber kein ethischer Zweck ist, für den die unmoralischen Mittel aufgebracht werden, so weis man wahrlich nicht, was die nichtmagyarische Welt an dem Experiment Khuen interessieren soll.

Wenn nun die Wahlen keine durchgreifende Veränderung zeitigen werden, so wird der Ausgang der sein, wie er in Ungarn immer ist: ein fauler Frieden für kurze Zeit. Die Unabhängigkeitspartei wird müde werden und in Sachen der Bankgenossenschaft nachgeben; dann wird man so weiter regieren lassen, bis wieder ein neuer Konflikt die chronische Krise des Dualismus akut machen wird. Von oben wird die Wahlreform nicht kommen; sie muß auch in Ungarn von unten aus durchgeführt werden.

Italien.

Die Stellung der Mohammedaner.

Teheran, 30. Januar. Bei der Jahresversammlung der Indischen Mohammedanerliga wurde, nachdem der Präsident Aga Khan an alle Anwesenden den dringenden Appell gerichtet hatte, die Regierung zu unterstützen, eine Resolution angenommen, in der der Regierung für die von ihr durchgeführten Reformen der heraldische Dank ausgesprochen und ferner dem Wächter der Liga vor allen anarchischen Bestrebungen Ausdruck gegeben wird.

Türkei.

Beruntretungen.

Konstantinopel, 31. Januar. Wie die Blätter melden, sind in dem Sakumministerium große Beruntretungen entdeckt worden.

Griechenland.

Einberufung der Nationalversammlung.

Athen, 31. Januar. Die Militärliga hat den König nun doch gezwungen, seine Zustimmung zur Einberufung einer Nationalversammlung zu geben. Die Nationalversammlung ist eine vollkommen souveräne Körperschaft und nach ihrem Zusammentritt sinkt die Stellung des Königs, der jetzt schon der Gesangene der Militärliga war, erst recht gänzlich zur Bedeutungslosigkeit herab. Der König hat versucht, sich wenigstens einigermaßen dadurch zu sichern, daß der Nationalversammlung nur ein ganz bestimmtes, eng begrenztes Programm vorgelegt werde. Aber auch dieser Versuch ist mißlungen. An die Spitze des neuen Kabinetts wird Dragamis treten und der Führer der Militärliga, Oberst Borbas, wird das Kriegsvortreffliche erhalten.

Fünf Offiziere, die als Gegner der Militärliga betrachtet werden, sind verhaftet worden. Etwa hundert Studenten veranfaßten heute eine Kundgebung zugunsten der Einberufung der Nationalversammlung. Die Stadt ist ruhig.

Persien.

Vernichtung der Reaktionen.

Konstantinopel, 31. Januar. Die hiesige persische Kolonie erhielt Telegramme, die die völlige Vernichtung der letzten persischen Reaktionen bestätigen. Der Sohn des reaktionären Führers Bach im Khan wurde bei Tschamkapat von Esrem, dem Armeeführer der Liberalen, auf Haupt geschlagen, und von seinen tausenden Soldaten entkamen nur ein paar Dugend in die Berge. Nachim Khan ist tot. Fast alle Festungen und die gesamte Artillerie der Verfassungsfreunde sind bereits im Besitze der liberalen Machthaber, die nun durch unarmherzige Hinrichtungen aller Verdächtigen auch mit den heimischen Anhängern des status quo antea aufräumen wollen. In Teheran herrschte anläßlich der letzten und entscheidenden Siege Ghems unbeschreiblicher Jubel.

China.

Die Verfassungsfrage.

Peking, 31. Januar. Ein Erlass des Kaisers bescheidet das Gesuch der Provinzialdeputierten, das Parlament vor dem festgesetzten Termin einzuberufen, abschlägig. Als Grund des abschlägigen Bescheides wird angegeben, daß die Bevölkerung noch nicht genügend vorbereitet sei.

Japan.

Ein Aufstand in Korea.

Tokio, 31. Januar. Aus der koreanischen Provinz Süd-Boengang wird der Aufbruch einer Kurekarmee gemeldet. 20 japanische Anführer sollen ermordet worden sein.

Gewerkschaftliches.

Vom Zwangsknebelnachweis der Bergarbeiter.

Bei der Verhandlung der Interpellation über den Zwangsknebelnachweis im Ruhrrevier hat sich die Regierung wieder völlig und aller Welt offenbar als getreuer Knecht des Kapitalismus gezeigt. Keine Rede mehr von den famosen Seelenrettungsversuchen; mit dreifacher Strenge wurde der Knebelnachweis zur Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter umgelogen. Im Parlament blieben die Regierungsvertreter wie die Unternehmerknechte ja völlig ernst bei diesem frechen Taschenspielertrick, wenn sich die Herren im stillen Stübchen später auch schon ins Käufchen gelacht haben werden.

In welcher Richtung die „Wohlfahrts“anstalt wirken wird, darüber ist ja in jüngster Zeit schon einiges bekannt geworden. Ein neues Stückchen teilt die Düsselborfer „West. Post“ in ihrer letzten Nummer mit. Danach wünschte ein Bergmann, auf Zeche Hardenberg Beschäftigung zu erhalten. Der Betriebsführer konnte ja nicht mehr „Herr im Hause“ sein und schickte den Mann zum Zwangsknebelnachweis in Dortmund, um einen Schein zu holen. Dort angekommen bringt der Mann sein Gesicht vor mit dem Wunsch, auf Zeche Hardenberg beschäftigt zu werden. Auf dem Nachweis hatte man aber allerlei Ausflüchte und wollte den Mann nach Nachbargessen, Kaiserstuhl oder Minister Stein, schicken. Dem war der Kumpel nicht einverstanden, worauf er dann endlich gar keinen Schein für Hardenberg, wohl aber eine Mitteilung an — den Pastor in Lindenhorst bekam. Vom Pastor wurde der Kumpel regelrecht ex aminiert und zunächst gefragt, ob er organisiert sei, worauf die Antwort erfolgte: „Ja, in alten Verband.“ Worauf der Pastor: „Daan sind Sie wohl Sozialdemokrat?“ Der Bergmann verneint. Pastor: „Aber aus der Landeskirche sind Sie wohl ausgegrenzt?“ Auch dies verneint der Kumpel. Nachdem das scharfe Verhör endlich beendet, erhielt der Kumpel wieder eine Bescheinigung an den Zeche nachweis. Hier erhielt er nun endlich den Schein, womit er nach Zeche Hardenberg gehen konnte, um dort in Arbeit zu treten.

Die Leidensgeschichte eines anderen Bergmannes wird uns wie folgt geschildert:

Auf einer Zeche des Essener Reviers arbeitete der Bauer — nennen wir ihn H. Dieser erhielt am ersten Weihnachtstage von seinen Familienangehörigen aus Oppenheim ein Telegramm mit der Mitteilung, daß die Mutter schwer erkrankt wäre und ihn vor ihrem Tode noch einmal sehen möchte. H. reiste sofort ab und ließ seine Abreise durch einen Arbeitskameraden auf der Zeche melden. Am 5. Januar lehrte er wieder zurück, holte sich ein Anlegeattest, wofür er 3 M. zahlen mußte und wurde auf seiner Zeche vorstellig zum Anfahr. Der Betriebsführer nahm das Attest an sich und beglückte dafür H. mit der Absicht, diese Absicht war auf den 7. Januar ausgestellt, nicht auf das Datum, wo H. die letzte Schicht verfahren hatte. Am 10. Januar begab sich H. nach dem Arbeitsnachweisbureau in Gelsenkirchen. Dasselbe wurde ihm bedeutet, daß er als Kontraktbrüchiger anzusehen sei, mithin vor dem 21. Januar von keinem Arbeitsnachweisbureau Arbeit zugewiesen erhalte. H. ging wieder nach seiner alten Zeche zurück und verlangte einen ordnungsgemäßen Abscheinschein. Der Betriebsführer war so entgegenkommend, in die Abscheinschein einzutragen: „Lehste Schicht verfahren am 23. Dezember 1909.“ Am 11. Januar ging dann H. wiederum zum Arbeitsnachweisbureau nach Gelsenkirchen hin und wurde von hier aus nach der Zeche D 3, 4 und 6 überwiesen. Auf dieser Zeche wurde H. abgewiesen, weil keine Arbeit für ihn vorhanden sei, was dann auch auf dem Anlegeattest vermerkt wurde. Auf dem Nachweisbureau sah die man ihn jetzt nach der Zeche F. C., gleichfalls im Essener Revier, aber auch hier wurde er nicht angelegt. „Von der Zeche (wo H. früher gearbeitet) werden keine Leute angenommen.“ Wieder eilte H. nach Gelsenkirchen, um vom Arbeitsnachweisbureau nach der Zeche F. C. (Essener Revier) hingeschickt zu werden. Beinahe hatte er Glück. Er wurde angenommen. Als er aber die Papiere vorlegte, hieß es: „Solche Leute können wir nicht gebrauchen. Gehen Sie nach Ihrer alten Arbeitsstelle zurück.“ Was blieb H. übrig, als zu folgen. Er verlangte auf der alten Zeche entweder Arbeit oder einen ordentlichen Abscheinschein (auf den 1. des Monats ausgestellt), oder aber man solle ihm einen Krankenchein ausstellen. Alles das wurde ihm verweigert. Zufällig war neben dem Betriebsführer ein höherer Beamter im Zechenbureau anwesend, der sich die ganze Leidensgeschichte erzählen ließ und der sich schließlich des H. erbarmte. H. solle sich auf einem anderen Schacht der Zeche melden. Aber er solle sich erst auf dem Nachweisbureau in Essen den Anlegeattest holen, den er aber hier nicht erhielt. Um den Schein zu erhalten, mußte er wieder nach Gelsenkirchen hin und erhielt hier dann endlich die langersehnte Arbeit. Vorerst aber mußte er hier ein neues Anlegeattest 3 M. und für ein Burmattest gleichfalls 3 M. zahlen.

Diese Darstellungen zeichnen uns allerliebste Bildchen für die späteren allgemeinen Betätigungsmöglichkeiten und wohl auch Wirklichkeiten des Zwangsknebelnachweises. Wenn der Ortsgendarm keine Sozialdemokraten, wenn der Geistliche keine Freidenker im Dorf leiden mag, wofür hat man dann die „Wohlfahrt“ des Knebelnachweises. Neben dem allmächtigen Betriebsführer muß auch der Gendarm, Amtmann oder Geistliche den arbeitslosen Kumpel mikroskopisch untersuchen, ob er auch staats- und kirchenpolitisch stubenrein ist, ehe er in den Ritt darf. Werden staats- oder kirchenfeindliche Bazillen entdeckt, folgt zeitweise oder dauernde Quarantäne!

Die Vorgänge im Ruhrrevier sind eine treffliche Illustration zum Thema: Abschwächung der Klassegegensätze!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in den Weißbierbrauereien.

Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes und den Weißbierbrauereien Groß-Berlins versammelten sich am Sonntagvormittag im „Englischen Garten“, um den Bericht ihrer Lohnkommission zu hören. Die Kommission wurde eingesetzt, als am 6. Dezember v. J. eine Verammlung der Weißbierbrauerei beschloß, den Tarif zum 1. April zu kündigen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzustreben. Von diesem Beschluß setzte die Kommission den Vorstand des Vereins der Weißbierbrauereien in Kenntnis, der darauf durch seinen Vorsitzenden Petrus Gabriel erwiderte, daß den Mitgliedern des Vereins empfohlen worden sei, die Tarife auf zwei Jahre zu verlängern, da man keine tariflose Zeit wünsche. Von Lohnzulagen wollte man nichts wissen. — Außer dem Verein der Weißbierbrauereien ist mit einigen Brauereien einzeln zu verhandeln; in Betracht kommen etwa 12 Betriebe mit 231 Arbeitern, die zum größten Teil organisiert sind.

Die Lohnkommission hatte nun einen Tarif ausgearbeitet und unterbreitete der Versammlung die darin vorgeschlagenen Verbesserungen zur Beratung, besonders in bezug auf Lohn und Arbeitszeit. Die Fahrfahrer (jäh halbe Tonne) sollen nach dem Entwurf 80 M. Wochenlohn und für jede umgelegte halbe Tonne sowie für „Verladungen“ 10 Pf. extra erhalten. Fahrfahrer, die einen Mitfahrer beschäftigen — bei einem Mindestlohn von 110 halben Tonne ist ein Mitfahrer zu beanspruchen — erhalten einen Zuschuß von 19 M. pro Woche. Die Fahrfahrer erhalten vom Fahrfahrer einen Wochenlohn von 34 M. und werden bei Entlassung durch die Fahrer wegen Mangel an Arbeit in der Brauerei beschäftigt, soweit offene Stellen vorhanden sind.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Die Flaschenfahrer verlangen einen Lohn von 22,50 M. pro Woche und eine Provision von 20 Pf. auf je 3 M. des Umsatzes sowie für je 1000 juristisch gebrauchte leere Flaschen 1,50 M. Der Flaschenfahrer, der täglich 30 Kisten Bier verkauft, hat einen Mitfahrer zu beanspruchen. Muß der Fahrer die Arbeit allein machen, so erhält er pro Tag 3 M. Vergütung, die aber wegfällt, sobald er es ablehnt, einen Mitfahrer anzunehmen.

Die Flaschenbiermitfahrer erhalten einen Lohn von 30 M. pro Woche, außerdem für jeden vollen Kisten eine Provision von 2 Pf. Werden zum Mitfahrerdienst innere Betriebsarbeiter herangezogen, so erhalten dieselben an solchen Tagen 1,50 M. Lohnzuschlag bezahlt.

Die Referentfahrer und Stallente erhalten 36 M. Wochenlohn. Wird Wohnung gegeben, so wird dieselbe bei dem Lohnschlag berechnet.

Der wöchentliche Lohn für die im inneren Betriebe beschäftigten Arbeiter beträgt: a) für Bierheber 38 M., b) für Gärtler, Subhaus- und Pumphausarbeiter 36 M., c) für Flaschenkellerarbeiter 30 M., d) für jugendliche Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren 18 M., e) für jugendliche Arbeiter im Alter von 18—20 Jahren 23 M.

Die Arbeitszeit zu regeln, ist besonders notwendig geworden, sie soll für den Fahrer dauern bis zur Erledigung aller Arbeiten, die das Bieransfahren speziell für seine Kunden betrifft. Zur Leistung anderer Arbeiten, welche außerhalb der regulären Touren liegen, sind die Fahrer und Mitfahrer nicht verpflichtet.

Für Referentfahrer und Stallente beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden innerhalb 11 Stunden.

Aufsicher, welche Projekte nicht bestehen, erhalten bei Touren, welche so liegen, daß der hiermit Beauftragte sich in der üblichen Mittagszeit zwischen 12—2 Uhr in seiner Wohnung nicht betätigen kann, 1 M. Wenn die Tour einen ganzen Tag dauert, 2 M. Speisegeld.

Die Arbeitszeit der inneren Betriebsarbeiter beträgt täglich 8 1/2 Stunden innerhalb 10 Stunden.

Ullrich und Alisch erläuterten die einzelnen Bestimmungen und machten darauf aufmerksam, daß die Vertrauensleute bereits Stellung dazu genommen haben und die Annahme des Entwurfs empfehlen.

Einige Anträge aus der Mitte der Versammlung wurden noch in den Tarif aufgenommen; so sollen den Fahrern die Lieferungen von Bier in größeren Aufträgen, die zu einer Tour gehören, nicht entzogen werden. Auch wurde für die Privatfahrer ein fester Lohn von 22,50 M. nebst Provision von 25 Pf. pro Kiste verlangt. Die Provision für umgelegte Bier an solche Kunden, die in Raten an die Brauerei bezahlen, soll jedem Fahrer wöchentlich mitberechnet und zur Auszahlung gebracht werden.

Unter den allgemeinen Bestimmungen im Tarif wird verlangt, daß die Fahrer nicht mehr verpflichtet sein sollen, Häfer, Wagen oder Geschirre zu reinigen, Pferde zu putzen oder beschlagen zu lassen, und daß an Sonn- und Feiertagen das Fahrerpersonal nicht zu Arbeiten in der Brauerei herangezogen werden darf. — In bezug auf Leistung und Sicherheit heißt es:

Jeder Fahrer hat eine Kaution bis zur Höhe von 500 M. bei der Kasse der Brauerei in bar zu deponieren, eventuell werden pro Monat 20 M. von seinem Gehalt einbehalten, bis die Kaution erreicht ist. Die Verzinsung beträgt 5 Proz. für volle 100 M. Für Außenstände der Kundenschaft sind die Fahrer nicht haftbar.

Viele Bestimmungen decken sich mit denen des Tarifs für die Lagerbierbrauereien, wenn auch manche Forderung sich in noch bescheideneren Grenzen hält, in Berücksichtigung der Geschäftslage der Weißbier gegenüber den Lagerbierbrauereien.

Die Versammlung beschloß einstimmig, daß dieser Entwurf den Weißbierbrauereien eingereicht werde.

Alisch erklärte noch, daß die Bewegung gemeinsam mit dem Kartell geführt werden soll und daß in der Kartellvertreterwahl auch die Forderungen der Handwerker noch berücksichtigt werden müßten.

Erfolgreicher Abschluß des Streiks bei Adalbert Stier.

In dem Streik der Konfektions Schneider und Schneiderinnen der Firma Adalbert Stier ist es durch die Verhandlungen am Sonnabend, die gestern fortgesetzt und beendet wurden, zu einer Einigung gekommen. Die Streikenden haben durch ihr einmütiges Zusammenhalten einen schönen Sieg errungen. Einer Versammlung der Streikenden, die am Sonntag in den „Muffersälen“ stattfand, wurde bekanntgegeben, daß die Firma sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit gefunden hatte, der eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Proz. mit sich bringt. Darüber, wann der Tarif in Kraft treten sollte, sowie über die Löhne der Hofen- und Westmännchen usw. sollte am Montag verhandelt werden. Die Versammelten erklärten sich mit dem vorläufigen Ergebnis der Verhandlungen einverstanden. Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte am Sonntag selbstverständlich noch nicht beschlossen werden. Gestern nachmittag fand eine neue Versammlung der Streikenden statt. Sie füllte den Saal 1 des Gewerkschaftshauses. Aus dem Bericht, den der Referent Kunze gab, ist zu entnehmen, daß die weiteren Verhandlungen dazu führten, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Tarifvertrages der Herrenkonfektions Schneider auf den 1. April dieses Jahres vereinbart ist. Für die Hofen- und Westmännchen ergaben die Verhandlungen einen Aufschlag von 10 Proz. auf die bisherigen Stücklöhne. Die Wochenlöhne der Tagelöhner wurden um 3 M. erhöht, und ein Mindestlohn von 30 M. wurde für sie vereinbart. Ferner erhalten die Tagelöhner nach einjähriger Tätigkeit bei der Firma 5 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit 8 Tage Sommerferien. Es ist durch die Vereinbarungen mit der Firma auch dafür gesorgt, daß Maharbeit immer als solche behandelt und bezahlt wird, und nicht mehr, wie es bisher vielfach üblich war, von Konfektions Schneidern zu geringeren Löhnen, als sie für Maharbeit gelten, angefertigt wird. Das dient zur Befestigung des Arbeitsstandes, daß die Konfektions Schneider, oft ohne Wissen und Wollen, zu Schmutzkonkurrenten ihrer Kollegen von der Mahbranche gemacht werden. Der Referent wies darauf hin, daß die Arbeiterkassette der Firma Stier gleichsam die Avantgarde in der allgemeinen Lohnbewegung der Herrenkonfektions Schneider Berlins bilde. Sie hat diesen Kampf zu beenden und hat nun dafür zu sorgen, daß das Errungene in vollem Umfange durchgeführt und aufrecht erhalten wird, sowie auch an ihrem Teile dazu mitzuwirken, daß eine allgemeine Lohnregelung in der Herrenkonfektion erzielt wird, wozu selbstverständlich vor allem ein festes Zusammenhalten in der Organisation notwendig ist.

Die Versammlung erklärte sich mit den Vereinbarungen einverstanden und beschloß einstimmig, die Arbeit heute, Dienstagvormittag, wieder aufzunehmen. — Der Tarifvertrag gilt auf unbestimmte Zeit mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma F. Sternkider, Charlottenburg, Helmholz-Strasse 22 sind Lohn Differenzen ausgebrochen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter der Firma A. Gutschow, Friedrichstraße 24, haben gestern früh die Arbeit niedergelegt wegen unberechtigter Entlassung ihres Vertrauensmannes und schwebender Lohn Differenzen. Der entlassene Kollege, welcher bereits über 5 Jahre in Betriebe beschäftigt war, hatte die Wünsche seiner Kollegen auf Verbesserung der Löhne vor einiger Zeit bei der Geschäftsleitung vertreten. Die Versprechung, die die Firma bei der Verhandlung dem Vertrauensmann gab, hat dieselbe nicht gehalten. Am 27. Januar erfolgte die Entlassung. Die Arbeiter forderten die Zurücknahme der Entlassung. Dies lehnte die Firma ab, darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung. Die 52 in Frage kommenden Streikenden sind sämtlich Mitglieder des Transportarbeiterverbandes.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Die Aufsicher und Lagerarbeiter Berlins werden ersucht, ihren kämpfenden Kollegen die größte Solidarität zu erweisen.

Deutsches Reich.

Einem vollen Sieg errangen die freien Gewerkschaften in Arnstadt (Nür.) bei der Gewerbegerichtswahl. 586 Stimmen vereinigten sich auf ihre Liste, während es der „Deutsche Arbeiterverein“, ein Glied vom Bund Vaterländischer Arbeitervereine, auf 51 Stimmen brachte. — Durch die Wahl ist aber ein kompletter Schwindel aufgedeckt worden. Der Verein wurde im April 1907 vom Vorsitzenden der Ortsgruppe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen unter der Leitung der Fabrikanten. Den Vorsitz übernahm ein ehemaliger Genosse, Mitbegründer des Arnstädter Gewerkschaftsartikels, der inzwischen vom Tischlergesellen zum „Saalmeister“ einer Papierfabrik avanciert war. Sehr bald war der Verein auf über 100 Mitglieder angewachsen und seit dieser Zeit, 2 1/2 Jahre, steht zu jeder Monatsversammlung „Aufnahme neuer Mitglieder“ auf der Tagesordnung, und bei einer geheimen Wahl bringt der Verein 51 ganze Stimmen auf. So ist dieser ganze Schwindel in sich selbst zusammengefallen, wie der ganze Reichsverbandsschwindel überhaupt. Auch das reaktionäre Schwarzb. Sonderhauser Ministerium hat zum zweitenmal erleben müssen, daß seine Bemühung mit der Einführung des Proportionalwahlsystems mit gebundenen Vorschlagslisten umsonst war, um es als Mittel gegen die Arbeiterbewegung ins Feld zu führen. Die Arbeiterkassette hat aber bewiesen, daß sie mit der Vertretung der Gewerkschaften einverstanden ist und daß Ministerium und Reichsverband nichts daran zu ändern vermögen.

Vertliche Tarifregelung im Malergewerbe.

Für die Lohngebiete Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Friedheim-Rauheim, Hanau, Wiesbaden, Worms, Mainz, Höchst und Gießen fanden Bezirksverhandlungen statt mit dem Arbeitgeberverband für Hessen-Rheinland und das Großherzogtum Hessen. Die Vertreter der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände nahmen daran teil. Gegenstand der Verhandlungen war die Festsetzung der Arbeitszeit und der Pausen, des Arbeitschlusses an den Sonn- und Feiertagen, Stellung des eigenen Handwerkszeuges und Festsetzung des Geltungsbereichs für die einzelnen Lohngebiete. Zu gleicher Zeit wurden die Stundenlöhne für diejenigen Orte, wo Differenzen nicht bestanden, festgesetzt. Für Darmstadt, Gießen, Friedheim und Mainz wurde Anspruch auf den vierten Pfennig Lohn-erhöhung erhoben. Eine Einigung hierüber war aber nicht zu erzielen, und werden sich die Orts- oder Gantariämter mit der Frage weiter zu beschäftigen haben. Die laut Schiedsspruch vom 17. Januar zu erfolgende Lohn-erhöhung von 2 bzw. 3 Pfennig pro Stunde ist noch nicht überall durchgeführt. Die Arbeitgeber wurden zur Einhaltung des Schiedsspruches angehalten. Den Schiedssprüchen nicht zugestimmt haben die Arbeitgeber in Hom-burg; diese wollen sogar aus dem Arbeitgeberverbande austreten. Ferner haben bisher auch die Wiesbadener Arbeitgeber den Schiedssprüchen, soweit sie sich auf die Lohnfrage beziehen, nicht zugestimmt.

Für das ganze Lohngebiet haben nunmehr auf Grund der Abmachungen in der nächsten Woche die Lohnzuschläge zu erfolgen. Auch die unorganisierten Arbeitgeber sind dazu verpflichtet. Wo Unstimmigkeiten weiter bestehen, ist es umgehend den örtlichen Vorständen des Verbandes anzuzeigen.

Kampfanzeichen im mittelfränkischen Baugewerbe.

Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mittelfranken ist an die Organisationsleitungen der Bauhandwerker ein Schreiben ergangen, worin der Tarif zum 31. März 1910 gefündigt wird. Zu gleicher Zeit wird erklärt, daß für den Neuaufschluß eines Tarifvertrages das bekannte Tarifmuster des Deutschen Arbeitgeberverbandes vorgelegt wird. Hinsichtlich der der örtlichen Regelung unterliegenden Punkte werden die in den Unterhandlungen vom 7. Januar vom Unternehmerverband gemachten Vorschläge wiederholt. Die erwähnten, von den Unternehmern verlangten Unterhandlungen haben sich gerade wegen dieser Vorschläge zerschlagen. Die Unternehmer verlangten, daß auf der Grundlage der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Vertrag nach dem Tarifmuster abgeschlossen werde, worauf die Arbeitervertreter nicht eingingen, zumal die Unternehmer auch jede Aussicht darüber verweigerten, ob der zukünftige Lohn erhöht, Durchschnitts- oder Staffellohn sein, ob das Wort „täglich“ des Vertragsmusters streben bleiben solle usw.

Die Ankündigung ist allen Organisationen des Baugewerbes zugegangen, auch den christlichen, obwohl mit diesen gar nicht einmal ein Tarif besteht.

Versammlungen.

In einer Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverbrecher sprach Genosse Reichsanwalt Dr. Heinemann über den § 163 der Gewerbeordnung. Der beifällig ausgenommene Vortrag löste eine längere Diskussion aus, in der manch einer seine diesbezüglichen Erfahrungen zum besten gab und sein Wissen durch an den Referenten gerichtete Fragen zu erweitern suchte. Bereitwillig kam der Referent diesen Bestrebungen entgegen. Nachdem nunmehr die Versammelten zu einem Vortrage der Brandenkommision, die eine bessere Regelung der Arbeitsvermittlung erstrebt, Stellung. Die von dieser vorgelegene Resolution, durch die sämtliche Dreher verpflichtet werden, alle vakanten Stellen sofort der Reichswehrstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Charitéstr. 3, zu melden, damit dem Unwesen der privaten Arbeitsvermittlung gesteuert wird, wurde angenommen. Nach Erledigung einiger die Allgemeinheit weniger interessierenden Verbandsangelegenheiten schloß die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordneten-Wahltag.

Landsberg (Warthe), 31. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden für die Liste der Sozialdemokraten 884 Stimmen, für die vereinigten bürgerlichen Parteien 561 und 538 Stimmen abgegeben. Die fünf sozialdemokratischen Kandidaten sind somit glatt gewählt.

Das neue griechische Ministerium.

Athen, 31. Januar. (B. L. W.) Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen. Ministerpräsident und Minister des Innern Dragumis, Außenminister Callergies, Justizminister, Krieg Jorbas, Marine Miaulis, Kapitän zur See, Unter-richt Panajotopoulos; die Finanzen übernimmt wahrscheinlich Valerites, Vizegouverneur der Nationalbank, eventuell Dragumis selbst. Unter den Ministern sind nur Dragumis und Panajotopoulos Deputierte.

Eine verhängnisvolle Verwechslung.

Budapest, 31. Januar. (B. L. W.) In Debau verwechsellten die Arbeiter Lufag und Tagn, als sie sich ihr Abendessen bereiten wollten, eine Dynamitkiste mit einer Konterverbüchse. Das Dynamit explodierte am Feuer und beide Arbeiter wurden in Stücke gerissen.

Ein Familiendrama.

London, 31. Januar. (B. L. W.) In einer Dachwohnung der City-Road, welche von dem Arbeiter Hill und seiner zahlreichen Familie bewohnt wird, hat sich ein furchtbares Drama abgespielt. In Abwesenheit der Eltern spielten die 5 Kinder mit Streichschießern, wobei die Kleider Feuer fingen. Die herbeigerufenen Feuerwehr drang in die mit Rauch gefüllte Wohnung ein, fand jedoch bereits zwei Kinder tot vor, die anderen wurden in hoffnungslosem Zustand ins Spital gebracht.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 884.

Reichstag.

27. Sitzung. Montag, den 31. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg.

Zunächst werden einige koloniale Rechnungssachen debattiert und erledigt.

Dann folgt die dritte Beratung der Nachtragsetats für Südwest- und Ostafrika.

Abg. Erzberger (Z.): Das Wort habe ich heute ergriffen, weil jetzt ein Novum eingetreten ist, nach welchem alle Maßnahmen in der Diamantenfrage in der Luft schweben.

Abg. Dr. Arnim (nall.): Die Rechtsauffassung des Abg. Erzberger teile ich und die meisten meiner Freunde.

Abg. Dr. Wendt (Sp.): Ich schreibe mich der Auffassung des Abg. Erzberger an; ich habe den Artikel geradezu unterhört.

Staatssekretär Dernburg:

Auch ich teile die hier zum Ausdruck gekommene Rechtsauffassung. Aber die Frage, ob der Vertrag mit der Gesellschaft...

Abg. Dr. Görde (nall.):

Wäre die Auffassung der Kolonialgesellschaft auch nur mäßigweise richtig, so könnten wir den Nachtragsetat heute nicht annehmen.

Abg. Frhr. v. Nitzschon (L): Die Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung“ kann nur als eine Manipulation aufgefaßt werden, um einen besseren Boden für künftige Verhandlungen zu bekommen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Den ablehnenden Standpunkt meiner Partei gegenüber dem Nachtragsetat habe ich schon bei der zweiten Lesung begründet.

ganze Königreiche für 500 Gewehre und 10 000 Mark zu erschwindeln.

Der Herr Dr. Dernburg meint, man würde damit die kapitalistische Entwicklung der Kolonie zurückdämmen.

Kleines feuilleton.

Herrenrechte. Der Stettiner Polizeipräsident v. Buthemann hat die Aufführung des Schauspiel „Herrenrechte“, das am 4. Februar im Stettiner Volkstheater gegeben werden sollte...

Trägerische Frühlingboten. Der milde Winter hat in zahlreichen Zeitungen Betrachtungen über abnorme Vegetationserscheinungen hervorgerufen.

Zustimmung dazu gegeben hat. Der Herr von Bennigsen war früher Mitglied der Landkommission zur Prüfung der Rechte der Kolonialgesellschaft...

Abg. Erzberger (Z.):

Der Herr Staatssekretär muß bestätigen, daß die einzige Quelle für die Rechte der Kolonialgesellschaft sowohl für die Berghoheit als für ihr Bergwerkseigentum das Abkommen vom Februar 1908 ist.

Abg. Dove (fr. Vg.): Kamens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir keinen Anstoß haben, nach der Erklärung der Deutschen Kolonialgesellschaft unsere Auffassung von der Gültigkeit des Vertrages...

Staatssekretär Dernburg: Der Vertrag von 1908 ist die Grundlage für alle wie immer abgeleiteten Rechte der Gesellschaft.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Lebenswichtigen Aufforderung des Herrn Erzberger, für den Etat zu stimmen, können wir nicht Folge geben.

Der Nachtragsetat für Südwestafrika wird angenommen und darauf debattiert der Nachtragsetat für Ostafrika.

Es folgt die zweite Lesung des Etats für die Schutzgebiete für 1910.

Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Goerke (nall.) wird folgende von der Budgetkommission angenommene Resolution...

Wieviel ja schon im Herbst vorher völlig ausgebildet ist, nun in Treibhaus-temperatur dringen oder nicht. Andere Gewächse freilich blühen unter der Hand des Gärtners den ganzen Winter über...

Theater.

Neues königl. Operntheater. (Sondervorstellung der Akademischen Bühne): „Der Amerikafahrer“, Gastnachschausman von Max Halbe.

Sodann wird in die Generaldebatte über sämtliche Schutzgebiete eingetreten.

Abg. Erzberger (Z.): Der Anflug der horrenden Ueberbezahlung der Reiseflosten sollte auch nicht ein Jahr weiter existieren.

Die Gemeindefinanzen in den Kolonien müssen auf gesunde Grundlagen gestellt werden. Es muß aufgehört, daß die Gemeinden alles andere besteuern, nur nicht sich selbst.

In Ostafrika wird noch immer ein schwungvoller Handel mit Braumwein betrieben; der Staatssekretär möge seine Aufmerksamkeit auf diesen Abhand hinlenken.

Abg. Dr. Arnim (nall.): In Neu-Guinea klagt man über zu hohe Zölle auf Rohstoffe; in der Tat sollte man versuchen, sie herabzusetzen.

Abg. Dr. Arnim (nall.): In Neu-Guinea klagt man über zu hohe Zölle auf Rohstoffe; in der Tat sollte man versuchen, sie herabzusetzen.

Abg. Dr. Arnim (nall.): In Neu-Guinea klagt man über zu hohe Zölle auf Rohstoffe; in der Tat sollte man versuchen, sie herabzusetzen.

Abg. Dr. Arnim (nall.): In Neu-Guinea klagt man über zu hohe Zölle auf Rohstoffe; in der Tat sollte man versuchen, sie herabzusetzen.

Abg. Frhr. v. Nitzschon (L) hofft, daß die Besoldungsordnung noch in diesem Jahre mit Wirkung vom 1. April ab zustande kommt.

Abg. Roske (Soz.):

Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich noch zu später Stunde zu längeren Ausführungen genötigt.

weshalb wir nach wie vor der kapitalistischen Kolonialpolitik ablehnend gegenüberstehen müssen.

Bei den Debatten über die Diamantenfrage hat der Herr Staatssekretär eitel Lob für seine Politik eingeholen...

milderen Sitten von heute, wiederholte sich der Theaterandal von achtzehnhundertvierundneunzig.

Berliner Theater: „Pension Schöller“, Poffe nach einer Idee von W. Jacoby von Karl Laufs.

Genau so wie vor 20 Jahren war's am Sonnabend im „Berliner Theater“. Der tiefere Sinn des lustigen Unsinns ertant im Uebermut der schnell wechselnden burlesken Szenen...

Der lachende Dritte ist — hoffentlich — der Pensionfonds der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger...

Notizen.

— Wilhelm Bölsche hält am 13., 16. und 20. Februar in der Singalademie einen Vortrag...

— Der Steinheil-Prozess auf der Bühne. Das Berliner Polizeipräsidium verbot aus ordnungspolizeilichen Gründen die Aufführung des dramatischen Steinheil-Prozesses.

und Erfolg in der Diamantenpolitik zu Werke gegangen ist. Aber im Gegensatz zu jenen Debatten, die von einer gewissen vernünftigen Stimmung getragen wurden, stehen wir heute auf einem anderen Standpunkt. Der Etat bildet gewissermaßen die unangenehme Rückseite der Medaille der Kolonialpolitik. Die Kolonien sind dem Deutschen Reich leider furchtbar teuer geworden. Wenn man auf die Beförderung der Handelsbilanz der Kolonien beruht, muß demgegenüber betont werden, daß wir erst 100 Millionen darauf verwendet haben, um die spärlichsten Resultate zu erzielen, auf die wir jetzt hinblicken können. Wir haben nicht weniger als

788 247 933 M. für koloniale Zwecke geborgt

und haben in diesem Jahre eine Zinsenlast von 33 Millionen Mark zu zahlen. Dazu kommt, daß ständig mit der Möglichkeit eines Ausbruchs in der einen oder anderen Kolonie gerechnet werden muß, was dann immer zu einem rasenden Emporschleichen der Kosten führt. Es wäre eine gefährliche Illusion, wenn man annehmen wollte, daß wir in irgend einem Stadium der Kolonialpolitik die Eingeborenen befehlen können. Unsere Freunde werden sie nie als solche werden, sondern sie werden sich nur so lange fühlen, als sie das Gefühl haben, die Schwächeren zu sein. In dem Augenblick, wo sie glauben stark genug zu sein, das verhasste Joch abzuwerfen, werden sie immer wieder zu Zuständen greifen. Und der Haß, das Auflehnungsgefühl der Eingeborenen gegen ihre Herrschaft wird in dem Maße wachsen, als ihnen eine höhere Kultur zugänglich gemacht wird. Der Etat fordert einen Reichszufluß von 2 1/2 Millionen. Er ist ersichtlich etwas abermals etwas niedriger als im Vorjahre und wir erkennen gern an, daß es dem Herrn Staatssekretär gelungen ist, den Zuschuß soweit herunter zu drücken. Soll kommt der Zuschuß im Etat übrigens nicht in die Erscheinung. Das Kriegsschiff, das in Samoa infolge der Unruhen stationiert werden mußte, gebüht mit seinen Unterhaltungskosten auch zu Lasten des Kolonialetat, ebenso wie die Kosten der Dampfersubventionen für Neu-Guinea im vorigen Jahre. Alles zusammen genommen erwachsen und für die Kolonien in diesem Jahre 60 Millionen Mark an Kosten. Diesem großen Betrage stehen irgendwelche nennenswerten Vorteile nicht gegenüber. An dem Diamantenreichtum hat das Reich keinen Anteil, dagegen hat er schwere moralische Schäden hervorgerufen: in den Kolonien einen toten Gründungsschwindel, bei uns tolle Scherentreiberien, die schwere Nachwirkungen für die Kolonialpolitik haben werden. Der Herr Staatssekretär hat in der Kommission selbst zugegeben, daß seit dem kalifornischen Gründungsschwindel ähnliche Treiberien noch nicht vorgekommen seien. Die große Klage, mit der eine ganze Reihe von Papieren von neu gegründeten Kolonialgesellschaften bei uns auf den Markt gebracht werden, rufen die schwersten Bedenken hervor. Eine besonders unangenehme Erscheinung ist es, daß im öffentlichen Leben stehende Männer mit angesehenem Namen diese Gründungen bis zu einem gewissen Grade decken, trotzdem sie wissen müssen, daß Leute, die solche Papiere kaufen, auf das schwerste geschädigt werden. Tritt der Staat in den kolonialen Betrieben dann ein, so wird der Staatssekretär der Leidtragende sein. Und auf seinen Fall darf durch Reichsgesetz die Zulässigkeit der Veräußerung von kleinen Kolonialaktien beschaffen werden. Der Finanzwelt wäre damit natürlich gedient, sie könnte ihre kolonialen Engagements von der dünnen Schicht der reichen Leute auf die breiten Massen der weniger kapitalkräftigen Leute abwälzen. Das Jugendbild der kleinen Aktien soll wohl ein Ersatz für das Großkapital sein, doch mit der Konjunktions- und Schenkungswirtschaft ein Ende gemacht ist.

Von einem

Handel mit den Kolonien

zu reden, lohnt sich kaum. Der Gesamthandel aller Schutzgebiete im Jahre 1908 betrug in Ein- und Ausfuhr nur 58 1/2 Millionen, was also nicht einmal so hoch wie die Summe, die aus der Tasche des deutschen Volkes in die Kolonien gesteckt ist. Ein schlechteres Geschäft kann ich mir nicht vorstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diesen 58 1/2 Millionen steht gegenüber die Millionensumme von 6752 Millionen unseres Welt Handels überhaupt! Zur Beförderung unseres Wirtschaftslebens hat die Kolonialpolitik nichts beigetragen. Wenn man heute daran erinnert, daß bei den letzten Wahlen ernsthaft davon die Rede gewesen ist, daß die Arbeiter auch Vorteile von unserer Kolonialpolitik haben würden, begegnet man nur schallendem Gelächter in Arbeiterkreisen. Ein erheblicher Teil der Einfuhr in die Kolonien stammt übrigens gar nicht aus Deutschland, sondern die Ansiedler und Händler kaufen natürlich da, wo sie die Sachen am billigsten und bequemsten bekommen. Ebenso würde es gehen, wenn es gälte, in den Kolonien in erheblichem Maße die Produktion von Rohstoffen zu fördern. Auch dann würden die Leute ohne Rücksicht auf vaterländische Interessen ihrem Profit nachgehen und da verkaufen, wo sie die höchsten Preise bekommen.

Der Bau von Eisenbahnen trägt sicher zur Entwicklung der Schutzgebiete bei, aber wenn wir die Duzende von Millionen, die verwendet werden, um im unwirtlichen Südwestafrika Eisenbahnen zu bauen, für die innere Kolonisation verwenden würden, so bedämen Tausende und Abertausende in Deutschland eine Existenz, und die Arbeiterschaft hätte in der Tat vermehrte Arbeitsgelegenheit. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Man spricht jetzt viel weniger davon, daß unsere Industrie und unser Handel unmittelbare Förderung durch unsere Kolonien erfahren, als vielmehr davon, daß wir im Interesse unserer Industrie in den Kolonien die Rohstoffproduktion fördern müssen. Ueber die Bedeutung einer billigen Rohstoffbeschaffung für unsere Industrie sind wir Sozialdemokraten und durchaus im Klaren. Aber wir verlangen solche Förderung der Rohstoffproduktionen in den Kolonien unter Vermeidung jeder Unterdrückungspolitik gegen die Eingeborenen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber sollte man sich eigentlich keinen Illusionen hingeben, daß dies leicht in verhältnismäßig rascher Zeit, etwa in fünf Jahren, größere Mengen Baumwolle in unseren Kolonien zu gewinnen wären. Ob zum Beispiel Togo für eine größere Baumwollproduktion geeignet ist, ist noch sehr zweifelhaft. Die Niederlagsverhältnisse sind nach der Meinung vieler Sachverständigen dazu zu schwanfend, und ebenso steht es mit Ostafrika. Jedenfalls gibt es zu denken, daß die Kapitalisten, die doch eine seine Witterung dafür haben, wo Geschäfte zu machen sind, bisher nicht geneigt waren, in solchen Geschäften Kapitalien anzulegen.

Erfreulicherweise ist von

Kolonialscheußlichkeiten

in neuerer Zeit keine Rede gewesen. Aber man muß ja auch darauf hinweisen, daß viele Dinge nicht verfolgt werden. So hat ein früherer kameruner Beamter gegen einen Hauptmann — Namen will ich absichtlich nicht nennen — Verschuldungen erhoben, doch wurde sein Antrag, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen, abgelehnt. In dem abnehmenden Bescheid heißt es, es sei nicht unzulässig, Weiber als Weiseln fortzuschaffen! Auch das sei kein Anlaß zu einer Strafverfolgung, daß bei einem nächtlichen Gefecht Weiber und Kinder erschossen seien; auch könne nicht strafrechtlich vorgegangen werden, weil dem Hauptmann kein Vorwurf daraus zu machen sei, daß er Träger gepreßt hat und daß er, als sie desertierten, auf sie feuern ließ, wobei einer von ihnen toteschossen wurde. Ebenso sei es nicht unbillig, daß ein zehnjähriges Mädchen mit schweren Blutenstreifen geschickt wurde, weil sie des Abends noch laut sang. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch das sei kein Vorwurf, daß zwangsweise Proviant für die Truppen und für die Angestellten der Gesellschaft Südamerica eingetrichtert wurde. Alles das sollen

„durchaus notwendige Maßregeln“

gewesen sein! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Der Staatssekretär tritt zu dem Redner, um den Bescheid einzusehen. Abg. Kohe übergibt das Schriftstück dem Staatssekretär. Sie sehen also, daß man in gewisser Beziehung sehr nachsichtig ist. Man rühmt den kulturellen Weg, den die Kolonialpolitik für die Eingeborenen habe. Aber aus Idealismus wird doch für die Kolonialpolitik kein Pfennig ausgegeben! Die Förderung der Regier

durch Unterricht geschieht doch nur deswegen, weil sie auf eine gewisse Kulturstufe gebracht werden müssen, ehe sie ein gutes kapitalistisches Ausbeutungsojekt abgeben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Kolonialsekretär sagte, seine Negerpolitik sei darauf gerichtet, die Superiorität der weißen Rasse zu sichern. Aber die Inferiorität der schwarzen Rasse ist noch keineswegs erwiesen. Die Erfahrungen in Amerika beweisen das nicht, weil die Schwarzen dort von ihrer Heimat losgelöst sind. Für ihre Bildungsfähigkeit legen die Berichte aus Südafrika Zeugnis ab. Sie haben einen großen Drang, sie aus den Schulen zu fördern. In Togo schickt die Verwaltung sich an, eine Fortbildungsschule mit gehobenen Klassen für die Eingeborenen einzurichten. Was den Eingeborenen mit der einen Hand gegeben wird, wird ihnen mit der anderen genommen. Man rühmt, daß Landfriede geschaffen ist; aber er ist mit Maschinengewehren geschaffen, die in einem einzigen Gefecht mehr Opfer forderten als Hunderte von Stammesfeinden. Wenn Kuffland in Ostafrika wurden in geradezu grauenhafter Art die Neger in ganzen Scharen niedergemäht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man bekämpft die Lepra und die Schlafkrankheit. Wir begrüßen das und wir werden es auch erziehen, daß Hunderte von Negern am Leben bleiben. Dafür reihen wir aber Tausende zu den Bahnbauten aus ihren Lebensgegnissen, zu Arbeiten, denen sie nicht gewachsen sind, wobei der gesundheitliche Vorteil wieder aufgehoben wird. Dazu kommt der schädliche Einfluß der Schnapsinjektur; übrigens wird in den englischen und französischen Kolonien erheblich mehr für die Erhaltung der Gesundheit der Eingeborenen aufgewendet. Unser Etat weist einen erheblichen Kosten für Maschinengewehre auf, statt dessen sollten wir lieber Kerze hinausenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man fördert die Regier, indem man ihnen höhere Löhne ausbezahlt, dafür belasten wir sie aber mit Steuern, die sie zwingen, ihre eigene Scholle zu verlassen und Beschäftigung beim Bahnbau zu suchen. Der vorjährige Bericht hebt dabei selbst hervor, daß nichts so sehr geeignet ist, diese Leute zu proletarisieren. Es soll anerkannt werden, daß in einzelnen Kolonien durch die Befestigung leitend Deutschlands die Eingeborenen mehr als bisher vor der Fuchtel ihrer Häuptlinge bewahrt werden. Dafür sind sie aber unter die Fuchtel unserer Geißel gestellt. (Abg. Krüning (natl.): Unter dieser Fuchtel stehen wir auch!) Ich glaube, Herr Krüning, daß Sie sich dafür bedanken würden, wie ich Ihnen noch zeigen werde.

Der Staatssekretär ist sich klar darüber, daß

die Art der Rechtspflege in den Kolonien

dringend einer Reform bedarf. Aber nicht nur die Rechtspflege gegenüber den Weißen, sondern vor allem reformbedürftig ist die Rechtspflege gegenüber den Eingeborenen. In Togo sind 1908 1761 Eingeborene zu Gefängnis verurteilt, 1648 zu Geldstrafen, 620 wurden geprügelt, und zwar „von Rechts wegen“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Kultur in Togo schreitet fort; im vorigen Jahre wurden „nur“ noch 434 geprügelt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Bismarck-Archipel wurde 16 mal geprügelt, in Samoa wird nicht mehr geprügelt, dafür hat sich das Bedürfnis nach Erweiterung der Gefängnisanlagen herausgestellt! Die Bemerkung im Etat, daß „aus politischen Gründen“ dort nicht mehr geprügelt wird, bedeutet: daß China dagegen Einspruch erhoben hat! In Ostafrika hatten wir im Jahre 1908 68 Hinrichtungen, 9082 Verurteilungen zu Gefängnis und 1173 mal die Verhängung der Prügelstrafe, wozu noch 2375 von denen kommen, die zu Gefängnis verurteilt waren. In Südwestafrika wurde 703 mal geprügelt, in Kamerun 1787 mal. Im vorigen Jahre sagte der Staatssekretär, daß gegen die Eingeborenen besonders human verfahren werde! Damit vergleiche man, daß mehr als 6000 mal in den Schutzgebieten die Prügelstrafe verhängt ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den englischen und französischen Kolonien wird weit weniger geprügelt. Und nun, Herr Krüning, werden Sie wohl zugeben, daß Sie keine Reue haben, unter dieser Fuchtel deutscher Geißel zu stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn soviel Prügelstrafen verhängt werden, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie ausgedehnt das System der Mißhandlungen seitens der Farmer ist. Dabei braucht man gar nicht zu derartigen Strafen zu greifen. Es gibt Offiziere und Beamte, die darauf hinweisen, daß auch der Neger Ehregefühl hat und daß bei diesem anzulegen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sklaverei wird bekämpft, aber das System, das an ihre Stelle tritt, ist nur Sklaverei unter einem anderen Namen. Auf den Ansichten einer gewissen Humanität wird gehalten; ich erkenne das an; es werden Verordnungen erlassen, Arbeitskommissionen angestellt. Sehr gut! Nur daß das meiste auf dem Papier steht. Schon daß, wo keine Arbeitskommissionen angestellt werden, die Beiratsleiter an ihre Stelle treten, ist bedenklich. Diese beziehen ihre Informationen durchweg von denselben Leuten, gegen die sie die eingeborenen Arbeiter schämen sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die kameruner Arbeitsordnung läßt gegen Arbeiter, die ihre Pflicht nicht erfüllen, nicht nur Stockprügel, sondern auch Kettenstrafen zu. (Hört! hört!) Für unsere nach krimineller Ahndung des Kontraktbruchs lehrenden Agrarier mag das ja ein idealer Zustand sein, aber human ist das nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Zwangslohn steht in Wüste, und die Bestimmungen über Lösung des Dienstverhältnisses sind in völlig einseitigem Arbeitgeberinteresse gehalten. Aus den Lasten der Eingeborenen logar wird Kapital geschlagen; ich erinnere daran, daß man den Optimalhandel als ergiebige Einnahmequelle betrachtet!

Also unser Kolonialsystem ist nach kapitalistischen, aber nicht nach humanen Gesichtspunkten zugeschnitten. Betrachten wir es einmal vom Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Interesses der Weißen. Das werden für die weiße Besiedelung Neuguinea, Togo, Kamerun bödig aus. Neuerdings wird nun mit allem Nachdruck die weiße Besiedelung der Hochländer Ostafrikas gefördert. Ich halte diese Besiedelungsidee für außerordentlich verhängnisvoll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung lebt in ihrer Denkschrift selbst hervor, daß weite Gebiete des Landes außerordentlich ungesund sind. Die Sterblichkeit, die Zahl der Erkrankungen ist ungeheuerlich. Weiter kommt in Betracht, daß der Herr Staatssekretär selbst gesagt hat, daß wer nicht 50 000 M. in der Tasche habe, keine Aussicht habe, in Ostafrika Ansiedler zu werden. Für Südwestafrika wurden 20 000 M. als mindeste Kapitalanlage bezeichnet. Wie haben ja nichts dagegen einzuwenden, daß Leute, die die Tasche voll Geld haben, in die Kolonien gehen, aber die im Lande bleibenden Proletarier haben keinen Anlaß, dafür große Vollen auf sich zu nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen haben wir auch keinen Anlaß, große Kapitalien dort für einen Pappenspiel in die Hände von Großkapitalisten zu geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu

Südwestafrika.

Es ist doch geradezu grauenhaft, daß von den 30 000 Soldaten, die nach dort geschickt wurden, 700 Offiziere und zifra 8000 Soldaten invalide zurückkehrten. (Hört! hört!) Das wirft einen gewissen Blick auf den dortigen Gesundheitszustand. Die amtlichen Berichte beklagen ja die Gefährlichkeit auch des südwestafrikanischen Klimats. 23 Jahre besitzen wir nun die südwestafrikanischen Gebiete. Und heute noch überwiegt dort die Zahl der Beamten, Offiziere, Soldaten die der Farmer. (Hört! hört!) Von den Farmern ist ein großer Teil Nichtdeutsche: Buren, Engländer usw. Der Staatssekretär selber hat ja ein recht trübes Bild von den dortigen Verhältnissen entworfen. Alkoholmißbrauch in erschreckender Höhe, unverhältnismäßig hohe Zahl der Prozeße, alles das läßt recht trübe Wäde in die Zukunft tun. Beklagt wird auch über die große Zahl der Mißlinge. Unsere Chauvinisten flüchten sich die weißen Mißlinge: die Mißlinge von Deutschen einerseits und Buren oder Engländern andererseits; sie fürchten, daß bei dem schlechten Zustand der dortigen Schulen diese Mißlinge zu einer schnellen Entgermanisierung der Kolonie führen werden.

Beachtenswert ist der große Wechsel der Bevölkerung im Schutzgebiet. Es wäre interessant zu wissen, ob die Buren, die Kapengländer oder die Deutschen am meisten zukunftsreich. Es fehlt den deutschen Ansiedlern an der erforderlichen Fähigkeit, und sie machen daher fortgesetzt Ansprüche auf Unterstützung durch das Reich. Zur Viehzucht soll die Regierung Geld geben, zur Obst- und Gemüsebau der Gouverneur usw. Wenn die Viehzucht sich dort entwickeln soll, muß die Ausfuhr nach Deutschland eine nennenswerte sein.

Es ist auf die Dauer unmöglich, daß die Ausländer von der Selbstverwaltung ausgeschlossen werden. Der Landestat kann zurzeit nur beratende Stimme haben, beschließende erst dann, wenn wir Gewähr für die Beförderung der dortigen Elemente haben. Es war übrigens interessant, daß in Südwestafrika bereits mit Abfall von dem Mutterlande gekocht

worden ist, wenn dieses den Ansiedlern nicht allen Willen tut.

Herr Erzberger hat auf das gewiß nicht unbedeutende Moment der Ausbreitung des Jolans in Ostafrika hingewiesen. Viel wichtiger noch ist

die äthiopische Bewegung.

Die Regier beginnen sich ihrer Solidarität bewußt zu werden. Ein so guter Kenner der Verhältnisse wie der Graf Böhm, der noch dazu die Regier eher unterschätzt als überhäuft, hält die äthiopische Bewegung für eine außerordentlich bedeutsame und für die europäische Herrschaft außerordentlich gefährliche. (Hört! hört!) Wir Sozialdemokraten können die kapitalistische Kolonialpolitik nicht hindern. Wir lehnen aber auch alle Verantwortung für sie ab. Dagegen werden wir alles daran setzen, der Humanität einen Einfluß in den kolonialpolitischen Dingen zu sichern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Geschäftsordnungsdebatte.

Vizepräsident Spahn beraumt die nächste Sitzung am auf Dienstag 1 Uhr und schlägt als Tagesordnung vor:

1. Beschlußfassung über die Eintrache des Abg. Ledebour gegen den ihm am Sonnabend erteilten Ordnungsruf.
2. Beratung des Vertrages zwischen Portugal und dem Deutschen Reich.
3. Fortsetzung des Kolonialetat.

Abg. Bebel (Soz.) [zur Geschäftsordnung]:

Ich möchte bitten, den ersten Gegenstand der Tagesordnung für morgen auf die Sitzung vom Donnerstag zu vertagen. Der Grund, der mich zu diesem Antrag bestimmt, ist folgender: Als am Sonnabend der Herr Vizepräsident Erbrin zu Pöhlen den Abg. Ledebour zur Ordnung gerufen hat, sah sich der Abg. Ledebour veranlaßt, zu fragen, ob dieser Ordnungsruf ihm in gegolten habe. Das wurde ihm bestätigt. Darauf hat der Abg. Ledebour den Herrn Vizepräsidenten, er möge ihm das Stenogramm der Rede zukommen lassen, damit er einen Antrag formulieren könne, um an das Haus zu appellieren. Das wurde bewilligt. Nun stellt sich aber heraus, daß das Stenogramm, das Herr Ledebour unterbreitet wurde, sich in einem wesentlichen Punkte von dem Stenogramm unterscheidet, das im offiziellen Bericht abgedruckt ist! (Sehr richtig! Hört! hört! links.) In dem Originalstenoogramm, das zunächst Herrn Ledebour zur Verfügung gestellt wurde, heißt es:

Vizepräsident Erbrin zu Pöhlen: Das Wort hat der Abg. Mann. (Zuruf des Abg. Ledebour: Was sagt der Präsident dazu? — Sehr richtig! und Zurufe links.)

Herr Abg. Ledebour, ich habe verstanden, daß Sie gesagt haben, was ich dazu sage.

(Abg. Ledebour: Jawohl, was sagt der Präsident dazu? — Sehr richtig! und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich verbitte mir eine Kritik in dieser Form. (Große Unruhe und Zurufe links; Ruf rechts: Ruhe!)

Ich rufe Sie zur Ordnung! (Stürmische Zurufe links; Bravo! rechts.)

Ich bitte um Ruhe für den Herrn Redner. (Andauernde Unruhe.)

Zunächst ist zu bemerken, daß in diesen Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten der Name des Redners, der zur Ordnung gerufen werden sollte, nicht genannt ist. § 61 der Geschäftsordnung schreibt vor, daß, wenn ein Mitglied die Ordnung verlegt, er vom Präsidenten mit Nennung des Namens darauf hingewiesen wird.

In dem vorliegenden Stenogramm, das heute verteilt worden ist, bekommt nun die Sache noch einen ganz anderen Charakter, wodurch der Ordnungsruf noch verwirrt wird. Es heißt da:

„Herr Abg. Ledebour, ich habe verstanden, daß Sie gesagt haben, was ich dazu sage. (Abg. Ledebour: Jawohl, was sagt der Präsident dazu? — [Sehr richtig! und Zurufe bei den Sozialdemokraten.]“

Ich verbitte mir eine Kritik in dieser Form. (Große Unruhe und Zurufe links; Sie haben den Reichstag besudeln lassen! Standal.)“

Von diesen Worten enthält das erste Stenogramm gar nichts! (Sehr richtig! Hört! hört! links.) Sie sind

nachträglich hineinkorrigiert.

Dann geht es weiter: (Rufe rechts: Ruhe!) Ich rufe Sie zur Ordnung!“

Es scheint hiernach also, daß dem Herrn Vizepräsidenten die Zurufe: „Sie haben den Reichstag besudeln lassen! Standal!“ veranlaßt haben, den Ordnungsruf ergehen zu lassen. Aber gegen wen? Wer hat die Zurufe gemacht, die jetzt hier stehen? Das wird nirgends gesagt. So sind wir in einer ganz merkwürdigen Situation. Wir wollen über einen Ordnungsruf abstimmen, während nach dem jetzt vorliegenden Bericht, der nunmehr vom Präsidium als offizielles Bericht anerkannt wird, mit keinem Worte gesagt wird, gegen wen sich der Ordnungsruf richtet. Ich glaube also, daß mein Antrag vollständig korrekt ist, und bitte den Herrn Präsidenten, ihn zur Abstimmung zu bringen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Wenn das Haus so beschließt, habe ich gewiß nichts dagegen zu erinnern. Zur Sache selbst muß ich die Auffassung vertreten, daß eine Diskussion über den Antrag des Herrn Abg. Ledebour hier nicht stattfinden kann. Wenn Herr Ledebour auf Grund des stenographischen Berichtes zu der Ansicht kommt, daß der Ordnungsruf überhaupt nicht ihm erteilt worden ist, dann ist er ja in der Lage, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts. Unruhe links.)

Abg. Mommsen: Daß eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Zulässigkeit des Ordnungsrufes nicht erfolgen kann, ist mir bekannt. Aber ich meine, wir haben doch nach dem offiziellen Stenogramm und nach dem, was Herr Bebel dazu gesagt hat, die Frage an den Präsidenten zu richten, wegen welcher Neuerung der Ordnungsruf erfolgt ist. Ist er erfolgt wegen der ersten Neuerung: „Jawohl, was sagt der Präsident dazu?“ oder wegen der jetzt im Stenogramm befindlichen Zwischenrufe, bei denen im Stenogramm nicht bemerkt ist, wer sie getan hat? Nur diese Frage möchte ich an den Herrn Präsidenten stellen, denn die dann kommenden Worte: „Ich rufe Sie zur Ordnung!“ gelten weder, wer den Ordnungsruf bekommen hat, noch gegen welche Neuerung er gerichtet ist. (Sehr richtig! Zustimmung links.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Nach meiner Auslegung der Geschäftsordnung bin ich nicht berechtigt, diese Frage zu beantworten. (Widerpruch links.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen: (frz. Sp.) Diese Auffassung kann ich nicht als richtig anerkennen. Die Auffassung des Präsidenten wäre nur dann berechtigt, wenn wir jetzt die Entscheidung zu treffen hätten, ob der Ordnungsruf berechtigt war. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen nur die Vorfrage behandeln, ob wir im Hinblick auf den nicht aufgeklärten Tatbestand überhaupt eine Entscheidung treffen können. Daß der Tatbestand nicht feststeht, geht aus den Ausführungen der Abg. Bebel und Mommsen hervor, und wir sehen ja, daß auch der Präsident ihn nicht aufklären kann. (Sehr richtig! Zustimmung links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich muß bei meinem Standpunkt verharren, weil in diesen Ausführungen auch in die Diskussion eingetreten wird.

Aus der Frauenbewegung.

Zwiel Arbeiterinnenschutz in Holland.

Nach dem neuen holländischen Arbeitsgesetz, das zu Anfang vorigen Jahres in Kraft getreten ist, dürfen in den industriellen Betrieben Personen unter 16 Jahren sowie Arbeiterinnen nur in der Zeit von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr beschäftigt werden, jedoch kann die Behörde Ausnahmen zulassen. Eine solche Ausnahme wurde durch Regierungsbeschluss vom 12. Juli 1909 für die Bekleidungsindustrie in der Weise festgelegt, daß die Arbeiterinnen in dieser Industrie, während der Saison, 16 Wochen lang im Jahre bis 8 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Den Unternehmern ist das jedoch noch nicht weitgehend genug. 245 Firmen der Bekleidungsindustrie haben nun ein Gesuch an die Regierung gerichtet, ihre Arbeiterinnen auf die Dauer von 20 Wochen im Jahre bis 9 Uhr abends beschäftigen zu dürfen. Die organisierten Konfektionsarbeiterinnen und Näherinnen protestieren scharf gegen die abermalige Einschränkung des geringen Schutzes. Der Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie Hollands verbreitet im ganzen Lande Flugblätter gegen die Verlängerung der gleichfalls zulässigen Arbeitszeit und hat zu demselben Zweck auch eine Massenpetition in Umlauf gesetzt. Zudem werden Versammlungen veranstaltet, um überall Aufklärung über diese Angelegenheit zu verbreiten.

Auch eine Frauenbewegung.

New Yorker Frauenrechtlerinnen haben eine Protestbewegung gegen die Fleischwertenerung inszeniert. In einem Massenmeeting beschloß man, dem deutschen Kaiser ein Glückwunschtelegramm zu senden, in dem die deutsche Regierung aufgefordert wird, an ihrer bisherigen Politik festzuhalten; damit es dem Fleischtrist nicht ermöglicht werde, die Produkte, die er seinem Lande nicht verkaufen kann, nach Deutschland abzuführen und dadurch die hohen Preise in Amerika aufrecht zu erhalten.

Dieses Vorgehen wirft ein eigenartliches Licht auf die Verworfenheit der amerikanischen Frauenrechte. Man vergegenwärtige sich nur folgende Tatsachen:

Bis zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifgesetzes und des Fleischbeschaugesetzes war das deutsche Volk lange Zeit hindurch zum Teil von den Vereinigten Staaten mit frischem Fleisch, Wädhfleisch, Speck, Füllungen, Würsten usw. zu verhältnismäßig niedrigen Preisen versorgt worden. Im Zollkampfsjahre 1902 haben die agrarischen Ritterschaften durch Aufhebung hoher Zollschranken dafür gesorgt, daß die Einfuhr billigen Fleisches nach Deutschland außerordentlich erleichtert, bezw. unmöglich gemacht wurde. Dadurch sollten die Fleischpreise bei uns in die Höhe getrieben werden, was beabsichtigt auch prompt eintraf. Die Agrarier stießen schamlos die fetten Profite aus dem Fleischwucher ein, während unser armes Volk mit verzweifelter Ingrimms den Hungerriemen enger schnallen mußte. Unsere proletarischen Hausmütter wissen ein Lied zu singen von den neuen bitteren Sorgen, die der erschwerte Kampf gegen die Unterernährung ihnen auferlegte.

Jetzt, wo Amerika eine Erleichterung der Fleischzufuhr nach Deutschland anbahnen möchte, kommen die amerikanischen Frauenrechtlerinnen zur Freude von Diederich Hahn, Amten-Dertel u. Co. und petitionieren bei Wilhelm II. um Fortdauer dieser für ihre „Schwestern“, für die deutsche Arbeiterklasse immer unentbehrlicher werdenden Zustände, um den amerikanischen Fleischtrist zu ärgern. Sehr bequemt mag eine solche Agitation gegen einen unliebsamen Bedränger, wie es der Fleischtrist ist, sein, aber von halbwegs unabhängigen Grundfragen zeigt sie nicht. Sie beweist vielmehr von neuem, wie wenig an dem emphatischen Gerede von der „einen großen internationalen Schwesternschaft“ ist, das man auf jedem internationalen Frauenrechtlerinnenkongress zu hören bekommt. Das alte Kanonwort: Lieber, heiliger Florian, verschon mein Haus, laß' andere an, — hier ward's zum Grundtag. Das Unguläuliche, hier ward's Ereignis.

Versammlungen.

Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen.

Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Donnerstag ihre Generalversammlung ab. Erste Differenzen mit den Unternehmern sind nach dem Jahresbericht aus dem letzten Jahre nicht zu verzeichnen, abgesehen von dem Streik bei Reder u. Meier. Kleinere Konflikte kamen dagegen an verschiedenen Stellen vor, jedoch gelang es dem Eingreifen der Organisation, in allen Fällen eine Verständigung herbeizuführen. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1909 ergab folgendes Resultat: Gesamteinnahme 3328,78 M., Ausgabe 3306,78 M., bleibt Barbestand 22 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender: Paul Bellirich, Glasbleiber; 2. Vorsitzender: Otto Hecht, Glasbleiber; 1. Kassierer: Paul Reiss, Glasbleiber; 2. Kassierer: Hugo Müller, Glasbleiber; 1. Schrift-

führer: Gustav Böhme, Glasbleiber; 2. Schriftführer: Schmitzmeier, Glasbleiber; als Revisoren: Hermann Eichhorn, Glasbleiber, Moriz Zwider, Glasbleiber, S. Krüger, Glasbleiber. — Dann referierte Girbig über die Verschmelzungsfrage, indem er gleich eingangs seiner Rede betonte, daß die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit anderen Organisationen schon im Hinblick auf die isolierten Unternehmern bedingt sei. Allein die Erfindung der Flaschenmaschine werde zum Beispiel den großartig betriebenen Genossenschaften in Italien ein Ende bereiten. Dort bestehen zurzeit noch 7 Organisationen. Er, Redner, sei sprachlos darüber, wie exakt und wunderbar diese Maschine arbeite. Dadurch wird die bisherige Kerntruppe der Organisation ein Hemmschuh für diese.

In Unterstützungswesen habe die kleine Organisation der Glasarbeiter großes geleistet, doch gehe das in Zukunft nicht so weiter. Die Krise habe in diesem Verufe enorme Verheerungen angerichtet und diese Krisen lehren in gewissen Zeiträumen immer wieder. Darunter litten dann die anderen Aufgaben der Gewerkschaft. Deshalb müsse man nach neuen Mitteln und Wegen sinnen, zumal das Unternehmertum sich immer mehr zusammenschließt und rücksichtslosere denn je zuvor vorgeht. Die Kosten müssen auf breitere Schultern verteilt werden. Durch große Kämpfe in einem Gewerbe werden auch andere Verufe in Mitleidenschaft gezogen. Nun herrscht innerhalb der Kollegenchaft die Meinung, daß die gut ausgebaute Arbeitslosenunterstützung durch die Verschmelzungsfrage nicht gefährdet werden dürfe. Es wird sich auch da ein Weg finden zur Verständigung. Das trifft auch für die Töpfer zu, die bei der Verschmelzung in Betracht kommen. Die Saisonarbeit wird eben eine andere Regelung finden müssen wie die fortlaufende Arbeit. Auch die übrigen Bedenken dürften kein unüberwindliches Hindernis bilden. Ebenso werde die Krankenunterstützung sich regeln lassen. In bebauern würden es die Kollegen nicht haben, wenn der Verschmelzungsgedanke greifbare Gestalt erhielte. In zwanzig Jahren, meint der Redner, werden vielleicht nur noch zehn oder zwölf Organisationen bestehen. Der Einwand, was die Glasarbeiter mit den anderen Branchen zu tun haben, ist schon längst von anderen großen Verbänden entkräftet. Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Berlin dem Verschmelzungsgedanken nicht widersprechen wird.

Bellirich hielt das Korreferat, indem er die Bedenken der Berliner gegen die Verschmelzung zum Ausdruck brachte. Aus den Ausführungen Girbig's hat der Redner nicht die unbedingte Notwendigkeit erkennen können, sich mit anderen Branchen zusammenzuschließen. Man sehe an großen Organisationen, daß sie bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen völlig ausgeschaltet seien. Auch sei keine Gewähr, daß die Interessen einer kleinen Branche in einem großen Verbande genügend gewahrt bleiben. Die Bildhauer hätten den Anschluß an den Holzarbeiterverband aus derselben Befürchtung abgelehnt. Auch sei die größere Organisation nicht unbedingt das Allheilsmittel. Durch nichts sei bewiesen, daß diese mehr erreichten wie eine festgefügte kleine Organisation. Nicht die Größe und Masse, sondern der Geist und die Verhältnisse gäben den Ausschlag. Man solle vorsichtig sein und nichts übereinstimmend brechen. Vor allem aber müßte die Gewähr gegeben werden, daß der Uebertritt ein einheitlicher würde und keine Zersplitterung eintrete. Die kleinen Gruppen würden auch in den großen Verbänden nicht immer so berücksichtigt, wie es erforderlich sei. Man solle auch nicht so sehr auf die finanzielle Seite blicken, große Verbände brauchen auch viel Geld. Es müsse ein Entwurf vorliegen, erst dann könnte man zu einem positiven Urteil gelangen über den Wert des Zusammenschlusses. Die Bewegungsfreiheit müsse auf jeden Fall gewahrt bleiben. Er lege dem Zentralvorstande ans Herz, daß es besser ist, wenn der Glasarbeiterverband seine Gruppe zusammenhält und alle Kräfte sammelt. Dann brauche er die Verschmelzung nicht und bleibe selbständig. Der Glaserverband komme noch eher in Betracht als die Töpfer, die übrigens auch noch nicht in dieser Frage einig seien.

Girbig: Er sei der Ansicht, daß Bellirich mehr für als gegen die Verschmelzung gesprochen habe. Redner geht näher auf die Einwände des Korreferenten ein. Bezüglich des Verlustes der Selbstständigkeit sage er: Der Teufel sollte uns holen, wenn wir uns das gefallen ließen. Daran sei gar nicht zu denken. Aller Voraussicht nach werde der Glaserverband sich mit dem Holzarbeiterverband verschmelzen. Was den einheitlichen Uebertritt der Gruppen in den Verschmelzungsverband anbelange, so werde dies natürlich strikte zur Bedingung gemacht werden. Alle diese Einwände können die Verschmelzung nicht in Frage stellen.

Bellirich: Er habe nicht gesagt, daß er gegen jede Verschmelzung sei, sondern nur gegen Zusammenschluß bestimmter Gruppen. So einheitlich, wie Girbig es sich denke, werde sich auch die Verschmelzung nicht vollziehen, das beweisen Fälle aus der Gewerkschaftsbewegung. Die weitere Debatte wird vertagt.

Mit dem Hinweis des Vorsitzenden Bellirich auf die politische Organisation und die Parteipresse schloß die Versammlung.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein, Ortsverwaltung Groß-Berlin, hielt am Donnerstag in Dräsel's Festsaal seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsleiter für Groß-Berlin, Kollege Walter Kwasnik, erstattete zunächst den Jahresbericht. Hervorzuheben ist, daß trotz ungünstiger Konjunktur die Beitragsleistung gestiegen ist. Und zwar betrug der Markennachschuß im Jahre 1908 41 020 Mark, im Jahre 1909 45 643 Mark; das bedeutet einen Mehrertrag von 4623 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 1078. Der Kassenbestand beträgt 2780,15 Mark. In der Vorstandswahl wurden gewählt als 1. Vorsitzender H. Baders-Bankow, 2. Vorsitzender P. Kuras-Oranienburg, Schriftführer G. Falk-Charlottenburg, Beisitzer A. Lechner-Lichtenberg, F. Fahrenholz-Charlottenburg, J. Bokrand-Berlin. Als angeordneter Geschäftsleiter fungiert wieder Walter Kwasnik-Berlin.

Von der Luxuspapierfabrik Alfred Silbermann erhalten wir folgende Zuschrift:

Unter der Rubrik „Versammlungen“ bringen Sie in der heutigen Nummer Mitteilungen über verschiedene Luxuspapierfabriken. Darin ist auch der Passus enthalten, welcher anfängt: „Die Arbeiterinnen der Firma Alfred Silbermann beklagten sich“, diese Angaben beruhen auf einem Irrtum. Die Firma, um die es sich handelt, ist die Firma Alfred Silbermann u. Co., Köpenicker Straße, und nicht meine Firma. Ich möchte Sie höflich bitten, eine Berichtigung darüber doch bringen zu wollen. Hochachtung Alfred Silbermann.

Eingegangene Druckschriften.

Die Jahrszahlnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben, 16 Seiten stark, erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir:

Bilder: Reichsdeutscher Kammernachschuß. — Entlassung. — Uebertrumpft — Rom und Germania. — Märtyrer Geburten. — In Kiel. — Die Wahlreform. — Das blaue Blut. — Die politische Angewandte. — Beamtenruhe. — Der russische Bar. — Das nationalliberale Bauerblümchen. — Selbsterlöb. — Prinzessin Luise's Trauer. — Brasilische Wohlthätigkeit. — Hoffnungsvoll. — Bitterer Jar. — Gleich und Gleich. — Jenturshammer. Text: Michels Jahrszahl. Von J. S. — Notizbuch eines gebildeten Schulkamms. — Fährtenvergnügen. — Diamantengeld. Von H. Fl. — Die schräge Luise. Von J. S. — Ueber Jacob! Von Notthilf Kaufe. — Fährten. Von P. E. — Gedanken eines Narren. — Narrenweisheit. — Der gläubige Bäckermeister. Von J. S. — Der agrarische Generalstreik. Ein Jahrszahl. Von J. S. — Eine hübsche Antwort. — Wie erzeugt man Patrioten? Ein Rat für junge Chemiker. Von Uno. — Aus dem Statuten des Hansabundes. — Wohl möglich. — Dr. Alkohol. Von P. E. — Gedanken eines Kultusministers. — Der trumbe Schatzmann. Von P. E. Uno.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 9 des 20. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Zur Frauenunterkunft. I. Von Räte Dunder. II. Von Helene Grünberg. — Vom Hausball der Arbeiterfamilien. II. Von Gb. — Deutschland im Jahre 1909. II. Von H. B. — Die Frauenrechtsforderungen im Einigungsprogramm der Antisocialisten. — Bürgerliche und proletarische Mittelstandsmoral. Von Otto Albrecht. — Das Nachspiel des Wandfeller Bergarbeiterstreiks vor dem Gericht. Von od. — Vom Kampf der New Yorker Wollwäckerinnen. Von od. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das politische Erwachen der Frauen im Mansfelder Bergrevier. — Jahresbericht der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Hessen. — Von der Dresdener Kinderkulturmmission. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie. — Tarifbewegung des Verbandes der Buch- und Steinindustriearbeiter und -Arbeiterinnen. — Kollegenzeit: Diensthofenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Höchster Gebot. Von Friedrich Hebel. — Ueber unsere Kraft. II. — Bogenblätter in der Gegenwart. Von Hannah Lewin-Dorff. — Aphorismen. Von Karl Hohn. — Für die Hausfrau. — Familienrat. Aus: Ueber unsere Kraft. Von Hjertstjerne Hjertson. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Ueber die Freundschaft. Von Gottlieb Herder. (Gebd.) — Der Grabe und der Feine. Von Robert Grösch. — Im Winter. Von Johann Geier. — Im Eismeer. Von Herrn. Lingg. (Fortsetzung.) — Die schwarze Kasse. Eine wahre Geschichte von Hebe. (Fortsetzung.) — Warum die Blumense einmal im Jahre den Verband verliert. Von Ernst Seton Thompson. — Kurze Tage. Von Emma Döh. (Gebd.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Einführung in die Bürgerkunde. Ein Lehrbuch für Frauenkassen. Von Margarete Kreuze. Preis geb. 1,40 M. — Mathematische Unterhaltungen und Spiele. Von Dr. G. Kress. 1. Bd. Preis geb. 7,50 M. — Blüthengeheimnisse. Eine Blütenbiologie in Einzelschildern. Von Georg Worsnitz. 2. Auflage. Preis geb. 3 M. — Turan und Sybil in der privaten Volksschule. Von Ernst Strohmeyer. Preis geb. 2,90 M. — Lezioni italiane. Kurze praktische Anleitung zur Vervollkommenung in der italienischen Sprache. Von U. Scanzlerato. Preis geb. 2,40 M. Von D. G. Teubner, Leipzig.

Oeffentliche politische Volks-Versammlungen

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr:

in Schnegelsberg's Festsälen, Hasenheide 21.

Kellers Festsälen, Koppenstr. 29. Pharus-Sälen, Müllerstr. 149.

Tages-Ordnung:

1. Junker und Reichstag.

2. Diskussion.

Referenten die Reichstagsabgeordneten:

Ledebour, Singer und Zubeil.

Jedermann ist zum Besuch eingeladen.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Vom Elend der Fürsorgeerziehung.

Nach „Blohmes Wildnis“ das „Fürsorgegestift Rielesghn“, nach einem Colander ein Breithaupt — das war selbst der bürgerlichen Klasse jubel der Fürsorgeerziehungsgreuel.

Von diesem Gesichtspunkt aus berief die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ eine Konferenz zusammen, die der Erörterung von „Problemen der Fürsorgeerziehung“ galt.

Die Verhandlungen wurden eröffnet durch Staatsminister z. D. Hentig, stellvertretenden Vorsitzenden der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“, mit einem ausdrücklichen Hinweis auf jene beiden Anstalten und die dort dargekommenen Mißgriffe.

Aus der Diskussion wollen wir nur die bemerkenswertesten Ausführungen von einigen der Redner wiedergeben. Leider mußten viele der zahlreich Gemeldeten aus Wort verzichten, damit hauptsächlich die von außerhalb gekommenen Teilnehmer der Konferenz gehört werden könnten.

der Fürsorgekolonie Sieversdorf), daß schon zu viel beaufichtigt werde. Er dringe seine Jüglinge alle in Familienpflege, da fesse es dann auch nicht an Einmischung lieber Nachbarn und anderer Mitleidiger.

Schlufsbemerkungen der Referenten Klümker und Kühne und des Vorsitzenden drückten die Hoffnung aus, daß die Fürsorgeerziehung zweckmäßig ausgestaltet, bessere Erfolge bringen werde.

Soziales.

Unfallzeugen.

Die Berufsgenossenschaften legen oft sehr großen Wert darauf, daß auch die Zeugen eines Unfalls festgestellt und amtlich vernommen werden.

Die Zeugen sollen und müssen, wenn sie die Rechte der Verletzten nicht schmälern wollen, zu diesem Termin erscheinen. Für den dadurch entgangenen Lohnausfall erhalten sie jedoch keinen Ersatz.

Wichtig ist, daß das Unfallgesch. infolge Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages keine klaren Bestimmungen über diese Frage enthält. Im § 84 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ist der Ortspolizeibehörde zur Pflicht gemacht, festzustellen:

Sum Bochalter Werkkampf. Unter Bezugnahme auf die in Nr. 9 unter „Arztliche Hinterhältigkeit“ gegebene Schilderung der Bochalter Delegiertenversammlung teilt uns der Syndikus des Bochalter Arbeiterverbandes mit, daß der Generalsekretär dieses Verbandes, Herr Dr. Kuhns, dem von dem Vorstand des Krankentassenverbandes des

Aufsichtsbezirks der Stadt Bocholt geäußerten Wünsche entsprochen und das Privatklageverfahren gegen den Vorstand des Bocholter Massenverbandes wegen öffentlicher Verleumdung eingeleitet hat.

Die Wiener Ärzte für Arbeiterschutz.

Die österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf bezgl. Aenderung des § 74 der Gewerbeordnung ausgearbeitet, der, entsprechend dem im § 120e der deutschen Gewerbeordnung dem Bundesrat erteilten Befugnis, dem Handelsministerium das Recht geben soll, hinsichtlich einzelner Arten von gefährlichen oder gesundheitschädlichen gewerblichen Einrichtungen Schutzvorschriften zu erlassen.

Das Schriftstück rügt die allgemeine Minderwertigkeit des österreichischen Arbeiterschutzes, verlangt dessen Ausdehnung auch auf das Kleingewerbe und wünscht, daß neben den Unternehmerämtern auch der Oberste Sanitätsrat vor dem Erlass von Verordnungen solcher Art gehört werde.

Im einzelnen wird dargelegt, welche Betriebszweige in besonderem Maße eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordern: 1. solche, in denen mehrere schädigenden Ursachen zusammenwirken, so Stüttenwerke (Anstrengung, Hitze, Nachtarbeit), Verarbeitung giftiger Stoffe (Metallindustrie, chemische Fabriken verschiedener Art):

Weiter wird gezeigt, wie zwar die Selbsthilfe der Arbeiterschaft vielfach eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den vom Fabrikgesetz vorgeschriebenen Essiundentag bewirkt hat, daß aber gerade in einer Reihe besonders ungesunder Betriebszweige dies noch nicht gelungen ist.

Aus diesen Erwägungen tritt die Gesellschaft der Ärzte entschieden für die von der Regierung geforderte Gesetzesänderung und deren Ausbau ein. Zur Durchführung der Verordnungen aber verlangt sie eine intensive Überwachung der Betriebe.

Gerichts-Zeitung.

Verstoß der nichttarifmäßige Verkauf von Markenartikeln gegen die guten Sitten?

Gegen das Kaufhaus Brühl in Leipzig hatten vier Firmen des Markenschuhverbandes, die Parfümeriefabrik Ferd. Wählens in Adm, Georg Drake in Altona, Wolf u. Sohn, Berlin, und die bekannte Lilienmilchseife-Fabrikant Bergmann u. Co. in Kadebusch bei Dresden Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt, die dem Kaufhaus den Verkauf ihrer geschützten Waren untersagt.

Das Landgericht Leipzig erließ eine einstweilige Verfügung, die der Beklagten untersagte, die Waren der Klägerinnen billiger als zu den festgesetzten Mindestpreisen anzubieten oder zu verkaufen. Durch das Oberlandesgericht Dresden ist diese Verfügung beseitigt worden.

Das Reichsgericht wies die Revision der Klägerinnen dieser Tage zurück.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Frauen-Versammlung

im Berliner Grater, Kasanien-Allee 7-9.

Die preussischen Frauen im Wahlrechtskampf.

Referentin: Frau Luise Zick.

Der Vorstand.

F. H.: Frau Minna Vohle, Oberberger Str. 20.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Habicht, Auguststr. 50, Eingang Nordstrasse
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Post-
kassette.

Süden und Südwesten: Hermann Berner,
Gneisenaustr. 72, Laden.

3. Wahlkreis: St. Fritz, Schulstr. 31, Hof rechts part.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Andrastr. 17. —
Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lauskyerplatz 14/15
(Laden).

5. Wahlkreis: Leo Buch, Jannowstr. 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Ruder, 8,
Eisenmederstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Weiche, Rajareithstr. 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Kalka, Bernauerstr. 9, vorn part.

Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.

Schönhauser Vorstadt: Karl Ruder, Lohenerstr. 123.

Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.

Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.

Baumsehnenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.

Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schön-
brück: Heinrich Breit, Hebekestr. 74, part.

Bohnsdorf und Falkenberg: Wolf Paul, Bohnsdorf, Ge-
nosenschaftshaus „Paradies“.

Charlottenburg: Gustav Scharberg, Selenhofstr. 1, Hof
Goethestr. Laden.

Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage:
Fritz Oldenburg, Gieseler, Kronprinzenstr. 81.

Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Schulstr.
Friedrichshagen.

Friedenau-Sieglin-Südende: H. Bernies, Schloßstr. 119,
Hof I, in Sieglitz. Besprechungen nehmen entgegen in Sieglitz:
H. Wöhr, Döppelstr. 22, und Fr. Scheibke, Wöhrstr. 15a.

Friedrichshagen: Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.

Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.

Hohen-Neudorf: Wilhelm Lentzner, Stolperstr. 50 I.

Johannisthal: Siegfried, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Rüter, Adelsstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.

Köpenick: Emil Wöhler, Riekerstr. 6, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Seiffel, Kronprinzenstr. 4, I.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Meißendorfer,
Waldstr. 11.

Mariendorf: August Leip, Schaulstr. 296, Hof.

Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Richterstr. 14 II.

Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.

Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaufenerstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Otto Rißmann, Wästel-
str. 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
H. Gurja, Kammerstr. 12, I.

Rixdorf: M. Heinrich, Redarstr. 9, im Laden.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosentranz, Alt-Boxhagen 56.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostr. 2.

Schöneberg: Wilhelm Säumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.

Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehoff,
Borsigwalde, Büschstr. 10.

Teltow: Wilhelm Bönaw, Teltow, Jellendorfer Str. 4.

Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich-Wilhelmstr. 20.

Treptow: Max Gramenz, Nieschlagstr. 412, Laden.

Weißensee: A. Huberman, Sedanstr. 105, partierre.

Wilmsdorf-Halensee: Sittinckel, Gahmer Str. 4.

Sämtliche Vertretungen sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Kau-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Husten Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten
beseitigen
Kaisers Brust-Caramellen.
5500 not. begl. Zeugn. bew. den
sich. Erfolg. Paket 30 Pf.
!! Dafür angebotenes weise energisch zurück !!
Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Vertreter u. Lager: Rich. Thiele, Berlin S. 53.
Bärwaldstr. 8. Tel. 4, 10.

Höchste Anerkennung
finden bei allen Rauchern
Manoli
Cigaretten
Spezialmarken:
Dandy, Fix, Chic, Gibson Girl.
Eingeführt von 37341.*
den französischen u. italienischen staatl. Tabak-Regien.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht des Obmannes.
2. Bericht der Werkstattvertrauensmänner.
3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirks-vertrauensmänner-Versammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

- Süd-Westen bei Habel, Vergmannstr. 5/7.
- Süden bei Glesing, Wassertorstr. 68.
- Südosten I u. II in den Naunyn-Festhallen, Rauchstr. 6.
- Osten I bei Borgmann, Andrastr. 21.
- Osten II bei Pirnau, Frankfurter Allee 106.
- Osten III bei Bergmann, Boxhagener Straße 26.
- Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg,
Friedrich-Karl-Str. 11.
- Nordosten bei Müller, Große Frankfurterstr. 137.
- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio,
Schwedter Str. 23.
- Wedding u. Moabit bei Kaczorowski, Rabenstr. 6.

Bautischler.

- Bez. 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grabhoff,
Admiralstr. 18c.
- Bez. 2: Osten bei Zietz, Warschauer Straße 61.
- Bez. 3: Norden u. nördl. Vororte bei Glesche,
Kopenhagener Str. 74.
- Bez. 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit
bei Sachse, Lindower Straße 26.

Möbel- und Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter

- Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
- Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
- Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.
- Drechsler, Treppengeländer- und
Luxusmöbelbranche
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
- Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten bei Straum, Ritterstr. 123.

Musikinstrumentenarbeiter

am 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 8.

Maschinenarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15 (Saal 7).

Modell- und Fabriktschler

um 8 Uhr bei Achten, Pflugstr. 5.

Einsetzer

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15 (Saal 11).

Bodenleger

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.

Stellmacher

bei Hahn, „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57.

Kisten- und Koffermacher

bei Baudach, Breslauer Straße 28.

Korbmacher

bei Eichhorn, Köpenicker Straße 47.

Bürstenmacher

bei Frenb (Gieseler-Andershan), Holzmarktstr. 65.

Kammacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Vergolder

bei Kluge, Sengelstraße 53.

Jalousiearbeiter

bei Walter, Woblerstr. 53.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Reichstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

78/14

Sonnabend, den 5. März 1910:

Großes Kostümfest in der Neuen Welt Hasenheide.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

Achtung!

50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Zoonhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal weis und muß
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

AECHT
PATZENHOFER
BOCK
Überall erhältlich!

**Allgemeine
Orts-Krankenkasse
für Rixdorf.
Bekanntmachung.**
Wir bringen den Kassennmitgliedern
und Arbeitgebern hierdurch zur Kennt-
nis, daß der Bezirksausschuß zu
Potsdam die in der General-
versammlung vom 26. November 1909
beschlossene Statutenänderung hinsichtlich
der §§ 6, 13, 14, 16, 24, 29, 33,
37, 43, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65,
67 des Kassensatzes genehmigt hat.
Dagegen ist der beschlagnahmte Ver-
änderung des § 10 die Genehmigung ver-
sagt worden.
Wir bringen ferner zur Kenntnis,
daß der Magistrat als Aufsichts-
behörde den Antrag der General-
versammlung auf anderweitige Fes-
setzungen der Beiträge genehmigt hat. Es sind zu berechnen
Beiträge für rüchständige Beiträge
bis zum Betrage:
a) von 5 Mk. mit 10 Pf. außer
dem
b) 30 : : 30 : : Porto.
c) 150 : : 40 : :
d) über 150 : : 75 : :
Sämtliche oben näher bezeichnete
Veränderungen treten mit dem Tage
der Veröffentlichung in Kraft. Druck-
exemplare werden sofort nach ihrer
Herstellung herausgegeben.
Rixdorf, den 1. Februar 1910.
Der Kassenvorstand.
gez. Neumann, gez. Esner,
Vorstand. Schriftführer.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter von der A. G. O.
Friedrich Reuter
am Freitag, den 28. d. M., im Alter von 46 Jahren an Darmkrebs gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/16 Die Verwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Emil Gumlich
Lübauer Straße 4, Bezirk 4, am 29. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Wilmersdorf, Hermannstr. 129-137, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Rüdiger
am 29. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Samariter-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Fahrerbindung: 2 Uhr 32 Min. vom Briggener Bahnhof.
Um rege Beteiligung ersucht
78/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Richard Gustavus
am 27. Januar im Alter von 28 Jahren gestorben ist. 65/17
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder
Oskar Bitterhoff
gestorben ist. 111/5
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Allen Genossen, Bekannten und Verwandten die traurige Mitteilung, daß am 29. Januar meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Marie Bluhme
geb. **Lobler**
nach langem, schwerem Leiden im 43. Lebensjahre verstorben ist.
Grünau, 30. Januar 1919.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Hermann Bluhme
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle aus auf dem Kirchhof in Grünau statt.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Elisabeth** sage Allen herzlichsten Dank.
Groß-Niedersfeld. **Oskar Ruhland.**

Allen Freunden und Bekannten für die freundliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Familie Blanke.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 6-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog. Empfehlung vieler Ärzte u. Prof. grat. u. n. H. Sager, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichstraße 61/3

Am Sonnabend, den 29. d. Mts. verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser allverdienter Chef, der **Brauereibesitzer**

Julius Urbach.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen allseitig gerecht urteilenden, schaffensfrohdigen Arbeitgeber. Sein aufrichtiger Charakter sichern ihm ein ehrendes Andenken über das Grab hinaus.

Das Personal der Brauerei Julius Urbach
G. m. b. H.

und die Bierverleger **Cremplewski, Prattke, Gebr. Büttner.**

Öffentlicher Vortrag: Der Niedergang der kirchlichen Austrittsbewegung
von **Reinhard Nimm**
am Dienstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, am Engel-Allee 15, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Freier Eintritt für jedermann.
Generalsekretariat der kirchlich sozialen Konferenz.
Berlin NW 37, Tilo-Wardenberg-Str. 28.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Grieblichstr. 203. Ecke Schützenstr. 20.
Wochentags 10-2, 5-7.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 Ecke Ritterstr.

Wir kochen
braten
backen mit
PALMIN

PALMONA
KUHBUTTER
Schweinefett
Zuerst kommt Palmona,
denn sie ist reine Pflanzen-Butter-Margarine, erfährt die unerschwinglich teure Kuhbutter vollkommen und übertrifft alle anderen Fette an Reinheit und Wohlgeschmack.
H. Schlink & Cie. A. G.
Alleinige Produzenten von Palmin und Palmona.

Invenditur = Ausverkauf.
Schluß
Donnerstag, den 3. Februar
Selten günstige Kaufgelegenheit!
Gewaltige Mengen zum Teil streng moderner Waren werden zum forcierten Verkauf gebracht.
Die bezüglichen Preise sind

ganz bedeutend - teilweise bis auf die Hälfte und noch mehr - herabgesetzt

Beispiellos billiger Inv.-Ausverkauf folgender Artikel:

Herren-Anzüge	Loden-Joppen	Herren-Paletots
Herren-Hosen	Pelz-Joppen	Herren-Ulster
Phantasie-Westen	Geh-Pelze	Knaben-Paletots
Herren-Hüte	Gummi-Paletots	Knaben-Anzüge
Wäsche - Kragen	Pelerinen-Mäntel	Knaben-Hosen usw.

BaerSohn
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haupt-Katalog No. 38 (neueste Moden) kostenlos und portofrei.

Hygienische Bedarfsartikel
Pr. Qual. Alle Art. zur Gesundheitspflege. Kat. grat. Versand **Frauenlob, Berlin 32, Andreeastr. 78.** Billigste Bezugsquelle! Versuch führt zur dauernden Kundschaft.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet zweifelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; desgl. Darm (Spez. auf Gonorrhoe-Erreger) u. Sputum-Analysen. **Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Robrenhause, 1. 8724. Berl. Stadtp. dist. u. tollent. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.**

ROLLSCHUHE
Nur 1,65 M. mit Angellager 9,50 M. Ein Post. Kugellagerschuh von einer Rollschuhbahn wenig gebraucht, 5 u. 7. W. 30, **Look, Goltzstr. 47**
Versand nach Überall zu Fabrikpreisen.

Zwei Eigenschaften sind es vornehmlich, die unseren **JOSETTI VERA** CIGARETTEN.
Ihren Ruf als beste 3 Pfg.-Marke geschaffen haben. Lediglich ihre immer gleichbleibende vornehme Qualität, die wirklichen und stetigen Genuss gewährleistet, sowie ihr äußerst wohlfeiler Preis, der ihren Konsum Jedermann gestattet, sind die ausschlaggebenden Gründe für den hohen Grad der Wertschätzung, den sie bei allen sachverständigen Rauchern genießen.
Josetti Vera m. a. o. M. 10 St. 30 Pfg.

Partei - Angelegenheiten.

Zur Erwiderung

auf die Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses in Sachen des Streikfalles, der wegen Vernichtung der „Neuen Welt“ zwischen der Organisation in Rixdorf und dem dritten Kreis schwelbt, erklärt Genosse Pohl, daß seine in der Generalversammlung des dritten Kreises gegebene Darstellung des Falles durchaus keine einseitige, sondern eine rein objektive gewesen sei. Der Bericht sei wörtlich niedergelegt und könne jederzeit auf seine Richtigkeit geprüft werden.

Was die Behauptung betrifft, daß der geschäftsführende Ausschuss in die nächste Generalversammlung des dritten Kreises delegiert worden sei, so sei diese wohl richtig, aber man habe annehmen müssen, nach Äußerungen von Mitgliedern des Ausschusses, daß die Delegierten-Genossen in die Generalversammlung vom 25. Januar kommen würden, zumal der Vertreter des dritten Kreises in der Sitzung des Aktionsausschusses ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß am 25. Januar außer der Berichterstattung vom Parteitag der Vorstandsbericht auf der Tagesordnung stehe.

Rixdorf. Heute abend findet bei Hoppe, Hermannstr. 48/40, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rollenbericht. 2. Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Außerdem gilt es noch Stellung zu nehmen gegen das Junkertum.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berlins Bevölkerungsbewegung im Jahre 1909.

Die Bevölkerung Berlins hatte im Jahre 1908 infolge der Minderung der Zugzüge sich nicht vermehrt, sondern verringert. Im Jahre 1909 hat nun wieder ein Umschwung der Zugzugsverhältnisse sich angebahnt, so daß auch die Bevölkerungszahl wieder zu steigen begonnen hat.

Die Bevölkerungszahl stellte sich am Schlusse des Jahres 1909 nach den jetzt vorliegenden Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt auf 2 120 667. Da für den Schluß des Jahres 1908 die Bevölkerungszahl 2 106 942 berechnet worden war, so hat das Jahr 1909 ein Plus von 13 725 gebracht. Wenn das viel scheint gegenüber dem Jahre 1908, das mit einem Minus von 4419 abschloß, so ist es doch immer noch wenig gegenüber dem Jahre 1907 mit seinem Plus von 20 062 oder gar gegenüber den Jahren 1906 und 1905 mit ihrem Plus von 47 986 und 54 571. Die Schroffheit des Gegensatzes z. B. zwischen den wenig auseinanderliegenden Jahren 1906 und 1908 erklärt sich daraus, daß in 1906 zu dem erheblichen Ueberschuß von Geburten noch ein sehr bedeutender Ueberschuß von Zugzügen kam, in 1908 aber dem gleichfalls recht ansehnlichen Geburtenüberschuß ein Ueberschuß nicht von Zugzügen, sondern von Wegzügen gegenüber stand, durch den der Gewinn aus Geburten mehr als aufgewogen wurde. In 1909 haben die Zugzüge sich wieder gemehrt, aber doch nur so weit, daß die Wegzüge sich mit ihnen nahezu ausglich. Daher ergibt sich für 1909 der seltene Fall, daß diesmal der Bevölkerungszuwachs lediglich durch den Geburtenüberschuß herabgebracht worden ist.

Der Geburtenüberschuß war in 1909 auffallend gering. In den fünf Jahren 1905 1906 1907 1908 1909 wurden geboren (einschl. Totgeborene) 51 900 53 389 52 899 51 035 47 298 Kinder, und es starben (einschl. Totgeborene) 36 293 34 587 34 277 34 259 33 612 Personen, mithin betrug der Geburtenüberschuß 15 007 18 802 18 622 16 776 13 686 Personen, das ergibt für das letzte Jahr eine Minderung um reichlich 3000. Sie erklärt sich aus dem ganz außerordentlichen Rückgang der Geburtenzahl, der in 1909 eingetreten ist.

Ein Wanderungsüberschuß ist für 1909 noch nicht herausgekommen, wenigstens keiner von nennenswerter Höhe. Für die fünf Jahre 1905 1906 1907 1908 1909 sind in Rechnung zu stellen als zugezogen 257 860 291 459 278 088 244 060 251 983 Personen, andererseits als weggezogen (einschl. übliche Zuschläge) 248 296 262 275 272 248 265 255 251 944 Personen, mithin betrug das Wanderungsergebnis + 39 564 + 29 184 + 1 440 - 21 195 + 39 Personen, so daß für das letzte Jahr zwar kein Verlust mehr, aber auch noch kein Gewinn von Belang zu verzeichnen ist.

Aus Geburtenüberschuß und Wanderungsergebnis berechnet sich dann für das Jahrpaar 1905-1909 die Mehrung bzw. Minderung der Bevölkerungszahl auf + 54 571 + 47 986 + 20 062 - 4 419 + 13 725, wie schon eingangs angegeben wurde. In dem Auf und Ab dieser Zahlen malt sich die wechselnde Gestaltung der Wirtschaftslage und der Erwerbsverhältnisse. Die letzten Jahre haben aufs neue die alte Erfahrung bestätigt, daß jede Periode eines allgemeinen Mangels an Arbeitsgelegenheit in Berlin zu einer Minderung der Zugzüge und gleichzeitiger Minderung der Wegzüge führt. Auch die in 1909 hervorgetretene außerordentliche Minderung der Geburten, durch die die ohnedies unaufhaltbare Abwärtsbewegung der Geburtenziffer einen besonders kräftigen Rück nach unten erhalten hat, gehört zu den Begleiterscheinungen des Notstandes der Arbeiterbevölkerung.

Schulische und Figurenlaufen. Man ist es schon gewöhnt, daß unsere Schule, besonders aber die Volksschule als Mädchen für alles verwendet wird und daß man versucht, ihr alles mögliche aufzubürden. Jetzt sendet sogar der „Deutsche Eislauf-Verein für deutsche Eislaufvereine“ ein Flugblatt an die Direktoren der Berliner Gemeindeschulen, enthaltend die Elemente des Figurenlaufens mit Winken für Anfänger im Schlittschuhlaufen mit der Bitte um Verbreitung und Vertrieb des Flugblattes. Es ist nicht dagegen einzumenden, daß die Schule das Schlittschuhlaufen, diesen gesunden Sport, zu fördern hat, indem die eine oder andere Turnstunde einmal auf eine Eisbahn verlegt wird, was in der Tat verschiedentlich geschieht; aber Figurenlaufen und allerlei andere Künste gehören nicht in die Volksschule. Zu

wünschen wäre bei dieser Gelegenheit, daß die Stadt den Volksschülern das Schlittschuhlaufen in ähnlicher Weise, wie das beim Baden durch Ausgabe von Freibadkarten geschieht, verbilligen würde. Gegen eine kleine Entschädigung seitens der Stadt, die ja Mittel genug für manche andere weniger wichtige Zwecke aufwendet, an die Eisbahnwärter wären diese gewiß gern zu einem Entgegenkommen bereit.

Panik in der Industriehütte Warschauer Brücke. Durch eine an sich geringfügige Ursache und falschen Feueralarm wurde gestern vormittag in der Industriehütte Warschauer Brücke in der Rotherstraße 20-22, Ecke der Koglerstraße, weit draußen im Osten Berlins, eine angstvolle Panik unter den Arbeiterinnen und Arbeitern herbeigeführt. Aus dem Kesselhause der Auerfabrik strömten infolge des undicht gewordenen Plansches große Dampfmenngen unter starkem Geräusch aus und füllten den Hof an. Unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma entstand eine gewaltige Aufregung. Alles drängte nach den Ausgängen, da Feuergefahr befürchtet wurde. Aus allen Etagen stürmten die Menschen die Treppen hinab. Die Unzufriedenheit der Fabrik trat sofort in Tätigkeit und nahm sich der aufgeregten Mädchen an. In Eile wurde der Verband für erste Hilfe benachrichtigt, der sofort drei Krankenwagen nach der Industriehütte entsandte. Auch mehrere Kratze waren bald zur Stelle, um hilfeleisch einzugreifen. Etwa zwanzig Mädchen hatten vor Schreck Schreikämpfe erlitten und mußten in Droschken fortgeschafft werden. Mit Krankenwagen wurden drei Mädchen transportiert; die Arbeiterinnen Margarete Leonhard aus der Friederichsfelder Straße 28, Marta Sulas aus der Frankfurter Allee 168 und Margarete Paulide aus der Köpenicker Straße 34. Das letzte Mädchen fand im Städtischen Krankenhaus in der Giesbener Straße Aufnahme. Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte, klagten noch einige vierzig Arbeiterinnen über heftige Kopfschmerzen und begaben sich in ihre Wohnungen. Ernstlich verletzt scheint niemand zu sein. Die Kesselwärter konnten ihren Dienst weiter tun. Auch der Betrieb selbst erlitt nur eine kurze Unterbrechung, da der Kessel bald wieder repariert war.

Das Liebeswerben der Berliner Kriminalpolizei um die verloren gegangene oder eigentlich noch niemals recht vorhanden gewesene Gunst des Publikums nimmt nachgerade groteske Formen an. Für diesen durchsichtigen Zweck hat im „Berliner Tagebl.“ als Vierter im Bunde nun auch Kommissar Klinghammer, der Leiter der sogenannten Kriminalpatrouillen, einen Sirenenengelang angestimmt. Er greift aus der Fülle seines Materials einige besonders charakteristische Fälle heraus, in denen das Publikum bedrängten Kriminalbeamten keine Hilfe gebracht hat, spricht auch lähn von Ungelehrtheit und Mangel an kriminalistischer Auffassung des Publikums und schreibt dann wörtlich, es lasse sich nicht leugnen, daß in vielen Kreisen tatsächlich eine Aversion gegen die Polizei besteht. Man begegne den Klagen über schlechte Behandlung seitens der Polizeibeamten in allen Schichten der Bevölkerung, obwohl seitens der Behörde alles geschehe, um derartigen Klagen den Boden zu entziehen. Auf Grund von Beschwerden des Publikums über Beamte würden diese streng bestraft, so daß sich an allen Dienststellen die Erkenntnis durchgerungen habe, daß sie der Anwalt des hilfesuchenden Publikums sind.

Man saßt sich an den Kopf und fragt, wie ein Berliner Kriminalist, der mitten im öffentlichen Leben steht oder doch stehen soll, so etwas schreiben kann. Hat denn Herr Klinghammer jahrelang auf dem Monde gelebt, daß er nicht weiß, was in Berlin und überhaupt in Preußen vorgeht? Die Deffentlichkeit hat noch nicht das geringste davon bemerkt, daß Polizeibeamte, über deren „Ordnung“ und „Schneidigkeit“ sich das Publikum beschwert, streng bestraft worden sind. Im Gegenteil hat es in weitesten Kreisen peinlich berührt, daß wiederholt solche Polizeibeamte, deren amtliches Verhalten die Deffentlichkeit auf das entschiedenste beunruhigt und empört, beispielsweise die Gentlemans Kasse und Konforten, noch obendrein durch Ordensverleihungen ausgezeichnet worden sind. In derartigen Anerkennung von polizeilichen Handlangerdiensten, die bei allen charaktervollen Menschen als eine Schmach und Schande empfunden werden, liegt eine böllige und demütliche Mißachtung der berechtigten Interessen des Volkes. Ein großer Teil des Publikums beschwert sich schon gar nicht mehr über erlittene Unbill, weil er annimmt, daß dann noch der Spieß umgedreht wird.

Ehe die Berliner Polizei als vertrauenswürdigem Anwalt des hilfesuchenden Publikums anzuerkennen ist, wird wohl noch viel Wasser durch die Spree laufen. Schlichtlich ist ja das verkehrte Urteil des Kommissars Klinghammer nicht maßgebend für die Deffentlichkeit. Es beweist nur wieder mal den hartleibigen Polizeigeist, der am Alexanderplatz zu Hause ist und sich noch herausloben will, wo alle Welt über die reaktionäre Mäandrigkeit der Berliner Polizei einig ist. Die allererste Vorbedingung für die Entwicklung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Groß-Berliner Publikum und der Polizei ist die Einbürgerung des verruchten Spiritismus, dieses Schandmals unserer Zeit. Ohne diesen Reinigungsprozeß am eigenen Leibe hat die Polizei auf die Weisheit „weiter Kreise“ ganz sicher nicht zu rechnen.

Ein Glendebild. Ein Opfer des Frostes ist der Fabrikarbeiter Hermann Kubitz geworden. R. hatte sich wegen Arbeitlosigkeit auf die Wanderschaft begeben und war unterwegs plötzlich erkrankt. Er wurde nach dem Rindberger Krankenhaus gebracht. Am Sonnabend wurde er wieder als geheilt entlassen. Er nahm nun die Wanderschaft wieder auf, vermochte aber infolge Enfristung nicht weit zu kommen. Auf der Hangelberger Chaussee brach er zusammen und erst gestern ertrank er im Hangelberger Kanal, der bereits erfroren war. Die Leiche wurde nach der Hangelberger Friedhofsbahn geschafft.

Auch ein Beitrag zu der kaiserlichen Ausrüstung, daß bei und der Arbeiter verlorft ist bis ins hohe Alter hinein.

Ausnahmen von der Vorschrift des § 139c der Gewerbeordnung über Mindestruhezeit und Mittagspause der Angestellten für das Jahr 1910. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: 1. Auf Grund des § 139d Ziffer 3 der Gewerbeordnung sowie unter Bezugnahme auf Ziffer V der landespolizeilichen Anordnung vom 10. Oktober 1908 betreffend den Wächter-Ladenschluß, lege ich hierdurch für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139c der Gewerbeordnung über die den Beschäftigten und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewöhnlicher Mindestruhezeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1910 außer Anwendung:

- 1. Bei den Blumenhandlungen für den 5., 12., 19., 26. Februar, 5., 12., 19., 26. März, 9. April, 18., 19., 26. November, 8., 10., 17. und 31. Dezember 1910.
- 2. Bei den Spielwarenhandlungen für den 30. November, 1. bis 3., 5. bis 10., 12. bis 17., 19. bis 23. Dezember 1910.
- 3. Bei den Buchhandlungen für den 7. bis 10., 12. bis 17., 19. bis 23. Dezember 1910.
- 4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 26. März (Sonntagabend vor Ostern), 14. Mai (Sonntagabend vor Pfingsten), 15. bis 17., 19. bis einschließlich 23. Dezember sowie 31. Dezember 1910 (8 Tage vor Weihnachten und Silvester 1910).

II. Ausnahmetage mit Neumehr-Ladenschluß. Unter Bezugnahme auf Abschnitt II der oben erwähnten landespolizeilichen Anordnung über den Wächter-Ladenschluß in der Fassung des Nachtrags vom heutigen Tage wird hiermit für den Orts-polizeibezirk Berlin bestimmt, daß im Jahre 1910 alle offenen Verkaufsstellen am 15., 18. und 19. bis einschließlich 23. Dezember für den geschäftlichen Verkehr bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Bei der für alle Sonnabende bereits nach Ziff. I der Wächter-Ladenschluß-anordnung bestehenden Ausnahme (Neumehr-Ladenschluß) behält es sein Bestehen.

III. Die für den Ortspolizeibezirk Berlin erlassene Bekanntmachung vom 14. Januar 1906 betreffend die Ausnahmetage mit Neumehr-Ladenschluß wird hiermit aufgehoben.

Aus der Spree gefanget wurde gestern vormittag die Leiche eines Mädchens von etwa 17-20 Jahren. Die Unbekannte hat dunkelblondes Haar und trug unter anderem einen dunklen Rock und eine blaue weißgestreifte Kchelschürze.

Zwei Kleiderstücke wurden gestern aufgefunden. Die eine lag vor dem Hause Thierstraße 85 auf dem Straßendam. Sie war in einem roten Pappkarton eingepackt. Die andere lag vor dem Hause Luisenfer 67/69, dicht am Eingang der Gasanstalt. Das linke Bein war ihr angezogen. Wahrscheinlich hat man versucht, sie ganz zu verbrennen. In beiden Fällen handelt es sich um neugeborene Kinder, deren Mütter noch nicht ermittelt sind. Die Leichen wurden nach dem Schauhause gebracht.

Unter den Rädern eines Schnellzuges zermalmt. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich Sonntag in früher Morgenstunden auf dem Anhalter Bahnhof zugetragen. Der 46 Jahre alte Eisenbahnkassierer August Jemert hatte den kurz vor 6 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof einbreitenden Zug begleitet. Als der Zug am Tempelhofer Triebwerkstrassen vorbeifuhr, verließ J. das Compé, um nach den anschließenden Wagen zu gehen. Beim Besichtigen des Laufbretts verlor er plötzlich den Halt und stürzte rücklings ab. Unglücksweise geriet er mit den Beinen unter die Räder des Zuges. Bis zu den Knien wurden sie ihm fast vollständig zermalmt, ferner zog er sich einen Schädelbruch zu. Der Zug wurde, da der Unfall bemerkt worden war, sofort zum Halten gebracht und J. aufgenommen und nach dem Anhalter Bahnhof gebracht. Von dort brachte man ihn in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus am Urban. Der Zustand des Verunglückten, dem beide Beine amputiert werden mußten, ist hoffnungslos.

Der Selbstmord einer fünfzehnjährigen erregte Sonnabend abend in der Admiralstraße 19 großes Aufsehen. Die 15 Jahre alte Tochter Paula des Fabrikarbeiters A., die dort im 4. Stock bei ihren Eltern wohnte, hatte in einer Druckerlei gearbeitet, war am Freitag morgen um 7 Uhr zur gewohnten Zeit von Hause weggegangen, aber nicht an der Arbeitstelle erschienen und auch abends nicht wieder nach Hause gekommen. Vergeblich suchten die Eltern sie abends und den folgenden Tag. Während nun am Sonnabend abend ihre drei jüngeren Geschwister allein zu Hause waren, kam die Vermisste um 8 1/2 Uhr zurück. Die Geschwister riefen ihr zu: „Wo warst Du denn gestern und heute? Die Eltern suchen Dich und sind schön böse!“ Statt aller Antwort ging das Mädchen nach der Küche, öffnete das Fenster und sprang auf den Hof hinab, wo es mit zerhackten Gliedmaßen liegen blieb. Auf das Geschrei der Kinder eilten die Hausgenossen nach der Wohnung und nach dem Hof und ließen die schwere Verletzte in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban bringen. Als die Eltern um 10 Uhr nach vergeblichem Suchen nach Hause kamen und den Vorfall hörten, eilten sie nach dem Krankenhaus, fanden aber nur noch die Leiche der Tochter.

Der Selbstmord eines zehnjährigen Mädchens hat am Sonntag morgen in dem Hause Memelstr. 11 großes Aufsehen hervorgerufen. Dort wohnt im vierten Stock der Bachmeister A. Jahre. Frau J. hatte am Sonnabend nachmittag ihrer 10 Jahre alten Tochter Marie den Auftrag erteilt, die Wohnung aufzuräumen, während sie eine Besorgung machen wollte. Die Kleine begab sich jedoch auf die Straße, wo sie mit anderen Kindern bis gegen Abend spielte und sich dann zu Bett begab, ehe die Mutter zurückgekehrt war. Als am Sonntag früh Frau J. dem Mädchen Vorwürfe darüber machte, daß es den erhaltenen Befehl nicht ausgeführt hatte und ihre Strafe androhte, lief das Kind plötzlich an das offene Fenster und sprang, ohne daß die entsetzte Mutter es verhindern konnte, auf die Straße hinab. In beunruhigendem Zustande wurde die kleine Marie nach der Unfallstation in der Warschauerstraße geschafft, wo der Arzt schwere innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung feststellte. Nachdem die Kleine die erste ärztliche Hilfe erhalten, wurde sie nach dem Krankenhaus Friedrichshagen überführt. Es ist Hoffnung vorhanden, das Kind am Leben zu erhalten, da das Mädchen glücklicherweise auf das Gartenrundel des Hofes gefallen war, wodurch der Sturz ganz erheblich abgemildert worden war.

Gasvergiftung. Am Sonntag früh vergiftete sich in der Orsdorferstraße 7 das Mädchen Marie Tierbach mit Leuchtgas und abends der Rangeldienere Tress in der Friedenstrasse 5. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte hier keine Hilfe mehr leisten; der Tod war schon eingetreten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Berliner Volkschor. Genosse Paul Höhre sendet uns folgende Erklärung mit der Bitte um Abdruck: „Die letzte Freitagnummer des „Vorwärts“ bringt einen Bericht, nach dem der Arbeiterfängerbund den Volkstott über den Berliner Volkschor verhängt hat, weil er sich ihm noch nicht angeschlossen habe. Als dergestaltiger Vorsitzender des Volkshores möchte ich dazu vorläufig folgendes erklären:

Die Frage des Anschlusses ist zum ersten und einzigen Male in einer Sitzung des Aktionsausschusses der Berliner Wahlvereine am 12. November vorigen Jahres, aber auch da nur mehr nebenbei erörtert worden. Am 4. Januar erhielt der Chor sodann vom Arbeiterfängerbund die schriftliche Aufforderung zum Anschluß. Beantwortung wurde uns bis 16. Januar gewährt. Ich antwortete auf das Schreiben folgendermaßen:

„Der Volkschor hat in seiner geschäftlichen Sitzung vom Dezember beschlossen, sich in der Frage seines Beitritts zum A. S. V. zunächst noch einige Zeit abzuwarten zu verhalten. Der Grund dafür ist, daß in den nächsten Monaten die Organisation der Bildungsvereinigungen der Großberliner Arbeiterchaft durchgeführt werden soll. Angesichts dessen ist gegenwärtig auf diesem Gebiete alles so sehr im Fluß und Ungewissen, daß es dem Chor richtig erschien, zunächst in dieser Beziehung noch überhaupt keine bindenden Beschlüsse zu fassen. Dazu kommt, daß in der nächsten Frühjahrsgeneralversammlung Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre stattfindet, die möglicherweise so starke Veränderungen in der Zusammensetzung desselben herbeiführt, daß es auch unter diesem Gesichtspunkte nicht rätlich erscheint, daß der alte Vorstand hier vorzuziehen. Sie müssen sich mit der Ordnung der ganzen Frage also auch Ihrerseits noch ein wenig gedulden.“

Die Antwort auf dies Schreiben ist der mitgeteilte Volkstottbeschluss. Ich überlasse den Vorwärtslesern das Urteil darüber. Dem Volkschor macht dieses Verfahren die Möglichkeit, dem A. S. V. beizutreten, wahrlich nicht leichter. Obgleich bestehen eine Reihe sachlicher Gründe, die ihn erschweren. Der Volkschor begreift ausschließlich, bei seinen Mitgliedern das Interesse und Verständnis für die Werke der großen Tonmeister zu wecken und zu fördern, sowie billige künstlerische Konzerte für die Kreise des arbeitenden Volkes zu veranstalten.“ Außerdem be-

müht er sich, erste Künstlerkräfte, deren Produktionen für die Arbeiter sonst verschlossen sind, der Arbeiterschaft zugänglich zu machen. Der Arbeiterfängerbund dagegen pflegt den Gesang von Freiheits- und Arbeiterliedern. Er verpflichtet seine ihm angeschlossenen Vereine geradezu zu gemeinsamen Übungen und Vorführungen solcher Lieder, die zu pflegen der Volkshor jedoch nicht einmal die Zeit hat; er braucht seine ganze Zeit, um die Chorwerke, die er ausführt, so zu studieren, daß die Vorführungen ersten künstlerischen Ansprüchen genügen. Das Statut des Arbeiterfängerbundes fordert ferner, daß alle Mitglieder der ihm angeschlossenen Vereine politisch oder gewerkschaftlich organisiert sein müssen. Bei Männern oder sehr kleinen gemischten Chören ist das möglich; der Volkshor, dessen größere Hälfte (zirka 150) weibliche Mitglieder bilden, hat unter letzteren noch eine größere Anzahl, die nicht organisiert und zur Zeit auch nicht organisierbar sind. Die Schwierigkeiten, Arbeiterinnen zu organisieren, die jedem Genossen bekannt sind, bestehen erst recht in solchen künstlerischen Vereinen. Ein sofortiger Beitritt zum A. S. V. würde zur Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach den Verlust dieser Mitglieder bedeuten und damit das ganze Ergebnis der mühsamen musikalischen Erziehung des Chors in den ersten 5 Jahren hinfällig machen.

Sollte die Berliner Arbeiterschaft in größerem Umfange dem Wohlwollensbeschluss des A. S. V. sich praktisch anschließen, so bliebe dem Volkshor schließlich nichts weiter übrig, als sich aufzulösen. Ob das gerade ein Gewinn und ein Ruhmestitel für die Berliner Arbeiterschaft wäre, lasse ich dahin gestellt. Die Auflösung müßte jedenfalls sehr eigenmächtig berühren in dem Augenblick, wo die Arbeiterschaft auch in Berlin daran geht, ihre Bildungs- und Erziehungsbemühungen zu organisieren. Ehestweilen wird der Chor versuchen, trotz der neuen Schwierigkeiten weiter seine Ziele zu verfolgen.

Jugendkursus in Noositz. Der Vortragskursus über „Literaturgeschichte“, der heute, Dienstag, bei Start, Waldstr. 8, beginnen sollte, muß wegen Erkrankung der Referentin, Frau Walsh Jepsier, leider ausfallen. Wenn derselbe seinen Anfang nimmt, kann erst später bekanntgegeben werden.

Vorort-Nachrichten.

Rigsdorf.

Umsiedlung eines Neubaus. In der Fröhe des gestrigen Morgens sind in der Weilestraße mehrere Bauhandwerker zu einem seltenen Akt der Selbsthilfe gegen einen Bauunternehmer geschritten. Dort hatte der Baumtechniker N. auf dem Grundstück Nr. 33 ein großes, vierstöckiges Wohnhaus errichten lassen, das bis auf die noch fehlenden Fensterscheiben in allen seinen Teilen fertiggestellt war und am 1. April bezogen werden sollte. Vergebens hatten jedoch die an dem Bau beteiligten Handwerker, in erster Linie Rohrleger und Tischler, auf Begleichung der ihnen kontraktlich zustehenden Geldforderungen gedrungen. Sie schritten daher, als alle gültigen Versuche, zu ihrem Recht zu gelangen, nichts fruchteten, und in der Befürchtung außer ihrem Lohn auch noch das aufgewendete Material zu verlieren, dazu, sich des Materials mit Gewalt zu bemächtigen. So warben sie zur Verstärkung ihrer eigenen handfesten Leute eine zuverlässige Mannschaft, insgesamt nahezu sechzig Mann, und fuhren mit fünfzehn großen Möbel- und Lastwagen in der stillen und menschenleeren Weilestraße um 6 Uhr morgens vor. Hunderte von Fenstern, Türen, sämtliche Gas-, Wasser- und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht direkt innerhalb der Mauern sich befanden, wurden herausgerissen und auf die Wagen geladen. Selbst die Treppengeländer wanderten mit, und als dann in kaum einer Stunde alles aufgeladen war, ging es fort. Niemand hatte den Vorfall beobachtet; als ein Nachbar den Unternehmer und dieser die Polizei des fünften Bezirks alarmierte, da war es zu spät.

Schöneberg.

Die erst kürzlich in Betrieb gestellten eisernen Schneepflüge haben sich sehr gut bewährt, so daß die Absicht besteht, die Zahl derselben zu vermehren. Auch sind mit dem jetzigen System der Schneebeseitigung erheblich günstigere Erfahrungen gemacht worden. Während früher die Gespanne einen großen Teil des Straßenraumes zum Beladen der Wagen in Anspruch nahmen, fallen die kleinen, zwei Achsen mit Inhalt fassenden Apparat, die von einem Arbeiter transportiert werden können, in dem Straßenbetriebe gar nicht auf. Dieses Verfahren stellt sich auch, obwohl eine größere Zahl Arbeiter tätig sind wie früher, bedeutend billiger; außerdem ist es praktischer, wenn der Schnee anstatt auf dem Felde abgeladen, zu den nicht weit entfernt liegenden Schneeschächten transportiert und dort hineingehütet wird. Bei ersterem Verfahren wurden stets größere Ueberschwemmungen verursacht.

Sanktvit.

Erräunt hat sich die sechzehnjährige Lucie Weese, die hier bei einem Dr. L. in Stellung war, diese aber heimlich vor drei Monaten verlassen hatte. Vorgestern wurde die Leiche des Dienstmädchens aus dem Teltowkanal gefischt. Bei ihrem Weggange hatte die W. einen Brief hinterlassen, in dem sie ihrer Herrschaft mitteilte, daß man eines Tages ihre Leiche in dem Teltowkanal finden werde.

Charlottenburg.

Bei der Ausgabe der Garderobe hat am Sonnabend im Volkshaus, Rosinenstr. 3, nach dem Maskenball der Krankenkasse der Wagenbauer der Garderobenverwalter einen Siegelring verloren. Da der Siegelring ein wertvolles Andenken war, bittet der Eigentümer denjenigen, der denselben vielleicht mit der Garderobe mitgeführt hat, den Ring im Volkshaus bei Frau Dunge abzugeben.

Friedenau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende einen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909: 148 männliche, 20 weibliche, insgesamt 168 Mitglieder. Am 31. Dezember 1909 gehörten dem Wahlverein 166 männliche, 24 weibliche, insgesamt 190 Mitglieder an. Vereinsverammlungen: wurden im Berichtsjahr 12 abgehalten, außerdem 2 selbständige und 1 gemeinsame öffentliche Versammlung mit Steglitz. Seit April steht dem Wahlverein im Orte kein Lokal zur Verfügung, doch dürfte, wenn nicht alle Zeichen trügen, der Plattegeier bald zu Hilfe kommen. Genosse Altmann gab hierauf den Kassenbericht. Einer Einnahme von 261,00 M. steht eine Ausgabe von 240,40 M. gegenüber. An den Zentralvorstand wurden überführt 145,15 M. Es folgten dann die Berichte der Lokalkommission, der Landtagation, Bibliothekare und der Bezirksführer. Der alte enger Vorstand wurde hiernach bis zum 1. Juli einstimmig wiedergewählt. Als Bibliothekare wurden gewählt: Gilbe, Otto Reyer; Lokalkommission: Böhm, Artur Böhm; Revisoren: Dietrich, Wadraf, Neuschmann; Landtagation: Fric; Jugendausschuss: Barwick, Nezeburger, Marowski; Kinderkommission: Genossen Lichtenberg. Nach Erlebigung der Neuwahlen wurde beschlossen, an der bevorstehenden Gemeindevahl sich energisch zu beteiligen. Als Wahlkomitee wurde der kombinierte Vorstand eingesetzt, der das Recht hat, sich durch Hinzuziehung erfahrener Genossen zu erweitern.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Heut abend, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schwarz, Müllendorferstr. 28, öffentliche Versammlung zwecks Konstituierung eines Vereins „Jugendheim“. Referent Genosse John.

Den Teilnehmern an der Arbeiter-Bildungsschule zur Kenntnisnahme, daß der Kursus in Besichtigung von nun ab pünktlich 8 1/2 Uhr abends beginnt.

Einbruch in der Oststrankenkasse. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde wiederum die hiesige Oststrankenkasse von

Selbstbrankennadern heimgesucht. Trotz der großen Anstrengung, die dieselben gemacht hatten, war das Resultat ein negatives. Der Einbruch selbst kam nur nach 1 Uhr nachts vorgenommen sein, da sich der über dem Kassenlokal wohnende Rentner der Kasse bis nach 12 Uhr in dem über dem Kassenlokal befindlichen Zimmer mit seiner Frau aufgehalten und nichts Verdächtiges gehört hat. Die Diebe sind von dem nebenanliegenden Neubau auf den Balkon des Kassenlokals geklettert und hatten von da an keine großen Schwierigkeiten zu überwinden, um in den Kassenraum zu gelangen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

In der sehr gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genossin Thiel-Tempelhof den Bericht vom preußischen Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Genossen Wilhelm Eberhardi geachtet. Dann nahm die Verlesung den Bericht über die Verhandlungen des Preuentages entgegen. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl um 34 gestiegen ist. Wahlvereinsversammlungen fanden 12, Volksversammlungen 2 statt. Die Jahlabende müssen noch besser besucht werden als bisher, um so mehr, da diese Abende hauptsächlich mit Diskussionen über die wichtigsten Tagesereignisse ausgefüllt werden. Nach dem Bericht der Lokalkommission sieht und immer nur noch ein Lokal mit Saal zur Verfügung. Ebenso wurden die Genossen darauf aufmerksam gemacht, in den Lokalen, in welchen sie verkehren, darauf zu sehen, daß der betreffende Wirt den „Vorwärts“ auslegt; es wurden mehrere Lokale benannt, deren Gäste ausschließlich aus Arbeitern bestehen, in denen der „Vorwärts“ nicht ausliegt. Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde abgesehen und derselbe mit der Weiterführung der Geschäfte bis zum 1. Juli betraut, weil dann laut Organisationsstatut ein neues Geschäftsjahr beginnt. Der Genosse Illm gab dann noch einen kurzen Bericht über die Vorarbeiten zur kommenden Gemeindevahl. An der Diskussion darüber beteiligten sich mehrere Genossen. Speziell von Genossen Göhre wurde an alle Mitglieder der Appell gerichtet, sich an den Wahlarbeiten rege zu beteiligen und am Tage der Wahl auf dem Posten zu sein.

Rummelsburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte der Arbeiterssekretär Genosse Herr Müller über das Thema: „Reine Keiseindrücke in Amerika“. In 1 1/2 Stunden, an demselben Vortrag schilderte er die Eindrücke, die er am Lande des rollenden Dollars bekommen, als er im Auftrage des Verbandes der Lithographen und Steindrucker Amerika bereiste, um die Verhältnisse in den dortigen Stein- und Buchdruckereien zu studieren. Eine Diskussion schloß sich dem interessanten Vortrage, in welchem der Redner neben vielem anderen auf die amerikanische Arbeiterbewegung zu sprechen kam, nicht an. Der hierauf erstattete Kassenbericht des Genossen Hengner weist eine Gesamteinnahme von 6885,16 M. auf. Davon wurden an den Kreis abgeführt 3573,80 M., am Ort ausgegeben 2311,37 M. Durch die letzte große „Vorwärts“-Agitation wurden 200 Leser gewonnen, so daß der jetzige Abonnentenstand 2358 beträgt. Der Mitgliederbestand des Wahlvereins beträgt 1800. — Hierauf erfolgte die Wahl von 13 Delegierten für den Kreis und Groß-Berlin. Als Revisor wurde Genosse P. Janßen gewählt. Das Wahlkomitee zur Gemeindevahl soll aus den Genossen des engeren Vorstandes und den nicht zur Wahl stehenden Gemeindevahlmitgliedern bestehen, was von der Versammlung akzeptiert wurde.

Wahlsdorf a. d. Ostbahn.

Seinen Tätigkeitsbericht erstattete der Vorstand des Wahlvereins in der in Berners Feldschloßchen abgehaltenen Generalversammlung. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vergangenen Jahres 172, davon waren 125 männliche und 47 weibliche. An Versammlungen wurden 8 Volks- und 4 Mitgliederversammlungen abgehalten. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug am Schluß des Jahres 208. Der Kassenbericht ergab im letzten Quartal an Einnahmen 287,37 M., an Ausgaben 160,55 M. Die Jahreseinnahme betrug 710,79 M., die Ausgabe 618,97 M. Den Bericht der Gemeindevahlkommission gaben die Genossen Giese und Schmidt. Genosse Schabbe erstattete den Bericht als Bibliothekar, er bedauerte die schwache Benutzung derselben. Die Bibliothek ist geöffnet von 6-8 Uhr abends. Die Genossin Wuchmann berichtete über die Kinderkommission. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Kommission bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens recht kräftige Fälle der Ausbeutung von Kindern feststellte. In der Diskussion wurde noch der Wunsch geäußert, mehr Jugendschriften für die Bibliothek anzuschaffen. Genosse Rämig teilte sodann mit, daß die Neuwahl des Gesamtvorstandes nach Ablauf des Geschäftsjahres (30. Juni) stattfindet, und daß nächstens Monat eine Versammlung stattfindet zwecks Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahlwahl.

Röpenitz.

Der „Terrorismus“ der Röpenitzer Straßenbahner.

Die in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Stadtv. Rohrbach erhobenen Beschwerden über die Straßenbahner hatten den Transportarbeiterverband veranlaßt, in einer öffentlichen Versammlung dazu Stellung zu nehmen. Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, welche hierzu eingeladen waren, nahmen von sämtlichen Fraktionen einige an den Verhandlungen teil; auch Herr Rohrbach selbst. Die Straßenbahner waren ebenfalls, soweit nicht im Dienst befindlich, zur Stelle; ausgenommen diejenigen, gegen die sich der angebliche Terrorismus richtet. Der Referent Rinkel gab eine Schilderung der Straßenbahnerbewegung am Orte. In dem Augenblicke, als sich der größte Teil der Straßenbahner dem Verbandsangehörigen hatte, sei von einigen Angehörten, die sich nicht zum Anschluß entschließen konnten, der Kampf eröffnet worden. Unter Umgehung des zweiten Vorsitzenden — das Amt des ersten Vorsitzenden war vakant — habe der Schriftführer eine Versammlung einberufen, an der elf Mitglieder teilnahmen. Hier seien 23 dem Verbandsangehörigen Kollegen ausgeschlossen worden und zwar mit der Begründung: die Verbandshand habe die Ehre des Vereins verletzt. Die im Verbandsorganisierten Kollegen wählten in einer weiteren Versammlung den Vorstand und wählten die für den Verein maßgebenden Beisitzer. Der Verein trat später über zum Verbandsangehörigen. Das Vereinsvermögen verblieb jedoch den Kollegen. Wenn Herr Stadtv. Rohrbach nun von Terrorismus rede, so sei dieses nicht richtig. Mit einem großen Teil der Nichtorganisierten kämen die Verbandsmittel sehr gut aus. Von Terrorismus könne man doch nicht reden, wenn die Organisierten für einen Nichtverbandsangehörigen, der erkrankt war, eine Sammlung veranstalteten und dann noch aus den früheren Vereinsmitteln einen weiteren Betrag bewilligten. Wenn in einem öffentlichen Lokale die Liste der Angestellten angeheftet war, die nicht dem Verbandsangehörigen, so sei das zu bedauern; diese Liste sei für die Funktionäre bestimmt. Redner gab dann noch eine Schilderung über das angeblich unparteiische Verhalten der Verwaltung, das Stadtrat Jenne mit dem Druck der inneren Ueberzeugung in der Sitzung bekräftigt habe. Von einigen Angestellten, Nichtverbandsmitgliedern, seien im Dienste Verschlingungen der mangelhaftesten Art vorgekommen. Diese befänden sich heute noch im Dienste. Dagegen seien Verbandsmittel bei den kleinsten Vergehren bestraf worden. In einem Falle sei sogar die Entlassung eines Kollegen erfolgt, trotzdem das Vergehren sich nicht während des Dienstes abspielte. Wenn Herr Stadtv. Cuntz erklärt hat, ihm sei sogar ein Fall bekannt, wo ein Angestellter aus dem Dienste herausgegrault worden sei, so sei das einfach nicht wahr. Keiner der Verbandskollegen wisse etwas davon. Das Referat wurde von der Versammlung, besonders von den Straßenbahnern, mit lebhaftem Geisal aufgenommen. In der Diskussion sprach zunächst Rathmann, der besonders die Jenne'sche Fabel von dem Nebenverdienst bis 300 M. behandelte. Großl und Wabis (altzeitige Straßenbahner) wandten sich energisch gegen die Ausführungen des Herrn Rohrbach. Abschließend bedauert, daß gerade Stadtv. Rohrbach, welcher bis jetzt als liberaler Mann galt, sich zum Sprachrohr einiger persönlich verärgelter An-

gestellter hergegeben habe. Von den Stadtverordneten nahm niemand das Wort.

Friedrichshagen.

Die Generalversammlung am Dienstag nahm zunächst den Bericht des Vorstandes entgegen. Es haben im abgelaufenen Jahre 5 öffentliche und 10 Mitgliederversammlungen stattgefunden. Außer 327 männlichen waren 32 weibliche Mitglieder vorhanden. Der Redner betonte, daß die Genossen in Zukunft mehr wie bisher sich an den Arbeiten und Veranstaltungen der Partei beteiligen mögen. Einer Einnahme von 1814,45 M. steht eine Ausgabe von 1770,02 M. gegenüber. An den Kreis wurden 1148,00 M. abgeführt. Beim Bericht des Bibliothekars wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Bibliothek in Zukunft mehr zu benutzen. Wie aus dem Bericht der Speditionskommission zu entnehmen ist, hat die letzte „Vorwärts“-Agitation 32 neue Abonnenten gebracht. Vom Jugendauschuss konnte Genosse Wiedemann mitteilen, daß durch das neue Jugendheim der Verein einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern erhalten habe. Die Wahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Paul Köhler, 2. Vorsitzender: Schode, 1. Kassierer: Fric Schöhan, 2. Kassierer: Holz, 1. Schriftführer: Dolozinski, 2. Schriftführer: Rade; Beisitzer: Petermann, Altmann, Friedrich Hoffmann; Revisoren: Silber, Kurt Franke. Genosse Sonnenburg erstattete hierauf in ausführlicher Weise Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevahlkommission der beiden letzten Jahre, besonders hervorhebend, daß auf Antrag unserer Fraktion zur Sperrung blutarter Schullinder 3000 M. und zur Unterstützung arbeitsloser Gemeindevahlmitglieder 3000 M. in den Etat für 1909 eingestellt wurden. In der Diskussion sprach Genosse Janßen seine Befriedigung über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Gemeindevahl aus. Eine längere Debatte entspann sich noch über die verschiedene Auffassung unserer Gemeindevahlkommission zum Etat. — Da Genosse Barth ausscheidet, wurde derselbe wieder einstimmig als Kandidat zur bevorstehenden Gemeindevahl in der dritten Abteilung im 2. Bezirk aufgestellt. Zur Neuaufnahme in den Wahlverein hatten sich 15 Genossen gemeldet.

Neu-Zittau (Kreis Weeskov).

Die deutsche Weltmachtspolitik und die neuen Steuern war das Thema, das Genosse Rubeil kürzlich in einer Volksversammlung behandelte. Das eingehende Referat löste am Schluß stürmischen Applaus unter den Anwesenden aus. Genosse Wulff-Bernsdorf eruchte in der Diskussion die Versammelten, bereits bei den bevorstehenden Gemeindevahlen eine rege Agitation für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu entfalten. Der Vorsitzende, Genosse Schulz, forderte die Anwesenden auf, dem Wahlverein beizutreten. Seltamerweise war diese Versammlung nicht polizeilich bewacht.

Weißensee.

Die Wahlbewegung für die Gemeindevahl ist bereits in vollen Gange. In den Vereinen wird die größte Zeit den Gemeindevahlgelegenheiten gewidmet und jeder verlangt natürlich die Wahrnehmung seiner Interessen. Dabei bleibt es natürlich nicht aus, daß die verhöfsten Vertreter der dritten Abteilung zum Teufel gewünscht werden, doch leider sind die Trauben zu sauer. Das hiesige Sozialpolitik soll nach Meinung der Bürgerlichen seinen Höhepunkt erreicht haben, kein Groißden dürfte weiter bewilligt werden. Der erste und dritte Bezirk, welche von unseren Genossen Wätge und Frey vertreten werden, sollen ungeschoren bleiben, dagegen will man den Bezirk Weißensee-Alt, werteten durch den Genossen Bloß, festig bestärken, so beschloß wenigstens der Grundbesitzerverein (Alt). Der Vorstand und ein Wahlkomitee von sieben Mann wollen und das Wortand strengig machen. Der alte Ortsteil wählt in diesem Jahr das letzte Mal für sich und da wollen die alten Spießbürger und Rieselfeld-Rohlbauern denn doch noch einmal auf sechs Jahre eine Vertretung haben. Unsere Genossen werden hier eine rege Thätigkeit erleben. Im Jahre 1906 bei einer Nachwahl errangen wir mit 88 Stimmen das erste Mal diesen Bezirk; bei der jetzigen rege Agitation bedarf es aller Anstrengung, unser Mandat zu erhalten. — In der zweiten Wählerabteilung, die sich über den ganzen neuen Ortsteil erstreckt, wird es ebenfalls zu heftigen Kämpfen kommen. Der Haus- und Grundbesitzerverein will alle Änderungen nach in zwei Lagern marschieren, der Arbeiterverein will selbständig Kandidaten aufstellen. Unsere Anhänger werden sich natürlich auch an der Wahl beteiligen, so daß man auf Ueberwählungen rechnen kann.

Vernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Turnklub die Erbauung einer Turnhalle am Sechsstentweg gestattet. Die Kosten zur Erbauung des neuen Schulbaues, welche auf 68 300 M. berechnet sind, sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. Für die ärztliche Untersuchung der zu Ostern neuzugelassenen Kinder wurden 125 M. bewilligt. Vom Genossen Krüger wurde die Untersuchung der Kinder nicht nur bei der Einschulung, sondern auch während der ganzen Schulzeit verlangt. Redner bemerkte, daß die sozialdemokratischen Vertreter bei der nächsten Stadtverordnetensitzung den Antrag auf Anstellung eines Schularztes abendlich unterbreiten würden. Die Bürgerlichen waren bei dem von unseren Genossen schon einmal gestellten Antrag von der Ueberzeugung durchdrungen, in Vernau gäbe es gar keine franken Kinder, die in die Schule aufgenommen werden. Durch die erste Untersuchung werden sie wohl eines anderen belehrt worden sein. Die Zahl der untersuchten, neu in die Schule aufgenommenen Kinder betrug 235. Von 113 Mädchen waren vollkommen gesund 57, keine Fehler hatten 15, zurückgestellt auf 1/2 Jahr wurden 14, auf 1 Jahr 27. Von den 122 Knaben waren vollkommen gesund 39, keine Fehler hatten 53, zurückgestellt wurden auf 1/2 Jahr 2, auf 1/2 Jahr 7, auf 1 Jahr 19, so daß im ganzen 69 = 29 Proz. der Kinder für nicht aufnahmefähig befunden wurden. Zu bemerken ist die Minderzahl mancher Eltern, die sich mit der Zurückstellung ihrer Kinder nicht einverstanden erklären wollten. Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, hier für genügende Belehrung Sorge zu tragen. Wegen die 8 Stimmen unserer Genossen wurde die Subvention von 100 M. für die hiesige hiesige Privat-Mädchenchule bewilligt. Genosse Helbig ersuchte unter Verschiedenem den Magistrat, von der Verpachtung des Straßenlandes, welches als Verbindungsstraße zwischen Weinbergstraße und der neu angelegten Straße vorgegeben ist, Abstand zu nehmen, vielmehr die Straße fertigzustellen und so einen Verkehrswege zu schaffen. Für die Regulierung und Pflasterung scheint aber noch kein Verständnis vorhanden zu sein, jedoch hat es den Anschein, als wollte sich der Magistrat gegen die Verpachtung erklären.

Nowawes.

In nichtöffentlicher Teil der letzten Gemeindevahlversammlung wurde die Festlegung der Bezüge der Lehrer, Gemeindevorstände und Arbeiter erledigt, nachdem eine diesbezügliche Vorlage infolge des Widerspruches der Vertretung gegen die vorgelegene Regelung der Ortszulagen für die Lehrer vom Bürgermeister im öffentlichen Teil der Sitzung zurückgezogen worden war. Den Wünschen der Lehrer kam die Vertretung insoweit entgegen, daß beschlossen wurde, die Ortszulagen nach der Potsdamer Ordnung zu regeln, wodurch besonders die jüngeren Lehrer besser berücksichtigt werden. Die Besoldungsordnung für die Gemeindevorstände und die Arbeitsordnung für die Gemeindevahlmitglieder wurden ebenfalls angenommen, letztere jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen. Nach der beschlossenen Entlohnungsweise für die Gemeindevahlmitglieder werden diese in drei Lohnklassen eingeteilt. Zur I. Klasse gehören die Feuerwehrenten und die Vorarbeiter, deren Anfangslohn für 6 Arbeitstage 25,50 M. beträgt und nach 10 Dienstjahren bis auf 29,50 M. steigen soll; zur II. Klasse gehören die Anstaltionsarbeiter und Aufsicher, die mit einem Lohn von 23 M. anfangen sollen, der nach 10 Dienstjahren bis auf 27 M. steigt; die III. Klasse bilden alle übrigen Arbeiter, soweit sie voll erwerbsfähig sind; diese beziehen einen Anfangslohn von 20,50 M. und einen Höchstlohn, der nach 10jähriger Dienstzeit erreicht wird, von 24,50 M. Diese Lohnordnung soll nicht, wie ursprünglich vor-

geschlagen, vom 1. April, sondern sofort in Kraft treten. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, die Lohnerhöhungen mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Januar eintreten zu lassen, wurde abgelehnt. Die Normalarbeitszeit für die Arbeiter ist eine zehnstündige. Etwasige Überstunden müssen für den gewöhnlichen Stundenlohn, ohne jeden Aufschlag, geleistet werden; dabei wird Überstundenarbeit von weniger als einer halben Stunde Dauer überhaupt nicht vergütet, darüber hinaus wird jede angefangene halbe Stunde als volle Stunde bezahlt. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit wird jede angefangene Stunde als volle Stunde in Anschlag gebracht. Eine Zahlung von Lohn in Krankheitsfällen findet nicht statt. Den zu militärischen Übungen eingezogenen Arbeitern ist auf die Dauer von höchstens acht Wochen ein Viertel ihres Lohnes zu zahlen. In Fällen vorübergehender dringender Behinderung, insbesondere durch Kontrollveranlassungen, Teilnahme an Wahlen und gerichtlichen oder behördlichen Terminen ist in der Regel auf Antrag Urlaub mit Fortbezug des unterbalkierten Lohnes unter Anrechnung jedoch der etwa anderweit gewährten Entschädigung erreicht werden. Ein Rechtsanspruch auf Fortbezug des Lohnes für diese Fälle steht den Arbeitern aber nicht zu, vielmehr liegt die Entscheidung über derartige Anträge im Ermessen des Gemeindevorstehers bzw. des von ihm beauftragten Schöffen. Nach Ablauf einer dreijährigen Dienstzeit soll den Arbeitern bei guter Führung und guten Leistungen auf Antrag bis zu drei Tagen Urlaub im Jahre unter Fortbezug des Lohnes vom Gemeindevorsteher gewährt werden, nach Ablauf von sechs Jahren kann der Urlaub bis auf sechs Tage und nach neun Jahren bis auf zehn Tage unter Einrechnung der einkommenden Sonn- und Feiertage ausgedehnt werden. Die Rechte eines Gemeindebeamten und einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld oder Witwenversorgung erwerben die Arbeiter nicht.

Potsdam.
Eine Erhöhung der Kommunalsteuern bis zu 50 Prozent bringt die in Aussicht genommene Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühr für die Arbeiterklasse. Zur Deckung des teilweisen Ausfalls der Schlachtfleischsteuer beabsichtigt man die Müllabfuhr auf 1 Proz. des Mietwertes jeder Wohnung festzusetzen, die Erhebung geschieht von jedem Inhaber der Wohnung. Angefangene Hunderte bei der Wohnungsmiete werden als voll gerechnet. Befreit sind nur diejenigen Mieter, welche weniger als 180 M. Miete jährlich zahlen. Die Kanalisationsgebühr wurde bisher mit 1 1/2 Proz. des Mietwertes von den Mietern erhoben. In Zukunft soll jeder Hausbesitzer 1 1/2 Proz. vom Mietvertrag des Hauses und jeder Mieter 1 Proz. seiner Wohnungsmiete zahlen. Einbringen diese beiden Gebühren nach den Schätzungen ein Mehr von 144 000 M. für den Stadtkreis. Das stimmt aber nicht. Denn die mit 70 000 M. veranschlagte Müllgebühr erfordert über 20 Proz. des Ertrages für jährliche Mehrausgaben gegenüber dem jetzigen Abfuhrsystem. Am meisten werden dabei natürlich prozentual die niedrigen Einkommen getroffen. So muß der Mieter einer Wohnung von 210 M., wenn diese Gebühren angenommen werden, woran bei der konstanten Mehrheit gar nicht zu zweifeln ist, vom 1. April d. J. ab zahlen: Müllabgaben 8 M., Kanalisationsgebühr 2,10 M., insgesamt 10,10 M.

Vermischtes.

Vier Kinder ertrunken. Wie aus Weiden (Oberpfalz) gemeldet wird, ertranken am Sonntag beim Schlittschuhlaufen auf dem dünnen Eise des Mühlbaches vier Kinder, darunter drei Geschwister.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Futur stark, Geschäft reger, Preise für Ochsen-, Hammel- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. **Ei:** Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. **Geflügel:** Futur sehr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. **Fische:** Futur gering, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Futur sehr reichlich, Geschäft meist matt, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	30. 1.	29. 1.		30. 1.	29. 1.
	cm	cm		cm	cm
Wemel, Mühl	409*	-14	Saale, Großh.	178	0
Regel, Jüterburg	8	-2	Saale, Sandau	118	-3
Reichel, Lohr	74*	-10	Saale, Rathenow	151*	-1
Oder, Ratibor	135	-1	Spree, Trossenbr.	94	0
• Krollen	177*	-12	Spree, Trossenbr.	173	+1
• Frankfort	198	-10	Spreew., Wänden	26	0
• Gartzke, Scharnau	45	-12	Spreew., Wänden	150	+24
• Landsberg	100*	-2	Spree, Wänden	278	+2
• Rehe, Borsdamm	24*	+20	Spree, Wänden	510	-14
• Elbe, Lützenburg	20	+11	• Saub.	473	-23
• Dresden	-106*	-10	• Röh.	307	-20
• Harde	180	-7	• Redar, Heidem.	152	-1
• Wogdenburg	178	-17	• Rain, Borsdamm	215	-5
			• Röh., Trier	268	+40

* + bedeutet Wuchs. — Anl. *) Unterbrech. *) Ebbelnd. *) Ebbbewegung. *) Ebbfrei. *) Ebbtreiben. *) Schwaches Ebbtreiben.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 1. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches Kammertheater. Kammerstücke. Frühlings Erwachen. (Anf. 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. M. Heibelberg.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Cardanopal. Berliner. Pension Schöller.
Lefking. Das Konzert.
Königl. Schauspielhaus. Der Philosoph von Sanssouci.
Königl. Operntheater. Hoffmanns Erzählungen.
Herrn. Frau Warrens Gewerbe.
Königl. Schauspielhaus. Die geschiedene Frau.
Königl. Operntheater. Der Graf von Luxemburg.

Trianon. Suribons Mel.
Kleinod. Der große Name.
Rehberg. Im Taubenschlag.
Zhalia. Die Dolchspitzfist.
Schiller. (Anf. 8 Uhr.)
Der Herr von St. Georgen.
Schiller. (Anf. 8 Uhr.)
Friedrich. Wilhelmstadt. Im bunten Rock.
Volkstheater. Der Freischütz.
Luisen-Theater. Die Herren Söhne.
Luisen-Theater. Der dunkle Punkt.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.
Luisen-Theater. Die große Revue.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Dienstag 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Hecker: Ueber Erdbeben.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Schauspiel in 3 Akten von Hennequin und Weber.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorrichtung.
Sonntag, den 6. Februar, 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Volkstheater.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Freischütz.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Schauspiel Lucie Blerna.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Schauspiel Lucie Blerna: Heimath.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Die Herren Söhne.
Schauspiel in 3 Akten v. Walter u. Stein.
Mittwoch: Deborah.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schütz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Heute: Premiere.
Gussy Holl Lamborg
Schneider Duncker (prolongiert) und das neue Februar-Programm.
14 Variété-Attraktionen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängerkreis.
Der Nachtwächter von Gertraud.
v. F. Meysel
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.
Billets frei 8 Tage vorher.

Stettiner Sängerkreis.
Der Nachtwächter von Gertraud.
v. F. Meysel
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.
Billets frei 8 Tage vorher.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Weder.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Schauspiel in 5 Akten v. B. Shafespeare.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
MIB Hobbs.

Arnold Scholz Neue Welt
Hansendahl 108/114
Täglich im großen Saal:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Heute, Dienstag, den 1. Februar 1910:
Prämierung des schwersten Vereins.
Jeder Verein muß 10 Mitglieder stellen und wird das Gesamtgewicht des schwersten Vereins mit Mk. 100 prämiert. — Mitgliedskarte legitimiert. — Anm. b. 10 Uhr abds. a. d. Kasse. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute Dienstag: „Kirmes auf der Alm“.
Größter Bock-Jubel und Trubel
Der berühmteste Festwirt
Schorseh Ehrengreber
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
Heute: Große Präsentverteilung!
Anf. 8 Uhr. Kassiert. hab. volle Gültig. Entree 20 Pf.

Apollo Theater
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
8 Uhr 20: Premiere!
Der Liebeswälder.
Operette in 3 Akten von R. Bodanzky u. R. Grünbaum. Musik vom L. Hofmannsdirektor C. W. Zieheer.
Hauptrolle: Konrad Dreher.

WINTERGARTEN
Heute: Premiere!
Robert Steidl
Der Vampyr-Tanz
Miß Violet Hope
und
10 hochinteressante Debüts 10.
Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagender Erfolg!
So muß man's machen.
Scherzstücke mit Erfolg in 2 Akten, Musik von L. Hal, mit den Autoren Anton und Donald Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. L. Luna.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Sonntag nachmittags 4 Uhr bei halben Preisen:
Meine-Deine Tochter.

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhofs Böcke.
Das vollständig neue hochinteressante
Februar-Programm!
Anfang 8 Uhr.
Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.
Vorgangskarten überall zu haben.
Sanssouci,
Kortusar, Straße 9.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sängerkreis und Tanztruppe.
Beg. Sonntag 5. modern. 8 U.
Zwei neue, hochaktuelle Programme.
Morgen Mittwoch:
Theaterabend.
Robert und Bertram.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 3. Februar 1910:
Nur einmalige Aufführung:
Sherlock Holmes
Sherlock Holmes: Hans Reich.

Zipkus Schumann
Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gala- Novitäten - Abend.
Neu! Neu!
Der Komödiengaukler n. Chinesisch. Geisterbeschwörer Harry Lamors.
Neu! Neu!
Blitzender akrobatischer Akt der Franklin-Truppe.
Der kleinste komische Kletter der Welt Orig.-Bagonghi.
Kunststücken des Kommissionsrats Gustav Stensbeck als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schülern.
Um 9 1/2 Uhr: Zum 101. Male:
Die drei Rivalen
oder das merkwürdigste Schloß in der Normandie.
Große Feste in 3 Akten mit der feinsten Schauspielertruppe.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Gr. Danell Co.
Skandinavischer Sport-Akt.
Ski, Rodol und Röllschuh.
Bisher noch nie gezeigt!!
Mr. Jacob, Foxtorriero.
Hr. James L. Hills, Schulmeister.
Curtis Sisters, Luftserpentinen-A.
Herr E. Schumann, Neudressur.
Zwei gelowna François, Kunstn.
9 Uhr ca. Ende 11 1/2 Uhr
Die russische Pantomime
Marja.

Gastspiel-Theater
Adenider Straße 63.
Mozart-Oper.
Sonnenabend, den 5. Febr. 8 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung:
Die Zauberflöte.
Sonntag 11 1/2 Uhr: Der Kaiserliche.
Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.

Wahalla Variété Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
Tunnel: Bockbierfest.
Regimentstabelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Königstadt-Kasino.
Zoismarktstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski.
Neu: Kitty Whost, Vortragssoubrette. The Watson, Kombinationen-Akt. 4 Fernandes, Equilibristischer Akt. Matr. Fred, Stahl-Balance. Prolongiert: Billor, Ritter, Gelsch. Turl usw.
Sein Schwiagerwahr in spa.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntag, Sonntag: Tanzkranzchen.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Bismarckstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das grobe Hemd.
Vollstück in 4 Akten.
Schauspiel Käthe Wille-Bach.
Mittwoch: Das grobe Hemd.
Donnerst.: Straßenbahnfahrer Krause.

Karl Haverland Theater.
Anfang 8 Uhr.
77/79 Kommandantenstraße 77/79
Das Neueste vom Neuesten
bietet das
Februar-Programm.

Casino-Theater
Rothsinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Reibrod als Madame Steinheil.
Nur noch kurze Zeit:
Der Übergänger.
Sonnt. 4 Uhr: Trudgens Sommerfeste.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Unter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Zipkus Schumann
Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gala- Novitäten - Abend.
Neu! Neu!
Der Komödiengaukler n. Chinesisch. Geisterbeschwörer Harry Lamors.
Neu! Neu!
Blitzender akrobatischer Akt der Franklin-Truppe.
Der kleinste komische Kletter der Welt Orig.-Bagonghi.
Kunststücken des Kommissionsrats Gustav Stensbeck als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schülern.
Um 9 1/2 Uhr: Zum 101. Male:
Die drei Rivalen
oder das merkwürdigste Schloß in der Normandie.
Große Feste in 3 Akten mit der feinsten Schauspielertruppe.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Gr. Danell Co.
Skandinavischer Sport-Akt.
Ski, Rodol und Röllschuh.
Bisher noch nie gezeigt!!
Mr. Jacob, Foxtorriero.
Hr. James L. Hills, Schulmeister.
Curtis Sisters, Luftserpentinen-A.
Herr E. Schumann, Neudressur.
Zwei gelowna François, Kunstn.
9 Uhr ca. Ende 11 1/2 Uhr
Die russische Pantomime
Marja.

Gastspiel-Theater
Adenider Straße 63.
Mozart-Oper.
Sonnenabend, den 5. Febr. 8 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung:
Die Zauberflöte.
Sonntag 11 1/2 Uhr: Der Kaiserliche.
Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.

Wahalla Variété Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
Tunnel: Bockbierfest.
Regimentstabelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Königstadt-Kasino.
Zoismarktstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski.
Neu: Kitty Whost, Vortragssoubrette. The Watson, Kombinationen-Akt. 4 Fernandes, Equilibristischer Akt. Matr. Fred, Stahl-Balance. Prolongiert: Billor, Ritter, Gelsch. Turl usw.
Sein Schwiagerwahr in spa.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntag, Sonntag: Tanzkranzchen.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Bismarckstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das grobe Hemd.
Vollstück in 4 Akten.
Schauspiel Käthe Wille-Bach.
Mittwoch: Das grobe Hemd.
Donnerst.: Straßenbahnfahrer Krause.

Karl Haverland Theater.
Anfang 8 Uhr.
77/79 Kommandantenstraße 77/79
Das Neueste vom Neuesten
bietet das
Februar-Programm.

Casino-Theater
Rothsinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Reibrod als Madame Steinheil.
Nur noch kurze Zeit:
Der Übergänger.
Sonnt. 4 Uhr: Trudgens Sommerfeste.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Unter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Zipkus Schumann
Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gala- Novitäten - Abend.
Neu! Neu!
Der Komödiengaukler n. Chinesisch. Geisterbeschwörer Harry Lamors.
Neu! Neu!
Blitzender akrobatischer Akt der Franklin-Truppe.
Der kleinste komische Kletter der Welt Orig.-Bagonghi.
Kunststücken des Kommissionsrats Gustav Stensbeck als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schülern.
Um 9 1/2 Uhr: Zum 101. Male:
Die drei Rivalen
oder das merkwürdigste Schloß in der Normandie.
Große Feste in 3 Akten mit der feinsten Schauspielertruppe.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Gr. Danell Co.
Skandinavischer Sport-Akt.
Ski, Rodol und Röllschuh.
Bisher noch nie gezeigt!!
Mr. Jacob, Foxtorriero.
Hr. James L. Hills, Schulmeister.
Curtis Sisters, Luftserpentinen-A.
Herr E. Schumann, Neudressur.
Zwei gelowna François, Kunstn.
9 Uhr ca. Ende 11 1/2 Uhr
Die russische Pantomime
Marja.

Gastspiel-Theater
Adenider Straße 63.
Mozart-Oper.
Sonnenabend, den 5. Febr. 8 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung:
Die Zauberflöte.
Sonntag 11 1/2 Uhr: Der Kaiserliche.
Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.

Wahalla Variété Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
Tunnel: Bockbierfest.
Regimentstabelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Königstadt-Kasino.
Zoismarktstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski.
Neu: Kitty Whost, Vortragssoubrette. The Watson, Kombinationen-Akt. 4 Fernandes, Equilibristischer Akt. Matr. Fred, Stahl-Balance. Prolongiert: Billor, Ritter, Gelsch. Turl usw.
Sein Schwiagerwahr in spa.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntag, Sonntag: Tanzkranzchen.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Bismarckstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das grobe Hemd.
Vollstück in 4 Akten.
Schauspiel Käthe Wille-Bach.
Mittwoch: Das grobe Hemd.
Donnerst.: Straßenbahnfahrer Krause.

Karl Haverland Theater.
Anfang 8 Uhr.
77/79 Kommandantenstraße 77/79
Das Neueste vom Neuesten
bietet das
Februar-Programm.

Casino-Theater
Rothsinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Reibrod als Madame Steinheil.
Nur noch kurze Zeit:
Der Übergänger.
Sonnt. 4 Uhr: Trudgens Sommerfeste.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Unter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Guridans Esel.

Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
650 Sitzplätze
Feierliche Ausrichtung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr,
Sonntags 2 "
Für den Inhalt der Anzeigte übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

